

# Stenographisches Protokoll

## 44. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 6. Dezember 1957

### Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958

Spezialdebatte

Gruppe VI: Unterricht (Fortsetzung)

### Inhalt

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 1841)

Entschuldigungen (S. 1841)

#### Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (297 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958 (310 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst und Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater (Fortsetzung)

Redner: Marianne Pollak (S. 1841), Dr. Kummer (S. 1850), Appel (S. 1853), Rödhammer (S. 1856), Mark (S. 1864 und S. 1870), Dr. Geißler (S. 1874), Harwalik (S. 1876 und S. 1891), Dr. Neugebauer (S. 1882), Ernst Fischer (S. 1886) und Leisser (S. 1888)

#### Abstimmungen

Annahme der Gruppen I, II, III, IV, V und XII (S. 1870)

Annahme der Entschlüsse zu den Gruppen I und III (S. 1870)

### Eingebracht wurde

#### Anfrage der Abgeordneten

Dr. Gredler, Stendebach und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Unstimmigkeiten bei der Feststellung des Einheitswertes von Grund und Boden (197/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Dr. Gorbach.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Weindl, Bleyer und Ehrenfried.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Rudolf Graf, Haunschmidt, Lins, Dr. Tončić, Dr. Leopold Weismann, Dr. Walther Weißmann, Wührer, Dr. Nemezc, Truppe und Preußler.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (297 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958 (310 der Beilagen)**

Spezialdebatte

Gruppe VI:

**Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht**

**Kapitel 12: Unterricht**

**Kapitel 13: Kunst**

**Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater**

(Fortsetzung)

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und setzen die Spezialdebatte über die Gruppe VI fort.

Zum Wort gemeldet ist nach der Rednerliste Frau Abgeordnete Marianne Pollak. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Marianne Pollak: Hohes Haus! Es tut mir leid, daß die Frau Abgeordnete Solar noch nicht im Saal ist (*Abg. Dr. Koref: Der ganze Saal ist heute „so lar“! — Heiterkeit*), denn ich möchte mich für zwei Dinge ... (*Abg. Mark: Das Gestrige hat sie so ermüdet!*) Ich möchte nämlich meine Ausführungen nicht beginnen, ohne Frau Kollegin Solar dafür zu danken, daß sie meine Anregungen, die ich im Ausschuß anläßlich der Debatte über das Kapitel Unterricht gemacht habe, hier so freundlich aufgenommen hat. Es scheint übrigens ihrer Erinnerung entgangen zu sein, daß die Entschlußung, von der sie, an mich gewendet, gestern gefragt hat, ob ich mit ihr einverstanden und mit dem Zustand zufrieden wäre, doch im Ausschuß von mir eingebracht wurde und die Damen der Volkspartei, Frau Solar und Frau Dr. Bayer, dort die Liebenswürdigkeit hatten, sich meiner Entschlußung anzuschließen. Aber ich muß noch auf einige Stellen der Rede von Kollegin Solar zurückkommen.

Sie hat wiederholt von den fraulichen Verpflichtungen gesprochen, von fraulichen Belangen, und ich habe mich gefragt, ob es nicht eine frauliche Pflicht erster Ordnung ist, sich der Schwachen anzunehmen. Deswegen hat

1842

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

es mich so tief betrübt, daß Frau Abgeordnete Solar so entschieden gegen die Zweizügigkeit in den Hauptschulen aufgetreten ist. Aus meiner persönlichen Erfahrung — ich will ganz aufrichtig sein, weil es auch verschiedene Stellungnahmen in der Elternschaft gibt — weiß ich, daß der Hauptunterschied in den A- und B-Zügen im Tempo des Lehrens und des Lernens besteht, das heißt, daß der Lehrer im B-Zug nicht dumme Kinder vor sich hat, sondern Kinder, die nur langsamer begreifen, vielleicht auch langsamer denken. Diesen Kindern will man in einer echten Demokratie dennoch die Möglichkeit des Lernens und des Erfassens des ganzen Lehrstoffes bieten. (Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!) Und darum war es eigentlich grausam ... (Abg. Rödhammer: Sie sind beim Klassenlehrer besser behütet!) Herr Kollege, ich weiß, daß Sie nach mir drankommen. Dann können sie in das große Horn der Einzügigkeit blasen. Lassen Sie mich jetzt meinen Standpunkt vertreten.

Die Frau Kollegin hat behauptet, daß nur ein ganz verschwindend kleiner Teil der Absolventen der B-Züge etwas davon hat, ja daß sie die Schule verlassen oft mit weniger Wissen als Volksschüler. Ich weiß nicht, ob die Frau Kollegin Solar mit dieser Bemerkung den Eltern und Kindern einen guten Dienst erwiesen hat.

Wir sozialistischen Frauen haben auf unserer jüngst stattgefundenen Salzburger Konferenz im Zusammenhang mit der von uns bejahten Zweizügigkeit in der Hauptschule eine wichtige Forderung aufgestellt: das Abgangszeugnis darf keinen Stempel zweiter Güte tragen. (Abg. Rödhammer: Das heißt die Hauptschule degradieren!) Wer eine Hauptschule absolviert hat, hat eben die Hauptschule absolviert, ohne jede Einschränkung. Sonst nützt die B-Zügigkeit nichts. (Abg. Rödhammer: Das ist die größte Ungerechtigkeit zwischen den Schülern!) Lassen Sie mich noch etwas sagen. Der gute Schüler darf nicht benachteiligt werden? (Abg. Dengler: Ich habe eine zweiklassige Volksschule und habe auch so viel gelernt! — Abg. Dr. Neugebauer: Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe! — Abg. Olah: Der Kollege Dengler redet überall drein, obwohl er nichts versteht!) Herr Kollege, ich glaube, daß der gute Schüler im Laufe des Lebens tausendmal Gelegenheit hat, sein Talent und seine Kraft zu zeigen, aber den Start sollen wir dem schwächeren Schüler nicht gleich am Anfang erschweren. Dafür werde ich als Frau immer eintreten, darin sehe ich meine „fraulichen Belange“, wie das so oft ausgedrückt worden ist.

Noch ein Wort zu dem, was Frau Kollegin Solar über meinen Freund Neugebauer gesagt hat. (Abg. Dr. Neugebauer: Meine Freundin

Solar? — Heiterkeit.) Mein „Freund“ Neugebauer und Frau „Kollegin“ Solar — Sie sehen, ich nehme eine kleine Nuancierung vor. (Abg. Dengler: Vielleicht ist er auch der Freund von der Frau Solar! — Abg. Dr. Neugebauer: Die Debatte rutscht in die Erotik ab! — Lebhaftige Heiterkeit.)

Frau Solar hat gesagt, es sei eine unglückliche Art vom Abgeordneten Dr. Neugebauer gewesen, alle Schulfortschritte in die Schuhe der Sozialisten zu schieben. Merkwürdig, dachte ich. Weiß diese Schulfachmännin denn nicht, daß er damit nichts als die reine Wahrheit gesagt hat? (Abg. Rödhammer: Oho!) Herr Kollege Rödhammer, hören Sie mal zu: Obwohl ich gestern abend schon recht müde war, habe ich mir nach der Rede von Kollegin Solar die Selbstbiographie von Otto Glöckel hergenommen. In dieser Selbstbiographie sagt Glöckel wörtlich: „Das Schulprogramm der Jungen“ — ich werde dann gleich sagen, wer diese Jungen gewesen sind — „war das erste Schulprogramm, das, von Lehrern stammend, die Schulfragen in vollster Breite aufgerollt hat.“ Das war 1898! Lesen wir dann auch einige Sätze der grundsätzlichen Einleitung. Das Schulprogramm ist 1898 von jungen, ganz jungen sozialdemokratischen Lehrern geschrieben worden, und hören Sie, in welcher großartig einfacher, klarer Weise das gesagt worden ist: „Das gesamte menschliche Wissen ist Gemeingut der Menschheit. Jeder Mensch hat Anspruch auf jenen Teil dieses gemeinsamen geistigen Eigentums, der seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen entspricht.“ — 1898! — „Die Gesellschaft hat die Bedingungen zu schaffen, daß jedes ihrer Mitglieder“ — Zweizügigkeit! — „dieses Maß von Wissen erwerben könne, sie muß verhindern, daß die Bildung zum Herrschaftsgebiet oder zum Monopol einer einzelnen Gruppe von Menschen werde; sei diese ein Geschlecht,“ — 1898! (Abg. Rosa Jochmann: Hört! Hört!) — „eine Rasse, ein Volk, eine Konfession, eine Klasse oder eine Partei. Sie hat daher die Pflicht, Vorsorge zu treffen für Schulen, Erziehungs- und Volksbildungsanstalten in genügender Zahl“ — davon will ich später sprechen — „und entsprechender Güte und einen von Klassen, Parteien vollkommen unabhängigen, gründlich gebildeten Lehrerstand.“

1898 haben das 23- und 24jährige gesagt, die Glöckel, die Speiser und Enslein. (Abg. Rosa Jochmann: Schade, daß die Frau Abg. Solar nicht da ist!) Ja, auch mir tut es furchtbar leid, daß die Frau Kollegin nicht im Saal ist. Das sind just die Männer gewesen, die von der Lueger-Clique hinausgeworfen worden sind (Abg. Rosa Jochmann: So ist es!), weil damals in der Demokratie der „guten alten Zeit“ für Sozialdemokraten und Schönerianer

in der Gemeinde Wien kein Platz war! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Jetzt ist es umgekehrt!*) Wie? Jetzt sind also, Kollege Kranzlmayr, keine Lehrer in Wien, die der ÖVP angehören? (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Jetzt ist es umgekehrt, jetzt werden sie gemäßregelt, wenn sie bei der Volkspartei sind!*) Zeigen Sie mir einen einzigen gemäßregelten Lehrer in Wien, Herr Dr. Kranzlmayr, der, weil er der Volkspartei angehört, nicht Pflichtschullehrer oder Mittelschullehrer in Wien sein kann. (*Abg. Rosa Jochmann: Die sind Direktoren, nicht nur Lehrer!*) Als besonders geschulter Jurist sollte man bei diesem Vergleich etwas vorsichtiger sein. (*Abg. Rödhammer: Die katholischen Lehrerbildungsanstalten gehören nicht zur Volkspartei!*) Merken wir uns das: Die katholischen Lehrerbildungsanstalten gehören also nicht zur Volkspartei. Aber lassen Sie mich jetzt das weiter ausführen, was ich zu sagen habe.

Herr Dr. Neugebauer hat auch aus einem anderen Grunde recht gehabt, die Vorzüge der Schule uns Sozialisten in die Schuhe zu schieben. In eben dem gleichen Buch — ich habe die Zeit nicht, um Ihnen das alles vorzulesen —, auf eben der gleichen Seite berichtet Otto Glöckel folgendes: Er ist als junger Lehrer in der Vorstadt von Wien in der Nähe der Ziegelwerke im heutigen 10. Bezirk in die Schule gekommen und war betroffen, daß ein großer Teil dieser Buben nachlässig und schmutzig war, daß sie während des Unterrichtes einschließen, daß sie im Lernstoff nicht mitkamen. Diese Buben haben die blauen Hefte mit dem damaligen Kainszeichen der Armut, dem Wappen der Stadt Wien als „Armenlernmittel“ benutzen müssen. Das Papier dieser Hefte war so schlecht, daß die Schrift darauf von selbst zerrann. Aber diese Kinder konnten nichts dafür, daß sie gegenüber den bürgerlichen Kindern so schlecht abschnitten. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Was hat nun dieser Lehrer, dieser sozialdemokratische Lehrer getan? Etwas, was keinem der christlichsozialen Lehrer bis dahin eingefallen ist: Er ist von einer Familie in die andere gegangen, um nach dem sozialen Warum zu fragen. Warum diese Kinder so schlecht lernen! Warum sie schlecht angezogen sind! Warum sie nachlässig wirken! Und er hat erfahren müssen, daß keines dieser Kinder ein eigenes Bett hatte. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie mußten Zeitungen austragen!*) Er hat sich überzeugen müssen, daß viele dieser Kinder ohne Frühstück in die Schule gekommen sind, daß viele dieser Buben zuerst Semmeln oder Zeitungen ausgetragen haben. Und von dieser sozialen Erkenntnis aus können wir sagen: Die Gruppe der hinausgeworfenen Junglehrer hat das soziale Gewissen der Wiener für ihre öffentliche Schule

erst wachgerüttelt. Und deshalb bin ich dankbar dafür, daß mein Freund Neugebauer den Mut gehabt hat, auszusprechen, daß der Schulfortschritt in Österreich und in Wien den Sozialdemokraten von einst zuzuschreiben ist. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Das ist die Wahrheit! (*Abg. Dr. Koref: Rödhammer will das nicht wissen!*)

Lassen Sie mich wieder „frauliche Belange“ hier ausdrücklich aufstellen: Daß kein Wiener Kind mehr Zeitungen austragen muß, daß kein Wiener Kind mehr ohne Frühstück ins Klassenzimmer kommt, das ist ein kolossaler Kulturfortschritt. Erst dadurch haben wir die Kinder der Armut von einst in die Lage versetzt, lernen zu können, lernen nach dem Schulprogramm der Jungen, das verlangt, daß jedes österreichische Kind Anspruch auf das Wissen hat, weil das Wissen und die Erkenntnis der Besitz der gesamten Menschheit ist, wie die Junglehrer es einst formuliert haben.

Ich brauche nur noch mit einem Wort darauf hinzuweisen, daß die Schulreform, die vielfach von unserem Koalitionspartner von heute und unserem Gegner von gestern abgelehnt wurde, das Schulgewissen von ganz Europa geweckt hat. Ja, die Schulreform hat das Ohr von Europa gehabt! Als Otto Glöckel in Wöllersdorf gesessen ist, da haben sich die Schulfachleute von ganz Europa dafür eingesetzt, diesen Mann zu befreien (*Abg. Dr. Neugebauer: Ein Schweizer hat seine Biographie verfaßt!*), und ein Schweizer hat seine Selbstbiographie vollendet.

Aber da kommt noch etwas, bevor ich zu meinem eigenen Thema komme. Frau Solar hat auch über die Mädchenbildung gesprochen. Sie hat da etwas gesagt, was furchtbar gefährlich ist. Ich fasse es nicht, daß eine Frau, eine Volksvertreterin im Jahre 1957 behaupten kann, Erwerbsarbeit der Frau sei von sekundärer Bedeutung, und die Schulung der Mädchen müßte wieder zugewandt werden dem Haushalt und der Mutterschaft. (*Abg. Rödhammer: Das ist ein sehr guter und sehr wesentlicher Gedanke!*) Sie werden gleich hören, was ich dazu zu sagen habe, Herr Rödhammer.

Meine Damen und Herren! Es ist dem Sozialismus immanent, weil er eine Bewegung der Menschlichkeit, der Humanität ist, in der Mutter eine große menschliche Persönlichkeit zu sehen. Wann haben Sie danach gehandelt? Wann haben Sie diesen Grundsatz verwirklicht? Wann haben Sie sich etwa um die schwangeren Diensthöfen gekümmert, die doch auch Mütter waren (*Abg. Rosa Jochmann: Unsere Mütter!*), unsere Mütter? Wann haben Sie sich um die Fabrikarbeiterinnen gekümmert, die bis zum letzten Tag an der Maschine gestanden sind (*Abg. Maria Kren: Sehr richtig!*) und die

manchmal unterhalb der Maschine geboren haben? Und niemandes Schamgefühl ist dadurch erschüttert worden. (*Abg. Rosa Jochmann: Das waren unsere Mütter!*) Hätten nicht auch diese Mütter Anrecht gehabt auf ein schönes, gepflegtes Zimmer — es hat damals ja noch keine Sanatorien und Kliniken gegeben —, in dem sie ihr Kind zur Welt hätten bringen können?

Auch ich glaube, es gehört zu den größten und zu den schwersten Aufgaben der Erziehung, aus unseren Mädchen gute Mütter, erziehungsbewußte, pflichtbewußte Mütter zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, diese ihre Mutterschaft auf dem Erziehungsgebiet auch wirklich menschlich auszuüben. Deswegen bin ich der Meinung, und ich darf dies in Parenthese sagen, viel zuwenig Mädchen — die Frau Abgeordnete hatte damit ganz recht — erfüllen ihre Verpflichtungen so, wie wir es gerne möchten, viel zu wenige. Auch ich glaube, daß man die Schule so ausgestalten muß, daß, ohne den gesamten Lernstoff für Mädchen einzuschränken, der Bildung der zukünftigen Mutter bewußt viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, als dies heute der Fall ist. (*Abg. Rödhammer: Da sind Sie ja unserer Meinung!*) Durchaus nicht, Herr Frau Abgeordneter! Denn Frau Kollegin Solar hat ja hinzugefügt, daß Erwerbstätigkeit von „sekundärer Bedeutung“ sei. Ich möchte die Frau Volksvertreterin einmal bitten, mit mir hinaus in die Stätten der Armut zu gehen und dort zu prüfen, ob Erwerbsarbeit heute tatsächlich von sekundärer Bedeutung ist. (*Abg. Rödhammer: Wissen Sie, wie die Kinder heute ihre Mütter vermissen?*) Ich komme gleich auch darauf. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie kennen das Leben nicht, wie es wirklich ist!* — *Abg. Wolf: Er weiß nicht, daß das Durchschnittseinkommen der Arbeiter nur 1200 S beträgt!* — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Herr Kollege Rödhammer, darf ich Sie bitten, noch ein wenig Geduld zu haben. Ich werde Ihnen dann einen Ausweg vorschlagen, und ich bin überzeugt, daß der Herr Minister mir innerlich recht geben wird. (*Abg. Rödhammer: Das ist doch die Klage aller Lehrer in der Schule, daß den Kindern die mütterliche Erziehung mangelt!* — *Weitere lebhaftes Zwischenrufe.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich möchte die Abgeordneten ersuchen, doch nicht in den Bänken solche Debatten untereinander zu halten. Wir haben heute einen langen Tag vor uns, eine große Rednerliste, in die noch weitere Redner eingetragen werden können. Ich halte dieses Verfahren aber für viel besser, als wenn Sie die Frau Abgeordnete nicht reden lassen und sich fortwährend unterhalten. (*Abg. Olah: Das sind die Erzieher!* — *Heiter-*

*keit.*) Ein Zwischenruf ist nach parlamentarischer Übung durchaus gebräuchlich (*Abg. Olah: Wenn er nicht von unserer Seite kommt!*), aber nicht diese Zwischenreden, die in den Bänken gehalten werden. (*Abg. Dr. Neugebauer: Herr Präsident! Die Lehrverpflichtung ist eben heute zu groß!* — *Heiterkeit.*)

**Abgeordnete Marianne Pollak** (*fortsetzend*): Ich halte, wie ich vorhin sagte, die Meinung für furchtbar gefährlich, daß man den Mädchen keine gründliche Berufsausbildung geben soll. Die Frau Abgeordnete Jochmann hat gestern den Zwischenruf gemacht: „Und was sagen Sie zu dem Frauenüberschuß von 500.000?“ Es ist also, wie wir sehen, rein zahlenmäßig nicht möglich, daß jede Frau heiratet. Und ich füge hinzu: Was geschieht mit jenen Frauen, deren Ehe schiefeht und die dann mit ihren Kindern auf ihre nur „sekundär wichtige“ Erwerbsarbeit angewiesen sind?

Wir haben da einen ganz anderen Standpunkt. Auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, die heuer im Sommer in Wien stattfand, hat uns eine hervorragend begabte holländische Sozialistin gesagt: In der zukünftigen gänzlich geänderten Wirtschaft werden viel mehr Menschen von der manuellen Arbeit in die Angestelltenschaft übersiedeln und die technischen Zweige der Arbeit an Bedeutung zunehmen, und wir sollten, sagte sie, uns als Frauen darum kümmern, den Mädchen auch technische Bildung zukommen zu lassen, damit sie im zukünftigen Lebenskampf bestehen können. Tun wir das nicht, dann ist die unverheiratete Frau, die Geschiedene oder die ledige Mutter einfach nicht imstande, etwas anderes als Erwerbsarbeit zu bekommen, als die Posten einer Bedienerin oder Hilfsarbeiterin, denn sie haben ja keine berufliche Ausbildung genossen. Kann das das Programm einer weiblichen Abgeordneten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sein?

Verzeihen Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich so lang mit Erwiderungen beschäftigt habe, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme. Es war mir aber ein Herzensbedürfnis, hier klarzustellen, daß wir sozialistischen weiblichen Abgeordneten — ich hatte noch keine Gelegenheit, mit meinen Freundinnen zu sprechen, aber ich weiß, daß sie meine Meinung teilen — den Auffassungen der Kollegin Solar absolut nicht zustimmen können.

Ich habe mir vorgenommen, über Tagesheime, also über Halbinternate und Internate zu sprechen. Wir haben anläßlich der außenpolitischen Debatte über ein brennendes Problem, über Südtirol gesprochen. Aber es gibt noch ein anderes brennendes Problem, und

vielleicht wird es nur deshalb nicht als solches erkannt, weil es in der Hauptsache ein Frauenproblem ist. Das soll keine frauenrechtlerische Bemerkung sein. Es ist nur zu verständlich, daß es den Männern schwerer fällt als uns Frauen, sich in diese Situation hineinzuversetzen: Ich meine das Schicksal der berufstätigen Mutter, Herr Rödhammer!

Meine Damen und Herren! Bevor ich näher auf das Problem eingehe, möchte ich Ihnen zwei Zahlen mitteilen, die ich dem umfassenden Werk unseres Freundes Fritz Klenner über die österreichischen Gewerkschaften entnehme. Diese Zahlen sprechen Bände. Im Jahre 1934 waren 341.196 verheiratete Frauen berufstätig, im Jahre 1951 aber 524.966! Nun nehme ich einen Zwischenruf meines temperamentvollen Kollegen Rödhammer voraus. Denn er wird gewiß fordern: Diese Frauen gehören ins Haus!

Theoretisch ist das vielleicht richtig. Aber jetzt möchte ich eine Frage an meine männlichen Kollegen richten: Welche politische Partei könnte folgende Losung ausgeben: Jeder alleinverdienende Familienvater wird von nun an verpflichtet, wegen des geringen Familieneinkommens das Rauchen aufzugeben! Es gibt keine Partei, die sich das leisten könnte! Warum? Es wäre sehr vernünftig, aber keine politische Partei — Politik ist immer die Kunst des Möglichen — wird einen Ruf hinausgeben, von dem sie im voraus weiß, daß er nicht befolgt wird, daß er unerfüllbar ist. Wer sagt, die Frauen gehören ins Haus, stößt einen Ruf aus, der ins Leere geht, weil er nicht gehört wird, nicht gehört werden kann.

Das ist durchaus kein österreichisches Kriterium, keine besondere Eigenheit von Österreich, das ist ein Merkmal aller industrialisierter Länder. Wenn Sie Amerika hernehmen als das reichste Land, so ist der Prozentsatz der verheirateten erwerbstätigen Frauen beiläufig gleich groß wie bei uns. Warum? Sie wissen, daß die übergroße Mehrzahl der Frauen, deren Erwerbsarbeit nicht zusammenfällt mit einer Berufung, die nicht das Glück haben, Journalistin, Lehrerin, Sozialarbeiterin zu sein, genau wie die Männer an die Arbeit gebunden sind. Diese Frauen arbeiten, weil man eben verdienen muß. Und jetzt werden Sie nach dem Warum fragen. In Amerika verdienen doch die Arbeiter so viel mehr! Wir können aus der Tatsache, daß dort die verheirateten Frauen auch in den Erwerb gehen, den Schluß ziehen, daß das Bedürfnis nach Besserstellung auf jeder Höhe des Lebensstandards gleich groß ist. Mit anderen Worten: Auf dem höheren Sozialniveau in Amerika ist der Familienvater ebensowenig in der Lage,

alle Ansprüche zu erfüllen, wie es der österreichische alleinverdienende Familienvater auf unserem bescheidenen Sozialniveau ist.

Ich frage Sie also: Ist es eine richtige, eine zeitgemäße Losung, zu fordern: Schraubt eure Ansprüche herunter, seid bescheidener, so wie ihr 1898 zur Zeit von Glöckel, von Seitz und Speiser wart? Nein! Ich glaube, wir haben eine ganz andere Forderung zu stellen: sich der unbetreuten Kinder anzunehmen!

Meine Damen und Herren! Man nennt die auf sich allein gestellten Kinder „Schlüsselkinder“. Sie wissen, warum: weil die Mutter ihnen in der Früh den Schlüssel umhängt und sie den ganzen Tag sich selbst überlassen sind. Dann können sie sich selbst die Tür aufsperrern, ohne den Schlüssel zu verlieren. Sie tragen ihn wie ein Amulett an einer Schnur um den Hals.

Die Öffentlichkeit ist empört, daß es heute so viele Schlüsselkinder gibt. Zu Ihnen, Kollege Rödhammer, wende ich mich jetzt, wenn ich behaupte: Es hat zur Zeit, als noch keine Sozialdemokraten öffentlich tätig waren, mehr Schlüsselkinder gegeben als heute! Aber wer hat sich damals um sie gekümmert? Es war ja ein „Dienstbotenbankert“, es waren ja nur Kinder der Armen, Kinder der Heimarbeiterin, Kinder der Fabrikarbeiterin, deren einziger Spielplatz nicht die Gasse, sondern die Gosse war. (*Abg. Holoubek: Oder der Arbeitsplatz sogar!*) Noch früher gab es für sie den Arbeitsplatz. Und keine Seele unter den damaligen Verantwortlichen hat darüber gesprochen oder geschrieben. (*Abg. Dengler: Das ist auch nicht wahr!*) Herr Kollege, ich kenne die Enqueten der damaligen Zeit. Passen Sie auf, Genosse ... (*Heiterkeit.*) O Pardon! Aber wenn der Herr Abgeordnete Fischer zur Frau Solar gewendet „Lola“ sagen kann, muß auch mir die Anrede „Genosse“ Dengler erlaubt sein. (*Abg. Dr. Neugebauer: Er ist ein verhinderter Genosse! — Abg. Dengler: Sie können nicht alles ableugnen, was an sozialer Hilfsbereitschaft geschehen ist!*) Ja, es ist Wohltätigkeit geübt worden, aber der soziale Status des Arbeiterkindes war vor dem Auftreten einer aktiven Sozialdemokratie unter dem Gefrierpunkt. Herr Kollege Dengler, Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Unsere Vorväter und unsere Großmütter waren es, die das soziale Gewissen von Wien wachgerüttelt haben!

Und jetzt komme ich zu der Situation von heute. Es ist ein furchtbarer Pflichtenkonflikt für eine berufstätige Mutter, wenn sie in der Früh weggehen muß, um zu verdienen, und wenn sie weiß, daß ihr Kind untertags nicht beaufsichtigt, betreut wird. Deswegen sagen wir, daß wir es hier mit einem brennenden

1846

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Kulturproblem zu tun haben. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Es ist das weiß Gott so wichtig wie Südtirol. Was tun wir denn für diese Frauen? Wir überlassen sie ihrer Pein! Es wurde statistisch festgestellt, daß solche Frauen bis zu 80 Stunden in der Woche arbeiten müssen!

Ich glaube, der einzige Ausweg aus diesem unerträglichen Pflichtenkonflikt ist eine neue Schulform, eine neue Organisation der österreichischen Schule nach dem Vorbild der angelsächsischen und nordischen Länder.

Frau Kollegin Solar hat gemeint, dieser Doppelaufgabe sei die österreichische Schule nicht gewachsen. Sie hat das Wort „unerfüllbar“ gebraucht. Warum das? Sind wir denn weniger tüchtig, weniger sozial empfindend, haben wir weniger Verständnis für die Gegenwartsprobleme als Skandinavien, England und Amerika? Ich glaube nicht. Wenn wir nur wollten, könnten wir die Tagesschule haben, die Schule, die in der Früh beginnt und erst am späten Nachmittag ihre Tore schließt. Dann würden wir den Müttern, von denen der Herr Kollege Rödhammer gesprochen hat, helfen können, jenen Müttern, von denen er merkwürdigerweise zu uns, zu den sozialistischen Frauen gewendet den Zwischenruf gemacht hat: „Haben Sie eine Ahnung!“ Wer von uns, Herr Kollege, hat mehr Kontakt mit Arbeitermüttern, mit schwer arbeitenden Menschen? Wer denn, wenn nicht wir sozialistischen weiblichen Abgeordneten? (*Abg. Dengler: Glauben Sie, uns fehlt der Kontakt vollständig?*) Nein, aber Rödhammer hat uns den Kontakt abgesprochen. (*Abg. Dengler: Nur die Sozialisten haben Kontakt?*) Gewiß nicht! Ich sagte nur, daß wir in ständiger Fühlung mit ihnen stehen und daß der Kollege uns diese Bindung abgesprochen hat. (*Abg. Dengler: Das hat er nicht gemacht!*)

Wir hätten für die Organisation dieser Tagesschule die notwendigen Geldmittel aufzubringen, und diese Geldmittel würden sich bezahlt machen! Es mag sein, daß nicht alle heute schon die Bedeutung der Tagesschule erkennen. Worin bestünde sie? Daß vormittags unterrichtet wird und daß am Nachmittag in diesen Schulen die zweite Aufgabe in den Vordergrund gerückt würde, nämlich die Erziehung, die selbstverständlich auch beim Unterricht eine Rolle zu spielen hat. Aber erst am Nachmittag wäre die volle Entfaltung möglich. Diese Kinder würden gemeinsam Spiel und Sport treiben und sich gemeinsam entspannen können, von Schul- und Erziehungsfachleuten betreut.

Der Herr Unterrichtsminister hat — ich weiß nicht, ob heuer oder voriges Jahr — in der Ausschußdebatte einen Einwand vorge-

bracht, der nicht von der Hand zu weisen ist: daß nämlich diese Erziehungsaufgabe auf Kosten des Lernausmaßes, des Wissensstoffes gehen könnte und daß in England und in Amerika tatsächlich weniger Wissen vermittelt wird als bei uns oder, wie ich persönlich hinzufügen, etwa in Frankreich. Die Reinkultur der Lernschule, die Wissensschule, finden wir nämlich in Frankreich, und die beste Erziehungsschule, die ich kenne, ist in England zu Hause. Und jetzt frage ich die Herren Politiker: Welcher Typus Mensch paßt besser in die heutige Demokratie: der Durchschnittsfranzose oder der Durchschnittsengländer? Das englische Kind erlebt eben schon in der Schule praktische Demokratie durch die Diskussion, durch die freimütige Frage an den Lehrer und durch die vollkommen durchgeführte Selbstverwaltung in den Schulen. Wir, die Sozialisten, haben in unserem Programm entworfen nicht zu Unrecht gesagt, daß die beste Schule der Demokratie die kleinste Gemeinschaft, die Gemeinde ist. Stellen Sie sich vor, welchen Dienst wir der jungen und noch unsicheren Demokratie unseres Landes erweisen würden, wenn wir schon unseren Schulkindern Gelegenheit geben, praktische Demokraten zu werden! (*Abg. Rödhammer: Selbstverwaltung haben wir in unseren Schulen vielfach!*) Das freut mich aufrichtig.

Und nun noch zu einem anderen brennenden Problem. Von Frau Kollegin Solar und, wenn ich nicht irre, auch im Bericht der Frau Spezialberichterstatterin Dr. Bayer ist zum Ausdruck gebracht worden, daß es heute keine Behinderungen der Bildungsmöglichkeiten für österreichische Kinder mehr gebe. Ich gebe zu, daß ich die größte Zeit meines Lebens in Wien verbringe, aber wenn man während der Schulzeit auf Urlaub ist, sieht man, welche Schulverhältnisse wir draußen auf dem Land haben. Ich war heuer in der Nähe von Mariazell, in Gösing, und habe gesehen, wie sechsjährige Kinder bis zu 7 km weit in die nächste Schule gehen und wieder zurück müssen. Das sind 14 km! Jeden Tag und bei jedem Wetter! (*Abg. Dr. Neugebauer: „Zumutbare Schulwege!“*) Wir haben also auf dem Lande ein brennendes Schulproblem, das bis heute noch nicht gelöst ist. Es wird versucht, diesem Übelstand durch die Einrichtung der sogenannten Fahrschüler abzuwehren. Ein Fahrschüler ist jener, der von seinem Wohnort in die Schule fahren muß. Das ist erst recht eine schwere Belastung für viele Kinder. Meiner Meinung nach ist diese ganz falsche, überalterte Schulorganisation auch der Grund für die völlig falsche Auslese unserer Begabten. Wenn Frau Kollegin Solar gesagt hat, wie wunderbar es mit der sozialen Gerechtigkeit auf den Hochschulen aussieht, und wenn

Herr Abgeordneter Fischer mit Recht zurückgerufen hat, daß an den österreichischen Hochschulen nur 7 Prozent Arbeiter- und nur 8 Prozent Bauernkinder studieren, so muß ich sagen: Diese unzulänglichen Landschulen, diese viel zu zahlreichen Fahrschüler sind zum Teil daran schuld, daß lange nicht alle Kinder ihren Lern- und Bildungshunger sättigen können! Viele müssen verzichten. Da haben wir es also mit einer direkten Ausschaltung vieler begabter Kinder unseres Volkes zu tun. Verstehen wir doch endlich: Wir haben zuwenig Internate! Wenn ich von zuwenig spreche, so meine ich zuwenig öffentliche Internate. Fügen wir nämlich die konfessionell geführten Internate hinzu, dann verschiebt sich allerdings die Situation.

Bitte mißverstehen Sie mich nicht: Frau Kollegin Solar hat mit Bezug auf die öffentliche Schule von einem Zwang gesprochen, der zur Knechtschaft führe. Ich habe noch keinen österreichischen Pflichtschüler gesehen, der durch die Absolvierung der Pflichtschule zu einem Knecht geworden wäre oder ein Knechtbewußtsein bekommen hätte! Aber ich frage Sie jetzt: Wie ist das bei Menschen, die ein starkes Bedürfnis haben, ihrer Weltanschauung in den Schulen genügend Raum zu geben? Meine Damen und Herren! Es gibt zehntausende Mütter, für die es einen wirklichen Gewissenskonflikt bedeutet, ihre Kinder in ein konfessionell geführtes Internat zu schicken. (*Abg. Rödhammer: Die zehntausende Mütter möchte ich kennenlernen, Frau Kollegin!*) Warten Sie doch auch jetzt noch ein bißchen! (*Abg. Dengler: Die hat eine Ahnung! — Abg. Rosa Jochmann: Sie haben keine Ahnung!*) Herr Kollege Rödhammer! Es geht mir hier nicht um die Religion! 96 oder 97 Prozent der österreichischen Kinder besuchen den Religionsunterricht freiwillig. Sie könnten sich ja abmelden, aber die Eltern tun es nicht, sie bleiben. Die Eltern wollen also offensichtlich ihre Kinder den Religionsunterricht besuchen lassen. In einem Internat wird aber der ganze Charakter gebildet, in einem Internat wird die Stellungnahme zu allen Fragen des Lebens und des Alltages in den Kindern geformt. Warum billigen Sie uns nicht die gleiche Ehrlichkeit und Festigkeit der Überzeugung zu? Unsere Eltern haben das gleiche starke Bedürfnis, ihre Kinder nicht nur in eine öffentliche Staatsschule, sondern in ein von jedweder parteilichen oder religiösen Voraussetzung unbeeinflusstes Internat zu schicken. (*Abg. Rödhammer: Mit Materialismus werden wir keine Menschen formen! — Gegenrufe bei den Sozialisten.*) Damit kommen Sie bei mir sehr schlecht an! Fragen Sie meine Kollegen, wie ich zum Materialismus stehe. Ich bin überzeugt, daß es ohne tiefe Moral keinen Aufstieg des Volkes

geben kann. (*Zwischenruf des Abg. Dengler.*) Der einzige Zwischenruf, den Sie immer machen: „Haben Sie eine Ahnung!“ I hab a Ahnung, meiner Seel! (*Heiterkeit.*)

Wie sieht es nun mit den öffentlichen Internaten aus? Es gibt in Österreich zehn Bundeskonvikte und vier Bundeserziehungsanstalten. Von den Bundeskonvikten sind zwei in Wien, fünf in Niederösterreich, eines in Osttirol und zwei im Burgenland, alles auf Selbsterhaltung eingestellte Schülerheime. Das ist den Erläuterungen zum Budget entnommen, stimmt also. Die vier Bundeserziehungsanstalten sind die folgenden: für Mädchen eine in Schloß Traunsee (3. bis 8. Klasse) und eine in Wien, Boerhavegasse (1. bis 8. Klasse); für Knaben eine in Liebenau bei Graz (1. bis 8. Klasse), eine in Saalfelden in Salzburg (1. und 2. Klasse). Dort sind insgesamt 958 Schüler.

Jetzt bitte ich das Hohe Haus, sich folgende Zahlen zu merken. Ich bringe nicht alle, die ich mir herausgeschrieben habe, sondern nur die erste und die letzte: Im Schuljahr 1948/49 gab es in Österreich 46.853 Mittelschüler, im Jahre 1956/57 aber 80.316, also fast doppelt so viele. Für ein Reservoir von 80.000 Mittelschülern stehen nicht ganz 1000, nämlich 958 öffentliche Mittelschulinternatplätze zur Verfügung.

Das Bild ändert sich, wie gesagt, wenn man die privaten, die konfessionell geführten hinzufügt. Nehmen wir das Bundesland Oberösterreich als Beispiel. In Oberösterreich gibt es 11 öffentliche Schülerheime — der vom Land Oberösterreich errechnete Bedarf wäre 30! —, 11 Schülerheime, sagte ich, 6 für Mädchen und 5 für Knaben, und 22 Studentenheime — mit den Studenten beschäftige ich mich nicht im Detail, weil ein Kollege meiner Fraktion dieses Thema behandeln wird —, ferner gibt es 13 Heime für Mädchen und 22 für Knaben; das sind einschließlich der privaten 60 Heime.

Wer sind nun die Schulerhalter? Bei 11 ist es der Staat, bei 49 sind es private Institutionen. Sie sehen also hier die enorme Diskrepanz zwischen den öffentlichen und den privaten Internaten.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein persönliches Anliegen des Wiener Bürgermeisters hier vorbringen. (*Abg. Rödhammer: Sie atmen einen staatsmonopolistischen Geist ohnegleichen!*) Oh, das muß ja furchtbar sein! Das atme ich aus? Sieht man etwas von dem „staatsmonopolistischen“ Geist, den ich ausatme? Ich werde mir bald wie ein staatsmonopolistischer Sputnik vorkommen! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Da kann man nur sagen: „Sputnik“!*) Das ist nicht nett von Ihnen. Ich bin wohl eine alte Frau, aber ist das ein sachliches Argument? (*Abg. Dr. Kranzlmayr:*



*mayr: Das hängt nicht mit dem Alter zusammen, gnädige Frau!*) Was bedeutet dann „Spätnik“? Möchten Sie mir das sagen? Das ist abscheulich gewesen! (*Abg. Dengler: Man darf nicht gleich beleidigt sein! — Abg. Lackner: Keine andere Bildung als die Einbildung!*) Wissen Sie was, Kollege Kranzlmayr? Ich nehme meine Beleidigung zurück und Sie Ihren Zwischenruf. Dann sind wir wieder gut! Aber kehren wir zum Thema zurück.

Meine Damen und Herren! In Wien haben wir nicht eine einzige Bundeserziehungsanstalt für Knaben. Wissen Sie, wieso? Wir hatten früher Breitensee. Das ist weg! Die Anstalt war zuerst von den Franzosen belegt und sollte dann vorübergehend der Offiziersausbildung dienen. Aber ich fürchte, aus diesem Provisorium wird ein österreichisches Definitivum werden. Wir haben Traiskirchen gehabt. Auch weg. Das Gebäude diente zuerst als russische Kaserne und ist jetzt ein ungarisches Flüchtlingslager. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ob das nicht eine wirkliche Benachteiligung der Bundeshauptstadt in Erziehungsfragen ist.

Aber man wird mir einwenden: Wir haben kein Geld, und der Herr Bundesminister sagt mit Recht: Ich kann nur so viel ausgeben, als mir vom Finanzminister überwiesen wird. Ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben ist die richtige Reihung der Prioritäten: was ist wichtig und was ist weniger wichtig.

Damit komme ich zu einem Punkt, bei dem mein Duellgegner nicht mehr der Herr Abgeordnete Rödhammer, sondern wieder ein augenblicklich Abwesender ist. Ich meine den Herrn Dr. Hofeneder. Ich will nämlich über das Theresianum sprechen. Gestern habe ich erfahren, daß wir hier im Hause einen ehemaligen Theresianisten haben. (*Abg. Dengler: Ach, wir haben schon mehr!*) Manchmal habe ich mir bei Dr. Hofeneder — der kein „Spätnik“ ist, sondern ein „Jungnik“ — gedacht: Wie kommt es, daß ein gebildeter Mensch wie er so viele, um mich parlamentarisch auszudrücken, unüberlegte Zwischenrufe macht? (*Abg. Rosa Jochmann: So gehässige!*) Ist das, habe ich mich gestern gefragt, am Ende das Erziehungsprodukt des Theresianums? Seit Jahren habe ich das Bedürfnis, etwas vorzubringen, ich will es heute einmal aussprechen. Vielleicht darf ich es deswegen tun, weil ich als Halb-Autodidakt mir denke, daß die Herren und Frauen, die studiert haben, vielleicht gar nicht ermessen, was sie anstellen.

Wenn ein ehemaliger Arbeiter oder eine ehemalige Arbeiterin in diesem Haus ein Fremdwort schlecht ausspricht, so hören wir von der Rechten höhnische Zwischenrufe.

Wenn der Herr Dr. Hofeneder hier wäre, würde ich ihn fragen: Begreift er es denn wirklich nicht, welche ungeheure intellektuelle Leistung darin liegt, wenn ein absolvierter Volksschüler so viel soziales Wissen, so viel Erkenntnis und Verantwortung gesammelt hat, daß man ihn oder sie in dieses Haus berufen kann? (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Natürlich könnte jeder, bevor er ein Fremdwort gebraucht, jemanden fragen, wie man es ausspricht. Aber derjenige, der das Glück gehabt hat, studieren zu können, müßte eine gewisse Demut gegenüber den anderen aufbringen, die dieses Glück nicht genossen haben, sondern die aus eigenem Fleiß und eigener Verantwortung so hoch aufsteigen konnten. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Neugebauer: Dankbar müßte er sein!*) Herr Kollege Hofeneder reitet zwar nicht auf den Flügeln des Gesanges in diesem Haus, aber auf den Flügeln seiner geflügelten Worte. Und gestern habe ich halt gehört: Das Reiten hat er im Theresianum gelernt! Aber Spaß beiseite! Wenn ich mir diesen Kollegen vor Augen halte, glaube ich, daß dieses Theresianum auch in der Republik, zumindest zum Teil, eine Schule des sozialen Hochmuts gewesen sein muß, denn sonst würde Dr. Hofeneder, der gestern in so schönen Worten von seiner Schule gesprochen hat, sich in diesem Hause anders benehmen.

Ich weiß schon, daß die Wiedereröffnung des Theresianums auf einen einstimmigen Beschluß des Ministerrates zurückgeht, mit anderen Worten, daß auch unsere Minister der Wiedereröffnung, dem Wiederaufbau des Theresianums ihre Stimme gegeben haben. Trotzdem möchte ich mir erlauben, einiges dazu zu sagen, vielleicht auch, um gleich am Anfang der Entwicklung des Theresianums eine andere Richtung zu geben, wenigstens es zu versuchen, denn mehr wird es ja nicht sein können. Vielleicht wird das auch ein Beitrag zu dem „kurzsichtigen Geschwätz“, möchte ich fast sagen, sein, daß wir Abgeordneten durch den Fraktionszwang völlig unfrei seien, daß wir Gliederpuppen sind, die nur „Ja, Papa!“ „Nein, Papa!“ lispeln können. Natürlich, in den großen, den entscheidenden Fragen werden wir nie gegen das, was unsere Fraktion beschlossen hat, auftreten. Aber darum bindet man uns den Mund nicht.

Wenn aber schon Theresianum, dann müßten wir uns doch fragen, wie das Theresianum im Verhältnis zu anderen Schulen bedacht wird und ob es richtig war, im jetzigen Zeitpunkt schon so viel Geld für diese Anstalt herzugeben. Was würden Sie zu einem Warenhaus sagen, das eine wunderbare Auslage hat, darin eine Auslese der herrlichsten Waren, wo Sie aber, wenn Sie eintreten, sehen müßten, daß dieses



Warenhaus überbelegt, schlampig, schmutzig und veraltet ist?

Was ich damit sagen will? Der Herr Unterrichtsminister hat in der Debatte im Ausschuß mit einer dankenswerten Aufrichtigkeit folgendes gesagt: Wenn man in einen kleinen österreichischen Ort kommt, so ist wahrscheinlich das älteste und ungepflegteste, das unmodernste Haus — die Mittelschule. In einer Zeit also, in der das Mittelschulwesen untrennbar mit einer geradezu unerträglichen Mittelschulraumnot verbunden ist, wird eine Eliteanstalt ins Leben gerufen! Es ist gesagt worden, daß durch die Wiedereröffnung des Theresianums der Notstand an Internaten in Österreich gemildert werde. Ich wage das zu bezweifeln, insbesondere wenn man in Zeitungen vom hohen Anteil der ausländischen Schüler liest.

Im Budget selbst war keine Ziffer darüber zu finden, und in den Erläuterungen steht auch nichts. Ich hoffe, daß das für das Theresianum erforderliche Geld nicht etwa in den Posten „Mittelschulen“ hineingestopft worden ist! Das „Kleine Volksblatt“ hat am Tag der Eröffnung der Schule, also am 14. November, von 12 Millionen geschrieben. — Oh, mir tut es so leid, daß Sie, Herr Dr. Hofeneder, erst jetzt kommen! (*Abg. Dr. Hofeneder: Ich war geschäftsordnungswidrig im Sozialausschuß!*) Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf. Es war nur sehr schade, weil ich sozusagen über Sie hinweg sprechen mußte. Also nochmals: Die Umwandlung einer gewöhnlichen Mittelschule in eine Tagesmittelschule erfordert 75.000 bis 100.000 S, also die Schaffung von Aufenthaltsräumen, von Klubmöbeln, Spielen und ähnlichem. Mit den 12 Millionen des Theresianums hätten mit einem Schlag 125 Tagesmittelschulen in Österreich eingerichtet werden können. Daher frage ich Sie: Ist das eine richtige Reihung der Prioritäten?

Verzeihen Sie: Zu lange habe ich Sie in Anspruch genommen. Darum will ich nicht alles über das Theresianum sagen, was ich mir herausgeschrieben und was ich darüber gelesen habe. Ich will nur bemerken — was auch der Herr Abgeordnete Dr. Hofeneder hervorgehoben hat —, daß es sich um eine traditionsreiche Schule handelt und daß an dieser traditionsreichen Schule sehr viele Eltern interessiert seien, wie er meinte. Die „Presse“ hat von einer „erstklassigen Eliteschule“ geschrieben und davon, daß aus hunderten Aufnahmegesuchen die „Bestqualifizierten“ herausgesucht worden sind. Wie wir erfahren, sollen auch die modernsten pädagogischen Mittel zur Verfügung stehen und der Lehrstab außerordentlich streng gesiebt worden sein. Es ist also eine Qualitätsschule aller-

ersten Ranges, eine Ausleseschule, von der gesagt worden ist — auch das ist ein wörtliches Zitat —, daß man den „alten Geist verlebendigen“ will („Wiener Zeitung“).

Ja, wer zahlt denn das alles? Man wird mir wahrscheinlich antworten: der Fonds. Das sei eine Maria Theresien-Stiftung, 200 Jahre alt und so weiter und so fort. Das Reinerträgnis gewisser Güter fließe dem Theresianum zu. Ich habe mich erkundigt und erfahren, daß der Reinertrag der noch bestehenden Güter — eine ganze Reihe dieser Güter lag nämlich auf dem Gebiete der alten Monarchie — etwa 300.000 bis 400.000 S beträgt. Hier handelt es sich um einen Bruttoreinertrag, von dem gewiß noch Investitionsgelder für die Güter abgezogen werden müssen, sodaß der wirkliche Beitrag des Fonds für die Erhaltung der Schule minimal sein dürfte. Dennoch fungiert als Schulerhalter das Kuratorium, der Fonds. In Wahrheit aber gehts nach dem Motto: Zahl, Krowot Staat! Aber der Staat, das sind doch wir! Und wenn ich früher vom Bildungshunger der Landkinder gesprochen habe, von dem Elend der Fahrschüler in der Provinz draußen, so halte ich es nicht für richtig, daß man Staatsgelder in diesem Ausmaß für eine Elite von Kindern ausgibt. Das sage ich mit allem Freimut, obwohl meine Partei im Ministerrat diesem Entschluß zugestimmt hat.

Am Schluß möchte ich noch auf folgendes hinweisen. Gewiß, es gibt Länder, die der Bedeutung des intellektuellen Nachwuchses viel mehr Bedeutung beimessen als wir. Wenn wir etwas in Sowjetrußland bejahen, so ist es die Priorität der Erziehung in diesem Land! Dennoch will ich Rußland nicht als Beispiel anführen, weil ein Staat, der von oben entscheidet, für mich nicht maßgebend sein kann.

Aber nehmen wir doch ein anderes Land, die zweitälteste Demokratie in Europa, England. In England gibt es Anstalten, die ein Über-Theresianum sind, nämlich Eton oder Harrow. Merkwürdigerweise nennt man in England die nobelsten Privatinternate Public Schools. Ich könnte Ihnen das erklären, aber das führte zu weit und spielt hier keine Rolle. Dieses Eton oder Harrow arbeitet nach dem Grundsatz der strengsten Auslese. Dort sind die Churchill, die Eden und Macmillan erzogen worden.

Aber wie schaut es heute an den englischen Universitäten aus, heute, wo doch die Konservativen die Regierung bilden? In der Zeitung ist jüngst gestanden — ich habe mich beim British Council in Wien erkundigt und die genauen Zahlen erfahren —: Im Jahre 1954/55 haben 72,9 Prozent und im Jahre 1955/56 sogar 74,9 Prozent der Hörer an englischen Hochschulen mit staatlichen Stipendien studiert!

Sehen Sie, das ist es, was wir in Österreich brauchten. Nicht eine Spitze von streng Ausgewählten. Besondere Begabungen arbeiten sich, wenn sie genial sind, selbst hinauf. Was die jetzige Wirtschaft aber braucht, ist die breite intellektuelle Basis, die wir beim heutigen Schulaufbau unserem Volk nicht geben können.

Ich bitte Sie also, mir meine allzu langen Ausführungen zu verzeihen. Was ich sagte, ist mir sehr am Herzen gelegen. Zehntausende Mütter würden es Ihnen, würden es uns danken, wenn wir endlich zur Verwirklichung der Tagesschule und des öffentlichen Internates auf breiterer Grundlage kommen würden. Die Tagesschulen sind nicht nur wichtig für berufstätige Mütter, sondern, wie ich ausdrücklich feststellen muß, überhaupt. Nicht nur wegen der Erziehung zur Demokratie, sondern auch deshalb, weil heute, nicht wie in meiner Jugend, von den Eltern vorausgesetzt wird, daß sie die Hausaufgaben mit ihren Kindern machen. Dazu sind sie aber weder zeitlich noch fachlich befähigt, besonders wenn es sich um die Hauptschule und die Mittelschule handelt. Ich glaube, wir sollten alle erkennen, daß wir ein heiliges Gut, unsere gute österreichische Staatsschule, zu hüten haben! Zerreißen und zerbrechen wir sie nicht, füllen wir diese Staatsschule mit republikanischer Gesinnung, mit demokratischem Geist, mit dem besten Wissen, und unsere Kinder und unsere Eltern werden uns dafür danken! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Kummer, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kummer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst mit der Berufsausbildung im allgemeinen und dann mit der Situation an den Hochschulen im besonderen befassen.

Was die Berufsausbildung im allgemeinen anlangt, so muß ihr ein besonderes Augenmerk von seiten der Unterrichtsverwaltung zugewendet werden. Im Hinblick auf die immer stärker werdende Rationalisierung und Automatisierung der Produktion werden immer größere Ansprüche an die Berufsausbildung gestellt.

Der Bericht des Generaldirektors der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf widmete auf der heurigen 40. Tagung der beruflichen Umschichtung, dem Ausbau des Schul- und Berufsausbildungswesens für Jugendliche sowie dem Ausbau des Bildungs- und Berufsschulwesens für Erwachsene den größten Teil seiner Ausführungen. Er verweist darauf, daß die zunehmende Ausgestaltung der techno-

logischen Seite unserer Gesellschaftsordnung die seit langem wirksamen Entwicklungskräfte verstärkt und weiter verstärken wird; mit anderen Worten, daß die fortschreitende Mechanisierung und Verwendung von Maschinenkraft an Stelle der menschlichen Arbeitskraft die Verlagerung des Schwerpunktes in der Industrie von der eigentlichen Produktion zur Arbeitsplanung und Vorbereitung, von der Werkhalle in das Büro, von der Montagebank in die Werkzeugmacherei und in das Zeichnbüro beschleunigen wird.

Ich glaube, daß es daher notwendig ist, daß auch in Österreich rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um eine gediegene Berufsumschichtung und Berufsausbildung durchführen zu können. Auch wir in Österreich müssen rechtzeitig für den beruflichen Nachwuchs sorgen, denn die Automation wird zweifellos weitaus mehr Fachkräfte benötigen, als dies heute der Fall ist. Es handelt sich dabei um einen sehr komplizierten und sehr umfassenden Fragenkomplex, über den noch nicht genügend Klarheit zu bestehen scheint, dessen Lösung jedoch vordringlich erforderlich ist, aber auch enorme Kosten verlangen wird. Es muß also zu einem umfassenden Reformplan, und zwar auch nach der räumlichen Seite hin, kommen, für den aber alle bisher gemachten Vorschläge und auch die Vorschläge, die hier im Hohen Hause gemacht worden sind, nicht genügen werden. Wir werden dabei auch sehr vorsichtig zu Werke gehen müssen, um nicht Altes, Bewährtes zu zerstören.

Was nun die Hochschulen im Speziellen anlangt, so befinden sich diese, glaube ich, heute in einer gewissen Krise. Nur, glaube ich, liegen die Ursachen nicht dort, wo sie der Herr Vizekanzler Pittermann und der Herr Abgeordnete Strasser sehen. Ich bedaure sehr, daß die beiden Herren nicht im Hause sind. Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat in seinem Forum-Interview, das im Heft 45 des „Forum“ vom September 1957 veröffentlicht wurde, darüber gesprochen und der Herr Abgeordnete Strasser in der Generaldebatte vom 30. Oktober in diesem Hause.

Zunächst möchte ich mich mit den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Abgeordneten Strasser befassen, die so ziemlich in die gleiche Kerbe schlagen, wenn auch ihre Formulierungen andere sind. Soweit sachliche Kritik geübt wird, ist gegen sie nichts einzuwenden. Wenn die Kritik aber, wie von den beiden Persönlichkeiten, in einer Weise geführt wird, die nur als gehässig und den historischen Tatsachen widersprechend bezeichnet werden kann, dann fordert eine solche Kritik geradezu zum Widerspruch heraus.

Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann beklagt sich darüber, daß es vor 1934 keinen sozialdemokratischen Nachwuchs an unseren Hochschulen gegeben hätte. Ja, wem schiebt denn der Herr Vizekanzler die Schuld daran zu? Es hat in dieser Zeit niemand die Sozialisten gehindert, für einen solchen Nachwuchs vorzusorgen, wenn sie damals dazu imstande gewesen wären. Es bestand nun einmal die Tatsache, daß den Anhängern der damaligen Sozialdemokratischen Partei die Bereitschaft fehlte, den wissenschaftlichen Beruf zu wählen. (*Abg. Mark: Sie sind nur nicht habilitiert worden, die sich beworben haben!*) Aber jeder hat doch die Möglichkeit gehabt, Kollege Mark! Es ist einmal Tatsache, daß der Austromarxismus von damals unter der Intelligenz nicht Fuß fassen konnte, obwohl die Möglichkeit hiezu bestand. Es fehlte vielleicht in den Reihen der damaligen Sozialdemokratischen Partei die Aufgeschlossenheit, diesen Beruf zu wählen. Die sozialistische Intelligenz hat sich eben andere Aufstiegsmöglichkeiten gesucht. Es kann daher der Herr Vizekanzler heute die Schuld an diesen Tatsachen nicht bei anderen suchen, sondern nur bei seiner eigenen Partei.

Der Herr Vizekanzler behauptet weiter, daß 1933/1934 die erste große Säuberung begann. Dr. Pittermann sagt ausdrücklich: An die Stelle der Vertriebenen traten die Protektionskinder der Vaterländischen Front. Ich frage den Herrn Vizekanzler: Wo sind die vertriebenen Sozialisten? Ich greife nur die juristische Fakultät der Universität Wien heraus. Der einzige, der damals vertrieben wurde — wenn man das überhaupt eine Vertreibung nennen kann —, war der prononcierte Nationalsozialist, der Strafrechtler Wenzeslaus Gleispach. Was geschah den Sozialisten in dieser Zeit? (*Abg. Mark: Was war mit Max Adler?*) Ich komme schon darauf, Herr Kollege Mark! Kelsen folgte bereits 1927 einer Berufung nach Köln. Es kann also bei ihm von einer Vertreibung keine Rede sein. Max Adler, wohl ein sehr prominenter Vertreter der Sozialistischen Partei von damals, konnte an der Universität Wien auch nach 1934 weiterlesen, und er hielt seine Vorlesungen bis zu seinem Tode im Jahre 1937. Und jetzt sagen Sie mir, Herr Kollege Mark, ob das nicht richtig ist. (*Abg. Mark: Ohne Hörer, weil sich die Hörer nicht trauen durften, hinzugehen!*) Herr Kollege Mark! Das ist doch eine andere Frage und gehört zu einem ganz anderen Kapitel! Ebenso Arthur Lenhof, der die Universität erst nach den Ereignissen von 1938 verließ. Wo wurde also einem sozialistischen Hochschullehrer auch nur ein Haar gekrümmt? Es hat sich namentlich in den Jahren 1934 bis 1938 an unseren Hochschulen wenig verändert. Ja dies ging so weit, daß sich

Professor Merkl in dieser Zeit offen in Publikationen gegen das Regime wenden konnte.

Der Herr Vizekanzler und auch der Herr Abgeordnete Strasser üben daher sehr unsachliche Kritik an der Professorenschaft unserer Hochschulen, wenn der eine von Cliquenwirtschaft und der andere von Vetternwirtschaft spricht. Beide Herren behaupten nicht weniger, als daß es heute keine freie Lehre an den Hochschulen gäbe. Es kann doch wahrlich nicht ernst gemeint sein, wenn man solches behauptet. Meine Damen und Herren! An welchen Hochschulen in Österreich kann ein Lehrer seine Meinung nicht frei äußern? Eine solche Behauptung schlägt jeder Wahrheit ins Gesicht! (*Abg. Katzengruber: In Vorarlberg, Herr Abgeordneter! Da wird er entlassen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber wo denn!

Der Herr Vizekanzler behauptet weiter, daß man sie vom Kniefall — gemeint sind die Hochschulprofessoren, die in das Ausland emigriert sind, wenn man etwa daran denken würde, sie wieder zurückzubringen —, also wörtlich: „von einem Kniefall vor dem Götzen CV befreien“ muß. Ich hoffe, der Herr Vizekanzler glaubt selbst nicht an seine Behauptung, denn wo sind denn die CVer, vor denen angeblich dieser Kniefall gemacht werden soll?

Ich greife nur ein Beispiel, die Universität Wien, zur Illustration heraus. Von 16 ordentlichen und außerordentlichen Professoren an der juristischen Fakultät, die Sitz und Stimme haben, sind 3 CVer, desgleichen von 26 Professoren der medizinischen Fakultät 1 CVer, von 68 Professoren der philosophischen Fakultät 2 CVer, von 11 Professoren der katholisch-theologischen Fakultät 2 CVer, also von insgesamt 121 Professoren 8 CVer.

Ich frage nun, ob der Herr Vizekanzler unter diesen Aspekten noch immer seine Meinung aufrechterhalten kann. Ich glaube, es ist wohl sehr bedauerlich, daß sich führende Persönlichkeiten zu solchen Behauptungen versteigen, die jeder realen Grundlage entbehren. Ich glaube nicht, daß Sie mit solchen Erklärungen Ihren Einfluß an den Hochschulen verstärken werden, sondern es wird gerade das Gegenteil der Fall sein.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Forderung nach Errichtung einer Lehrkanzel für Sozialpolitik und Arbeitsrecht aufstellen, dann ist das auch unser Wunsch. Wenn die Errichtung einer Hochschule für Sozialwissenschaften und -politik in Linz, die auf eine Anregung von Professor Knoll zurückgeht, nunmehr auch energisch von der Sozialistischen Partei gefordert wird, dann soll es uns nur freuen. Aber von einer derzeitigen Unduldsamkeit gegen alles zu sprechen, was

nach Sozialismus und Arbeiterbewegung auch nur riecht, wie dies der Herr Vizekanzler in seinem Interview getan hat, das geht doch zuweit. Der Herr Vizekanzler hat Behauptungen aufgestellt und ist jeden Beweis schuldig geblieben. Letzten Endes haben der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann in seinem Interview und der Herr Abgeordnete Strasser in der letzten Budgetdebatte weder den Hochschulen noch sich selbst gedient. Ich kann nicht annehmen, daß diese Behauptungen auf Unkenntnis zurückzuführen waren, sondern ich kann nur annehmen, daß sie gegen besseres Wissen erfolgt sind. Wie man ein solches Vorgehen bezeichnet, überlasse ich der Beurteilung des Hohen Hauses.

Meine Damen und Herren! Die Ursachen liegen doch viel tiefer. In etwas hat der Herr Abgeordnete Neugebauer schon den Kern der Ursachen getroffen, derentwegen die Hochschulen heute an einer Krisis leiden. Sie liegen meines Erachtens darin, daß der Hochschüler von heute in den Hochschulen nur ein Vermittlungsinstitut für besser bezahlte Stellungen sieht und der Besuch einer Hochschule nicht dem Bedürfnis entspricht, die Wissenschaft zu erforschen. Es sind also heute — mit wenigen Ausnahmen, solche gibt es sicherlich — hauptsächlich materialistische Tendenzen, durch die sich die Hochschüler bewegen lassen, die hohen Schulen zu besuchen, und ich muß sagen, an diesem Bestreben sind auch manche Professoren und Assistenten nicht unschuldig. Meines Erachtens hat es die Hochschule bisher nicht verstanden, in den jungen Menschen das Interesse für Wissenschaft, losgelöst von materiellen Beweggründen, zu wecken. Die Ursache für diese Entwicklung liegt unter anderem auch darin, daß zuwenig Lehrkanzeln zur Verfügung stehen und viele Professoren gezwungen sind, im Lehrberuf aufzugehen, und daher weniger Zeit für Forschungsarbeit erübrigen. Sie haben es nicht verstanden, die Wissenschaft lebensnah zu gestalten, sie vor allem dem Leben dienstbar zu machen. Ich glaube, daß dies darin liegt, daß die Hochschulen mit hergebrachten Traditionen überbelastet sind und daß vielleicht auch die akademische Freiheit heute oft geradezu mißverstanden wird. Es ist nicht mehr möglich, bei einem solchen Ansturm auf die Hochschulen eine individuelle Behandlung jedes einzelnen Studierenden zu fordern. Der persönliche Kontakt zwischen Studierenden und Professor ist gar nicht mehr möglich und schon gar nicht im Zeitalter des Werkstudenten. Dieser Typus herrscht heute zu einem sehr beachtlichen Teil an den Hochschulen vor, ob wir es wahr haben wollen oder nicht. Der Werkstudent holt, wenn es gut geht, seine Anfangs- und Endtestur, besucht vielleicht

auch noch einige Pflichtübungen, weil er sie besuchen muß, und läßt sich in den Abendkursen das für seine Prüfungen notwendige Wissen einpauken. Ich glaube, daß schon die Tatsache allein, daß es für die Studierenden von heute geradezu unumgänglich notwendig ist, Einpaukkurse zu besuchen, die heutige Situation kennzeichnet.

Ich glaube, daß der Herr Kollege Neugebauer auch mit Recht auf ein zweites Problem hingewiesen hat, nämlich auf das Spezialistentum, das immer größere Kreise zieht. Ich frage: Wo bleibt noch die Universitas omnium literarum? Es ist zweifellos unmöglich geworden, Universalgenies heranzubilden, da der wissenschaftliche Stoff immer umfangreicher und schwieriger zu bewältigen ist. Aber ich frage auch: Geht das Spezialistentum heute nicht doch zuweit? Es erstreckt sich bereits auf alle Wissensgebiete, ob es sich nun um die Medizin, die Jurisprudenz oder um anderes handelt, und doch bestehen immer wieder Zusammenhänge zwischen den Spezialfächern, zumindest in den Randgebieten.

Es muß auf den Hochschulen auch Allgemeinbildung vermittelt werden, und in den einzelnen Fächern müssen die Studienordnungen so aufeinander abgestimmt sein, daß es dem Studierenden eines bestimmten Faches auch zur Pflicht gemacht wird, bestimmte Fächer eines anderen Wissensgebietes zu hören, die für sein Fachgebiet notwendig sind. Es muß also zum Beispiel der Jurist auch die großen technischen Zusammenhänge erfassen, wie auch der Techniker zum Beispiel etwas vom Sozialrecht wissen muß, ohne selbst Fachmann auf diesem Gebiet werden zu wollen. Auf diese Weise erhält der Spezialist die notwendigen Kenntnisse von den allgemeinen Problemen der Wissenschaft. Solche Zusammenhänge werden sich für jedes Spezialfach ergeben.

Zweifellos steht mit diesen Fragen in untrennbarem Zusammenhang das Finanzierungsproblem. Wie ich schon angedeutet habe, ist das Werkstudententum in unserer Zeit zu einem notwendigen Übel geworden, aber es zermürbt Talente und drückt das Niveau an unseren Hochschulen. Es ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der Gesellschaft und ihrer Einrichtungen, Begabungen so zu fördern, daß sie sich sorglos ihrem Studium widmen können. Dann wird man auch von den Studenten mehr verlangen können, als dies heute der Fall ist.

Kollegin Solar hat sich bereits mit dem Stipendienwesen befaßt, und auch ich will es tun. Ich glaube, daß unser gesamtes Stipendienwesen von Grund aus reformiert gehört. Es gibt eine Reihe von Institutionen, die

Stipendien gewähren; jede einzelne aber nie so viel, daß der Studierende von diesem einen Stipendium wirklich sorglos studieren könnte. Weil das eine nicht ausreicht, geht er zur zweiten, zur dritten und vierten Stelle und stipendiert sich auf diese Weise durch sein Studium durch. Der Tüchtigere auf diesem Gebiet kommt auf diese Weise natürlich günstiger zum Zuge, ob er aber auch der Tüchtigere im Fortgang seiner Studien ist, ist die Frage. Daher ist es notwendig, die Einrichtung der Stipendien beim Unterrichtsministerium zu koordinieren, um den Bezug der Stipendien besser kontrollieren, aber auch ökonomischer ausgestalten zu können, als dies heute der Fall ist.

Auch dem Forschungsrat kann eine besondere Bedeutung zukommen. Es ist nicht richtig, wie der Herr Abgeordnete Mark im Ausschuß behauptete, daß sich der Herr Minister gegen den Forschungsrat ausgesprochen hat, sondern es bedürfen noch einige Fragen der Klärung. Vor allem hat der Herr Minister das parlamentarische Material der Rektorenkonferenz zugemittelt, und er wird deren Stellungnahme auch wieder der parlamentarischen Behandlung zuführen.

Die Hochschulen müssen wieder Stätten der Forschung, der Lehre und der Erziehung werden. Sie selbst müssen dann aber auch für eine Auslese sorgen; denn ob das Reifezeugnis der Mittelschule als Voraussetzung allein genügt, ist mehr als fraglich. Es muß demnach bereits der junge Mensch an der Forschungsarbeit interessiert und nicht nur verpflichtet werden, einen von Haus aus bestimmten Stoff aufzunehmen, soweit dieser gerade noch zur Ablegung der Prüfungen notwendig ist.

Die Hochschulen müssen aber auch erkennen, daß ihre Aufgabe nicht nur im Vermitteln von Fachwissen liegt, sondern im besonderen in der Heranbildung von Persönlichkeiten, die über ein Allgemeinwissen und über Verantwortungsbewußtsein verfügen; mit einem Wort: sie müssen Stätten der Charakterbildung werden. Es wäre fatal, wenn, wie unlängst Pater Riener auf einer Kundgebung christlicher Gewerkschafter sagte, aus unseren technischen Hochschulen hochqualifizierte Barbaren herauskämen, die wohl die Technik, die Mathematik, die Atomphysik kennen und mit dem Rechenschieber umzugehen wissen, die aber nicht mehr wissen, was das soziale und menschliche Leben erfordert.

Die Hochschulen müssen die jungen Menschen aber auch zur Vaterlandsliebe erziehen. Meine Damen und Herren! Es ist verwerflich, wenn ein früherer prominenter Nationalsozialist, der als Hochschulprofessor rehabili-

tiert wurde, bereits im Juli 1957 wieder zu schreiben wagt — ich zitiere wörtlich —: „Zu den unerfreulichsten Überresten des an Gesinnungs- und Würdelosigkeit reichen Jahres 1945 gehört das Geflunker von der österreichischen Nation. Es entstand aus derselben moralischen und geistigen Haltung, die die Besatzungsmächte als Befreier feierte, die dauernde Erinnerung an ihr für unser Land so segensreiches Erscheinen in der Umbenennung der Straßen und Plätze festhalten wollte, der Haltung, die den bisherigen Ehrenkodex der Menschheit umstülpte und Feigheit, Fahnenflucht und Verrat als die wahren Tugenden des österreichischen Mannes pries.“

Meine Damen und Herren! Es treibt einem die Schamröte ins Gesicht, wenn eine solche Schreibweise eines österreichischen Hochschulprofessors im Jahre 1957 wieder möglich ist. Hüten wir uns vor diesem Ungeist und weisen wir rechtzeitig diese sogenannten Lehrer unserer Jugend in die Schranken zurück!

Die Hochschulen müssen jenen Nachwuchs heranbilden, der befähigt ist, die schwierigen Aufgaben, die sich in Zukunft aus der Strukturänderung unserer Gesellschaft und Wirtschaft ergeben werden, zu meistern. Denn neben dem Fachwissen müssen die akademischen Bürger auch überragende Persönlichkeiten sein. Ich glaube aber, daß dieses Ziel mit den bisherigen Methoden akademischer Wissensvermittlung nicht mehr erreichbar ist, und es muß uns daher klar sein, daß wir auch die Methode der Hochschulbildung der neuen Situation anpassen müssen. Die Hochschulen müssen in Hinkunft wieder die Stätten hohen Geistes werden, der Lehre, der Forschung und der Erziehung, damit sie in Hinkunft den großen Aufgaben gewachsen sind, die an sie gestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Als nächster Redner ist vorgemerkt der Herr Abgeordnete Appel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Appel:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In diesem Hause werden sehr häufig politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen besprochen. Das ist notwendig und zweckmäßig. Ebenso berechtigt aber ist es, ein Problem zu erörtern, das die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt, das bis heute aber noch ungelöst erscheint.

Die Budgetdebatte gibt Gelegenheit, das Jugendproblem zu besprechen, weshalb ich mich mit der Jugendförderung beschäftigen will. Besonders dem Bundesministerium für Unterricht sind auf diesem Gebiet Aufgaben gestellt, die vom Kindergarten bis zur Hochschule auf der einen, vom Kindergarten bis zur Berufsschule und weiter zur allgemeinen Volksbildung auf der anderen Seite reichen.

Wenn man so den Blätterwald der Zeitungen durchliest, kann man sich oft des Eindruckes nicht erwehren, daß durch eine sensationslüsterne Presse Übergriffe von Jugendlichen aufgebauscht der Öffentlichkeit wiedergegeben werden, daß man sich aber andererseits da und dort aus einem Bequemlichkeitsstandpunkt heraus mit der Feststellung begnügt, daß es sich eben um eine Nachkriegerscheinung handelt. Beides ist meines Erachtens falsch und hilft kaum unserer Jugend, der zu helfen unsere moralische Verpflichtung ist.

Jene, die das Problem der jungen Generation überschätzen, übersehen, daß es sich bei jenem Teil, den man schlechthin als Halbstarke zu bezeichnen pflegt, um Ausnahmen handelt, die einen relativ geringen Prozentsatz darstellen gegenüber jenem überwiegenden Teil unserer jungen Menschen, die tüchtig, selbständig und zielstrebig sind. Ausnahmen hat es natürlich immer und zu jeder Zeit gegeben, auch in früheren Generationen, ohne daß man deshalb die Jugend in ihrer Gesamtheit als ungeraten bezeichnet hätte; ein Fehler, der, so bedauerlich es ist, leider heute sehr oft gemacht wird.

Dieser Optimismus darf natürlich auf der anderen Seite nicht zur sträflichen Sorglosigkeit der Erwachsenen führen. Was not tut, ist, einen Weg zu finden, der unserer Jugend hilft und ihr im Interesse der Gesellschaft — unseres demokratischen Staates — den richtigen Weg in die Zukunft weist. Dies aber wird nur dann gelingen, wenn wir nicht nur über die Jugend sprechen, sondern vor allem mit der Jugend die Wege besprechen, die uns diesem angestrebten Ziele näherbringen.

Es wäre daher zu begrüßen, wenn schon in Bälde eine Jugendenquête stattfinden könnte, an der sich außer den Vertretern der Eltern, der Lehrerschaft, den mit Jugendfragen befaßten Bundesministerien selbstverständlich auch die Vertreter der Jugendorganisationen und des Bundesjugendringes beteiligen könnten. In gemeinsamer Arbeit aller interessierten Faktoren wird es möglich sein, ein Programm zu erstellen, das für die Jugend praktische Bedeutung hat. Eine solche gemeinsame Beratung wird aber auch beweisen, daß unsere Jugend eine sehr reale Vorstellung von der Gegenwart hat, und zur Feststellung berechtigen, daß die jungen Menschen von heute nicht besser, aber auch in keinem Falle schlechter sind als die Jugend früherer Generationen. Jede Zeit hat ihre Probleme und jede Zeit ihre Jugend mit ihrer Eigenart, mit ihren Vor- und Nachteilen. Die jungen Menschen in ihrer Eigenart sind kritisch, sie sind das Problem unserer Zeit,

mit dem wir uns ebenso beschäftigen müssen wie etwa mit Fragen des europäischen Marktes oder der Automation.

Wenn die Öffentlichkeit oft Kritik am Verhalten Jugendlicher übt, dann wird vielfach übersehen, daß unsere Zeit die Jugend psychologisch überfordert. Schon das Kleinkind wächst im Zeitalter des technischen Fortschrittes heran. Seine Umgebung ist ganz anders geartet als früher. Radio, Motorisierung, Fernsehen sind die Umgebung des Kindes von heute und üben ihren Einfluß aus. Märchen und Mythen, die früher in der Vorstellungswelt der Kinder eine Rolle spielten, gehören längst der Vergangenheit an. Selbst die Kinderwelt ist sachlich und nüchtern geworden, was nicht ohne Folgen bleiben kann.

Was sind nun die Probleme der Jugend von heute und was die Ursachen, daß junge Menschen da und dort außer Tritt geraten? Die heute Zwanzigjährigen wurden 1937 in einer Zeit größter wirtschaftlicher Depression geboren. 1939 folgte der Krieg. Der Vater war eingerückt, die Mutter mußte oft einer Beschäftigung nachgehen, und die Kinder waren vielfach sich selbst überlassen. Die älteren unter ihnen waren Erziehungsmethoden durch das NS-Regime ausgesetzt, die wir ablehnen. Die jüngeren wieder kannten vielfach den Vater erst, als er aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte. Manche wieder mußten noch als Kinder von 14 bis 16 Jahren als Soldaten das bittere Ende des Krieges auskosten. Die engere Umgebung dieser Jugend waren der Luftschutzbunker, der Schrecken des Krieges und schließlich das Chaos, aus welchem unser Volk erst durch mühsame Arbeit herausgeführt werden mußte. Die Begleiter dieser Kinder waren freudlose Kindheitstage, Entbehrung und Hunger. Für viele junge Menschen mag damals, irreführt von einer falschen Propaganda, eine Welt zusammengebrochen sein. Sie waren die Typen der Existentialisten.

Aber durch die Verhältnisse nach 1945 und später durch den Wirtschaftsaufschwung begünstigt, ergibt sich oft, daß beide Elternteile im Berufsleben stehen, was wieder bedingt, daß die Kinder zum Teil sich selbst überlassen sind. Sicherlich leiden diese jungen Menschen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weniger an materieller Not als vielmehr an einem seelischen Notzustand. Dazu kommt noch die Tatsache der körperlichen Frühreife, die gleichfalls ihren Einfluß ausübt.

Diese Umstände führen aber in der späteren Entwicklung dazu, daß die frühzeitig selbständig gewordene Jugend ihre eigenen Wege geht, abseits steht und in vielen Fällen sogar

zur Opposition neigt. Wir müssen daher der Jugend wahre innere Werte wiedergeben, ihr Interesse für Musik, Theater und das gute Jugendbuch wecken. Entscheidend für junge Menschen ist das gute Beispiel, das Vorbild. Sie brauchen etwas, zu dem sie aufblicken können. Es wird Gleichgültigkeit und Desinteresse bei jedem jungen Menschen auslösen, wenn man den Jungen Ideale predigt, in der Tat aber nicht darnach handelt. „Anders scheinen als sein“ löst den Widerspruch der Jugend aus und führt zwangsläufig zur Oppositionsstellung gegenüber den Erwachsenen.

Die Jugend zu selbstbewußten, verantwortungsfreudigen Staatsbürgern zu erziehen, ist die große Aufgabe, die uns gestellt ist. Erfreuliche Ansätze sind zweifellos vorhanden. Weitere Schritte müssen aber folgen. Die Jungbürgerfeiern beispielsweise sollen die jungen Menschen zur Verantwortungsfreudigkeit erziehen, vor allem aber ein anderes geistiges Klima schaffen mit dem Bewußtsein, daß der junge Mensch in der Demokratie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zu erfüllen hat. Diese Jungbürgerfeiern sollten eine ständige Einrichtung sein, nicht aber nur in Zeiten vor Wahlen stattfinden, wo sie zu politischer Propaganda benützt werden; wir werden damit der Jugend und der Demokratie keinen guten Dienst erweisen. Die Jugend muß sich durchringen, muß sich selbst ihr Urteil bilden, und ihr dabei zu helfen, ist die große Aufgabe, die uns gestellt ist.

Besonderes Augenmerk erfordert die Freizeitgestaltung des jungen Menschen von heute. Ist dieses Problem schon für die Erwachsenen schwierig zu lösen, wie erst für die Jugend! Wenn die Öffentlichkeit oft Anstoß am Verhalten Jugendlicher nimmt, die Kinos und Gaststätten belagern, so ist interessant, festzustellen, daß es sich in vielen Fällen nicht um sozial Schwache handelt — Geld haben sie ja meistens genug —, sie wissen nur nichts mit ihrer Freizeit anzufangen. Da aber tritt eine geschäftstüchtige Vergnügungsindustrie auf den Plan und nimmt der Jugend die Sorgen ab, indem sie ihr modernst ausgestattete Vergnügungsstätten mit Musicbox, Spielautomaten und dergleichen zur Verfügung stellt. Das ist die Umwelt der Jugend von heute. Hier abzu- helfen und der Jugend Vernünftiges zu bieten, scheint mir ein dringendes Gebot zu sein.

Die Errichtung von Jugendklubs in Verbindung mit den bereits bestehenden Jugendorganisationen scheint mir zweckmäßig. Jugendhäuser, die unter schöpferischer Mitgestaltung und Selbstverwaltung der Jugend gebaut werden, wie es der Österreichische Bundesjugendring fordert, könnten zu Sammelpunkten der Jugend werden.

Was die Jugendbetreuung durch die Jugendorganisationen schwierig macht, ist vielfach der Umstand, daß keine geeigneten Jugendheime zur Verfügung stehen und die Jugend zwangsläufig ihre Zusammenkünfte in Gasthäusern abhalten muß, in einer Umgebung, aus der wir sie ja wegbringen sollen.

Ich frage: Wie sollen junge Menschen, die, im besten Glauben, etwas leisten zu können, in unzulänglichen Heimen zusammenkommen, sich zu schöpferischer Arbeit entwickeln können? Hier wäre dringendst Abhilfe zu schaffen.

Eine wertvolle Einrichtung für die Freizeitgestaltung ist zweifellos der Buchklub der Jugend mit dem Bestreben, guten Lesestoff, wertvolle Literatur, interessante Jugendbücher den jungen Menschen zu vermitteln. In Wien hat sich auch die Einrichtung bewährt, durch verbilligte Kino-Abonnements bei der Jugend das Interesse für den wertvollen Jugendfilm zu wecken und sie von Schmutz und Schund wegzubringen. Das Theater der Jugend kann ebenfalls auf erfreuliche Erfolge verweisen.

Alles zusammen aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nur ein hoffnungsvoller Anfang, sind Ansätze, zu welchen vom Österreichischen Bundesjugendring und von den bestehenden Jugendorganisationen die Initiative ergriffen wurde. Das Fehlen ausreichender Mittel erschwert nicht nur den weiteren Ausbau bereits bestehender Einrichtungen, sondern macht zusätzliche Aufgaben unmöglich. Bei der Jugendförderung zu sparen, ist meines Erachtens fehl am Platze. Durch eine planmäßige Jugendförderung können wir der Jugend helfen, können wir die idealen Werte der Demokratie zweifellos besser verteidigen, als dies noch so kostspielige Militärausgaben ermöglichen.

Es ist anzuerkennen, daß für 1958 ein Betrag von 990.000 S, also um 297.000 S mehr als 1957, für die Jugendförderung vorgesehen ist. Es ist nur zu hoffen, daß dieser Betrag ausschließlich dem Österreichischen Bundesjugendring und den ihm angeschlossenen Jugendorganisationen vorbehalten bleibt. Ich sage dies deshalb, weil im Bundesvoranschlag der Begriff „und andere Jugendgemeinschaften“ sehr dehnbar ist. Wenn man den ohnehin schon geringen Betrag etwa auch noch auf andere Interessengruppen aufteilt, so wird sich praktisch das Geld zerbröckeln, und es wird in der Praxis nichts für die Jugend geschehen können. Trotzdem aber muß gesagt werden, daß der Betrag von 990.000 S für Zwecke der Jugendförderung als viel zu gering und nicht zureichend bezeichnet werden muß.



1856

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Ebenso ist der Betrag von 1,650.000 S für die Jugendaktionen des Bundesministeriums für Unterricht zu begrüßen. Es sei jedoch sachlich festgestellt, daß dieser Betrag für Jugendaktionen bereitgestellt wird, während der Betrag von 990.000 S vorwiegend der Jugendbetreuung dient, zu welcher die Jugendorganisationen aus eigenem noch namhafte Beiträge beisteuern müssen, um nur den dringenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Als weiterer Beitrag zur Jugendförderung wäre die Einführung des 9., ja vielleicht sogar des 10. Schuljahres zu erwägen, allerdings im Sinne einer Berufsvorbereitung. Der weitere Ausbau der Sonderschulen — es wurde im Zusammenhang heute schon davon gesprochen — für minderbegabte und sozial gefährdete Kinder wäre zweifellos zu begrüßen. Die größtmögliche Studienförderung begabter junger Menschen und die Förderung junger Talente sind ebenfalls Aufgaben, die unter die Jugendförderung zu reihen sind.

Ich möchte meine Ausführungen abschließen mit der Bitte, alles in unserer Kraft Liegende zu tun, um durch die Bereitstellung ausreichender Mittel für Zwecke der Jugendförderung unserer Jugend zu helfen. Mittel, die ein Volk für seine Jugend bereitstellt, geben Zeugnis vom Verständnis und der Reife eines Volkes für die Probleme der Jugend. Wollen wir daher nicht nur von Jugendförderung sprechen, sondern vor allem darnach handeln. Die Jugend von heute als Träger des Staates von morgen wird es uns allen danken! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Rödhammer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Rödhammer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will mich im Gegensatz zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Pollak nicht mit dem ganzen Fragenkomplex befassen, über den ich reden könnte, sondern mich auf einen Teilausschnitt des Kapitels Unterricht beschränken. Meine Frau Kollegin Solar hat ja auch schon eine große Anzahl von wesentlichen Fragen berührt, die vom Standpunkt unserer Partei durch sie beleuchtet wurden. Ich werde auch nicht auf die aktuellen Anliegen der Pflichtschulen und der Pflichtschullehrer eingehen, die ich bei der Behandlung des Kapitels Unterricht im Finanz- und Budgetausschuß erörtert habe, sowie auch nicht auf die dort gemachten Äußerungen zu allgemeinen kulturellen Fragen. Ich muß es mir auch versagen, zu jenen Punkten zu sprechen, über die wir, wie man sieht, im ganzen Hohen Haus einer Meinung sind, sondern es kommt mir — ich darf wohl so sagen —

die undankbare Aufgabe zu, mich mit jenen Dingen zu beschäftigen, die immer wieder Gegenstand der Auseinandersetzung innerhalb der Koalition sind, mit jenen Fragen, in denen wir uns seit Jahren so schwer reden und verstehen, mit jenen Problemen, über die wir uns bis jetzt immer noch nicht einigen konnten. Sie betreffen die Regelung zwischen Staat und Kirche und einige wesentliche Punkte der noch ausstehenden Schulgesetze. Ich kann es mir allerdings im Rahmen meiner Ausführungen nicht ersparen, auf die Ausführungen der Frau Kollegin Pollak einzugehen.

Der Experte der Sozialistischen Partei für die Unterrichtsfragen, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, hat heuer, wie schon Frau Kollegin Solar festgestellt hat, in Abweichung von der bisherigen Praxis und Gepflogenheit in Abwesenheit des Herrn Unterrichtsministers im Rahmen der Generaldebatte zum Kapitel Unterricht Stellung genommen. *(Abg. Dr. Neugebauer: Ich hoffe, er wird es erfahren haben, wenn er sich dafür interessiert!)* Entweder ist dies geschehen, um in der Optik der Öffentlichkeit den Primat in der Verteidigung der Kultur- und Schulinteressen zu haben, oder aber man wollte damit einer eingehenderen Stellungnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt ausweichen. *(Abg. Dr. Neugebauer: Keineswegs!)* Dazu könnten Sie oder könnte der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer freilich sagen: Wir haben schon die Jahre her unseren Standpunkt zur Kulturpolitik im allgemeinen und zu den speziellen Fragen der Schulgesetzgebung genügend präzisiert; seit dem vergangenen Jahr, beziehungsweise seit dem Sommer dieses Jahres ist keine Veränderung in der Schulverhandlungssituation eingetreten, es erübrigt sich also, die Dinge noch einmal zu sagen.

Könnte es uns aber, so frage ich, verargt werden, wenn wir auf Grund der — und ich zitiere — „beginnenden Auflockerung der Front zwischen Kirche und Sozialismus“ mit Abgeordneten Dr. Neugebauer neuen Mut geschöpft hätten, daß damit auch eine Revision in kultur- und schulpolitischen Auffassungen Ihrer Partei angestoßen worden ist? Wenn wir dies ernsthaft erwartet hätten, so wären die Erklärungen des Abgeordneten Neugebauer und natürlich noch mehr der Frau Abgeordneten Pollak heute eine schwere Enttäuschung gewesen, und sie muß es gewesen sein für alle, die in den Gesinnungswandel auf sozialistischer Seite ernsthafte Hoffnungen gesetzt haben beziehungsweise setzen. *(Abg. Mark: Warten Sie doch ab, was die Kirche dazu sagt!)* Es ist ja gestern sehr augenfällig geworden durch das hohe Lob, das mehrfach vom Herrn Abgeordneten Fischer dem Abgeordneten Neugebauer gezollt worden ist *(Abg. E. Fischer:*

*Er hat eine glänzende Rede gehalten!*) und wobei er erklärt hat, er identifiziere sich voll und ganz mit den Ausführungen Neugebauers. (*Abg. Dengler: Dreimal hat er es gesagt!*) Ich glaube, damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß er hier den gemeinsamen geistigen Mutterboden betonen wollte. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Hillegeist: Das ist aber sehr primitiv!*) Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn der Herr Abgeordnete Fischer Gelegenheit hätte oder nehmen würde, heute nach der Frau Abgeordneten Pollak zu sprechen, dann würde dieses Loblied in eine Lobeshymne ausarten. (*Abg. Winkler: Das ist billig!*)

Dr. Neugebauer hat diesmal auf nähere Ausführungen zu einzelnen Fragen verzichtet, wohl aber in kurzen Strichen Akzente gesetzt, aus denen heraus das Gesamtkonzept durchleuchtet. Dr. Neugebauer hat — um zunächst auf einen Punkt hinzuweisen — nur von der Bereitschaft seiner Partei zur formalen Anerkennung des völkerrechtlichen Status des Konkordats gesprochen und hat mit keinem Wort die Materie berührt, die im Rahmen eines Konkordats, die Schule betreffend, gelöst werden muß. Er hat die wesentliche Frage, die staatliche Leistung für die konfessionelle Privatschule, ein seit Jahren bei uns in Österreich hochaktuelles kulturpolitisches Problem, mit keinem Wort erwähnt. Er hat im Zusammenhang mit seiner begrüßenswerten Feststellung, die schon Kollege Dr. Kummer heute erwähnt hat, nämlich der Feststellung, daß die Schule nicht nur Spezialwissen vermitteln sollte, sondern Menschen formen müßte, nichts darüber verlauten lassen, ob man hier die bedeutende Funktion der religiösen Erziehung, des Religionsunterrichtes anerkenne und etwa auch in der Frage des Religionsunterrichtes in den Berufsschulen mit sich reden lassen werde. Gerade diese Dinge aber wären außerordentlich interessant für uns und für die Öffentlichkeit gewesen.

Wir verstehen, daß eine Gesinnungsrevision nicht von heute auf morgen vor sich gehen kann, vorausgesetzt, daß man sie überhaupt ernsthaft vorhat, aber erkennbare Ansätze sind nun einmal notwendig, wenn man einen guten Willen glaubhaft machen will. Sie wissen, um auf ein Beispiel zu verweisen, daß die holländischen Sozialisten in ihrem seinerzeitigen Revisionismus auf dem Gebiet der Schulpolitik viel weiter gegangen sind, als es die österreichischen Katholiken heute verlangen, nämlich bis zur Anerkennung der staatlichen konfessionellen Schule. Ich will nicht ungerecht sein und ich gebe gerne zu, daß es schon einen Fortschritt bedeutet, wenn Sie nach langjährigem Widerstand nun unsere Auffassung, die wir seit 1945 ver-

treten, einschwenken und bereit sind, über die Beantwortung der Noten des Vatikans zu verhandeln. Wir würden es aufrichtig begrüßen, wenn möglichst bald eine Einigung über eine positive Antwort erzielt werden könnte.

Wir müssen allerdings hinzufügen, daß uns die bloß formale Anerkennung der völkerrechtlichen Gültigkeit des Konkordats vom Jahre 1933 ohne Anerkennung der innerstaatlichen Wirksamkeit dieses oder eines neugefaßten Konkordats nicht befriedigen kann. Wir sind uns auch darüber im klaren, daß auf Grund geänderter Verhältnisse Änderungen der Bestimmungen des Konkordats von 1933 notwendig sind und unter uns und mit dem Vatikan ausgehandelt werden müssen. Wir vertreten aber den Standpunkt, daß mit den formellen Problemen der Anerkennung auch über den Inhalt eines neuen Konkordats zu verhandeln ist, dem Rechtswirksamkeit im innerstaatlichen Bereich zukommen soll. Einen Zustand, der nur die formal-juridische Anerkennung vorsieht, im innerstaatlichen Bereich aber den bisherigen Status quo auf nicht absehbare Zeit bestehen läßt, können wir nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ehestens geregelt werden muß. Ich meine zunächst das Verhältnis zwischen dem Staat und der katholischen Kirche in Form eines gültigen Konkordats. Selbstverständlich ist auch die zeitgemäße Erneuerung des Protestantentats vorzunehmen, eine Angelegenheit, zu der sich Unterrichtsminister Dr. Drimmel jederzeit bekannt hat.

Ich muß hier eine Feststellung Dr. Neugebauers mit aller Entschiedenheit zurückweisen, wenn er sagt, daß es sich auch die Österreichische Volkspartei nicht eilig gemacht hätte, die Konkordatsfrage zu klären und zu lösen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Gemütlich haben Sie es sich gemacht!*) Wir haben seit 1945, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, eine eindeutige Stellungnahme bezogen und haben uns stets zur Rechtsgültigkeit des Konkordats von 1933 bekannt und seine Anerkennung gefordert. (*Abg. Dr. Neugebauer: Sie haben sich dazu bekannt, aber nicht dafür gekämpft!*) Die Sozialistische Partei aber — und das müssen Sie zugeben — hat ein Verhalten an den Tag gelegt, daß man den Eindruck gewann, die Annexionstheorie nur deshalb entwickelt zu haben, um die Rechtsgültigkeit des Konkordats verhindern zu können. (*Abg. E. Fischer: Diese Theorie steht im Staatsvertrag! — Abg. Mark: Das ist ihm nicht aufgefallen!*)

1858

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Noch im September vorigen Jahres, als der österreichische Außenminister in einer Ministerratssitzung zur Beantwortung der letzten vatikanischen Note drängte, wurde von einem sozialistischen Regierungsmitglied erklärt, über das Konkordat könne so lange nicht verhandelt werden, als man sich nicht über die Schulfrage geeinigt hätte. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Als dann in Erklärungen höchster Funktionäre Ihrer Partei endlich die Bereitschaft, über ein Konkordat mit sich reden zu lassen, sichtbar wurde, war es unser Herr Bundeskanzler, der unverzüglich die Initiative ergriffen hat, ein Ministerkomitee einzusetzen, das zur Klärung und Bestimmung der notwendigen Aktivität in der österreichischen Bundesregierung beitragen soll, um die Lösung der Frage ohne weitere Verzögerung einzuleiten. Oder wollte — gestatten Sie mir diese Randbemerkung — Dr. Neugebauer mit seiner Bemerkung vorbauen, daß sich etwa auch bei diesem Kapitel wiederholt, was leider schon oft praktiziert wurde, nämlich daß man dann, nachdem man sich die längste Zeit gegen Vorschläge unserer Partei gewehrt hat — ich denke zum Beispiel an die Familienpolitik in Österreich —, das Urheberrecht beansprucht? (*Abg. Dr. Neugebauer: Da waren Sie der zweite Sieger!* — *Abg. Rosa Jochmann: Wir können den Vorwurf nicht ernst nehmen, daß wir uns gegen die Familienpolitik gewehrt haben!*) Das ist eine Tatsache, die nicht hinwegzuleugnen ist. (*Abg. Rosa Jochmann: Das müssen Sie beweisen!*) Das können wir beweisen! (*Abg. Mark: Das können Sie nicht beweisen!*)

Der Herr Abgeordnete Neugebauer hat berechtigte Klage geführt über die Stagnation in der Schulgesetzgebung und hat, wie ich schon sagte, ohne auf Details des sozialistischen Standpunktes einzugehen, gefragt, wie lange die extrem konservativen Wortführer unserer Partei in der Schulfrage noch nein sagen würden. (*Abg. Dr. Neugebauer: Stimmt!*) Ich habe mir den Zwischenruf erlaubt: Wer sagt nein? (*Abg. Dr. Neugebauer: Vor allem Sie, Herr Rödhammer!*)

Meine Frauen und Herren der sozialistischen Fraktion dieses Hauses! Es ist schon mehrmals gesagt worden, das hat auch Frau Abgeordnete Solar betont, es ist ihr sehr verübelt worden, Sie werden es auch mir verübeln, wenn ich es sage, aber es muß gesagt werden: Sie können sich die Sache nicht so einfach machen (*Abg. Rosa Jochmann: Sie auch nicht!*) — das habe ich auch im vorigen Jahr ausgeführt —, daß Sie alles, was Sie vertreten, als Fortschritt und als dem Ab-

lauf der Zeit entsprechend hinstellen (*Abg. Rosa Jochmann: Das stimmt auch!*) und daß alles, was wir vorgeschlagen haben und vorbringen, einfach der Ausdruck der Rückständigkeit ist. So einfach liegen die Dinge nicht! (*Abg. Dr. Neugebauer: Weil Sie zu lange zögern!*) Schließlich werden Sie merken, daß in unserer Partei auch junge Abgeordnete — wie in der Ausschusssitzung anerkannt worden ist — mit dynamischen Kräften vorhanden sind, die aus einer tiefsten Gewissensverpflichtung und aus einer politischen Überzeugung kommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Rosa Jochmann: Das wollen wir nicht bestreiten!*) Es muß nicht rückständig sein, wenn man den Mut hat, für Bestehendes, das sich bewährt hat, einzutreten. Es kommt darauf an, daß es sich bewährt, daß es sich auch unter veränderten Verhältnissen bewährt. Eine organische Weiterentwicklung von Vorhandenem ist oft gesünder als zweifelhafte Experimente. (*Abg. Dr. Neugebauer: Wir wollen gar keine Experimente!*) Experimentieren wird man und kann man in einzelnen Schulen. Wir tun es ja in den Versuchsschulen. Experimentieren kann man aber nicht mit der gesamten Erziehungseinrichtung für unsere gesamte Jugend. (*Abg. Dr. Neugebauer: Fällt uns gar nicht ein! Aber was woanders erprobt ist, kann man auch bei uns einführen!*) Wir haben unsere eigenen Verhältnisse. (*Abg. Dr. Neugebauer: Na gut! — Heiterkeit.*) Man kann auch durch die Erfahrung belehrt werden, daß sich manchmal Neues, das gut gemeint war, nicht bewährt, ein Fehlschlag war. Man muß aber den Mut haben, das zu sagen und einzubekennen. Zum Beispiel ist nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, die Beseitigung der fünfstufigen Volksschule im Jahre 1927 ein Fehlschlag gewesen. (*Abg. Dr. Gorbach: Das stimmt!*) Meine Damen und Herren! Sie bekennen sich ja auch in manchen Punkten Ihres neuen Programms zu Vorstellungen und Gedanken, die in der christlichen Gesellschafts- und Soziallehre schon seit Jahrzehnten eine Realität sind. Wie könnte man dann mit der alten Formel „Hier Reaktionismus, hier Fortschritt!“ auskommen? Diese Formel ist überlebt und das Vokabular nicht zutreffend.

Wir sind zutiefst überzeugt, um jetzt auf ein Beispiel einzugehen, daß wir mit unserer Forderung hinsichtlich der Gestaltung des niederen und mittleren Schulwesens als Realisten in unserer Zeit stehen, weil wir unsere Forderung abgeleitet haben aus der pädagogischen Erfahrung, wir dürfen auch sagen, aus den Ergebnissen der Kinder- und Jugendpsychologie, und weil wir eine klare Zweckbestimmung der einzelnen Schulgat-

tungen für die Bedürfnisse unserer Zeit sehen, während Ihre Vorstellungen — verzeihen Sie, wenn ich das sage — immer wieder nur abgeleitet sind aus alten ideologischen Denkmodellen. (Abg. Dr. Neugebauer: Ein Beispiel bitte!) Ich komme darauf.

Ich habe mich im Vorjahr mit dieser Materie näher auseinandergesetzt und will mich jetzt nicht wiederholen. (Abg. Rosa Jochmann: Aber das Beispiel könnten Sie sich vorbringen!) Ich komme darauf. Ich appelliere aber an den sozialistischen Koalitionspartner, doch auch auf dem Gebiet der Schulforderungen den in so betonter Weise herausgestellten Revisionismus und das oft beteuerte Bekenntnis zum Realismus zu beherzigen, dann dürfte es wahrlich nicht schwierig sein, um mit Herrn Dr. Neugebauer zu sprechen, die noch bestehenden Hürden zu nehmen.

Einige Beispiele: Da ist die Frage der Gestaltung der Mittelstufe unseres Schulwesens, also des Schulwesens für unsere Zehnbisvierzehnjährigen. Schon Frau Abgeordnete Solar hat gestern einiges dazu gesagt, und es wurde dann von anderen Rednern, vor allem von dem der Kommunistischen Partei und heute von der Frau Abgeordneten Pollak dieses Problem berührt.

Unter dieser Frage der Gestaltung der Mittelstufe sind die Problemkreise Oberstufe der Volksschule, Hauptschule, Untermittelschule und — in Ihrer Terminologie — Einheitsschule zu verstehen. Wenn ich richtig gehört habe, dann treten Sie immer wieder für den Einheitsschulgedanken ein aus dem Gesichtspunkt der gleichen Bildungschance und in der Meinung, die Einheitsschule wäre das geeignete Instrument, um dieses Prinzip der gleichen Bildungschance durchsetzen zu können. (Abg. Dr. Neugebauer: Kein Talent soll verlorengehen!) Auch wir bekennen uns zu dem Prinzip der gleichen Bildungschance, und ich müßte ein schlechter Vertreter der Volkspartei sein, wenn ich das nicht aussprechen würde. (Abg. Mark: Daher die Hauptschule für die Arbeiter!) Auch wir bekennen uns zum Prinzip, daß es kein Bildungsprivileg geben soll (Abg. Rosa Jochmann: Aber es gibt eines!) und geben darf und daß wir alles daransetzen müssen, um durch geeignete Maßnahmen — es ist davon viel gesprochen worden: Förderung der Begabten, Stipendienhöhung und andere Dinge — dafür zu sorgen, daß es dazu kommen kann. (Abg. Rosa Jochmann: Hoffentlich!)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine persönliche Zwischenbemerkung. Ich mache sie deshalb, weil mir im Vorjahr eine

falsche Auslegung einer Äußerung von mir unterstellt worden ist, und zwar dahin gehend, ich wäre dafür, daß für die Besitzenden die Mittelschule und für die Arbeiter die Hauptschule geeignet sei. (Abg. Rosa Jochmann: Es ist ja so! — Abg. Mark: Sie haben gesagt, die Hauptschule ist für die Kinder der Arbeiter da! — Abg. Rosa Jochmann: Das ist keine Auslegung, Sie haben das behauptet!) Ich habe dem Herrn Abgeordneten Mark, als ich ihn dann getroffen habe, gesagt: Das glauben Sie wohl selbst nicht, Herr Abgeordneter Mark, daß ich eine solche Meinung vertrete (Beifall bei der ÖVP — Abg. Mark: Ich habe es aber geglaubt!) und daß unsere Partei eine solche Meinung vertritt. (Abg. Mark: Sie haben es im Vorjahr gesagt!) Ich darf wohl etwas Persönliches hinzufügen, weil es auch die Frau Abgeordnete Pollak getan hat.

Meine Damen und Herren! Wenn man herausgewachsen ist aus einer Arbeiterfamilie — der Großvater war schon 40 Jahre Bergarbeiter, und der Vater war es wieder — und zehn Kinder dagewesen sind, wenn man sich selbst durch das Studium geschlagen hat und wenn man alle seine Angehörigen und Geschwister in dienender Stellung gehabt hat, wenn man eine Mutter hat, die bis zu ihrem 35. Lebensjahr als Dienstbote tätig gewesen ist, wenn man selbst nach der Volksschule Landarbeiter gewesen ist und erst später in das Studium eintreten konnte, dessen Grundlage man sich selbst verschafft hat, dann, meine Damen und Herren, hat man ein moralisches Anrecht, den Äußerungen der Frau Kollegin Pollak entgegenzutreten. (Beifall und Bravorufe bei der ÖVP.)

Wenn hier von der Frau Abgeordneten Pollak erklärt worden ist, allein die Sozialistische Partei und sozialistische Lehrer wären es gewesen, die soziales Verständnis für die armen Kinder hatten und diesen Schulfortschritt gebracht haben, dann darf ich denn doch ein paar Namen nennen. Zunächst einmal ist es doch eine historische Tatsache, daß es die Kirche war, die sich seit Jahrhunderten, bevor sich nur irgend jemand um die Bildung der Jugend und die der armen Kinder bemüht hat, dafür eingesetzt hat und die überall Pfarrschulen errichtet und Bildungseinrichtungen geschaffen hat. Und dann, um gleich in die Gegenwart herüberzugehen ... (Abg. Dr. Neugebauer: Das ist doch zu schnell! Da müssen Sie noch die Maria Theresia erwähnen, die der Kirche die Schule aus der Hand genommen hat!) Nicht aus der Hand genommen, aber im Zuge des aufgeklärten Absolutismus neue Ideen und Gedankengänge der Verbreiterung der Bildung gebracht hat! (Abg. Dr. Gorbach: Spielen wir das Kaiserquartett! — Heiterkeit.)

1860

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Um aber auf die Gegenwart überzugehen, Ihnen dürften die Namen Don Bosco und Pater Flanagan nicht unbekannt sein. Lesen Sie die Biographie von Don Bosco, was hat er gemacht in Italien und um welche Kinder hat er sich angenommen? (*Abg. Dr. Neugebauer: Nichts einzuwenden!*) Und wie hat er die Erziehungsaufgabe modern und verantwortungsvoll aufgefaßt! Also auch hier gilt es: So einseitig darf man die Dinge nicht betrachten! (*Abg. Dr. Neugebauer: Das tun ja Sie!*) Das habe ich nicht getan, aber die Frau Abgeordnete Pollak hat ausdrücklich erklärt, daß aller Fortschritt nur von der Sozialistischen Partei gekommen ist.

Nun aber zurück zu dem Gedanken der Einheitsschule, zu der Feststellung, daß Sie glauben, daß in der Einheitsschule die gleiche Bildungschance für alle Kinder erreicht werden könnte. (*Abg. Rosa Jochmann: Für die begabten!*) Betrachten wir doch die Realität, meine Damen und Herren! Ich muß wieder sagen, daß ich das auch schon im vorigen Jahr näher ausgeführt habe. Ich greife davon heraus:

Unsere Zehn- bis Vierzehnjährigen verteilen sich zwangsläufig durch die Streulage unserer Jugend bis hinaus in die kleinsten Gebirgstäler auf die Oberstufe der Volksschule, auf die Hauptschule und auf die Untermittelschule. Es ist schlechterdings unmöglich, alle zehn- bis vierzehnjährigen Kinder Österreichs in einer Schultypus, die sich Einheitsschule nennt, zusammenzufassen und dort zu unterrichten. Nebenbei bemerkt ist es auch begabungsmäßig nicht möglich. (*Abg. Dr. Neugebauer: Die Verkehrstechnik wird manches bessern!*) Trotz aller Verkehrstechnik ist es nicht möglich. Die Frau Kollegin Pollak hat sehr das Fahr Schülerelend beklagt. Wollen Sie das Fahr Schülerelend ins Unendliche steigern? (*Abg. Dr. Neugebauer: Schulautobusse!*) Das hängt damit zusammen. Man kann also durch die Schaffung der Einheitsschule unseren Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht die gleiche Bildungschance geben. (*Abg. Rosa Jochmann: Dann nur die Besitzenden!* — *Abg. E. Fischer: Warum? Begründen Sie das!*) Ich glaube, ich habe das hinlänglich begründet, Herr Abgeordneter Fischer, oder Sie leben nur in der Stadt Wien und haben keine Ahnung, wie es auf dem flachen Lande ist. (*Abg. E. Fischer: Die Verhältnisse sind sehr schlecht! Sie sollen gebessert werden durch die Einheitsschule!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt, daß 78 Prozent der Schüler nach dem 14. Lebensjahr in einen praktischen werktätigen Beruf, also ins Berufsleben eintreten, 17 Prozent besuchen berufsbildende Fach- und Mittelschulen. Ja, ich frage nun: Soll für alle

diese Schüler, die ins Berufsleben eintreten, ein einheitlicher Schultypus, der gleichgeschaltet ist mit der Untermittelschule, vorgesehen werden? Und soll damit einerseits eine unendliche Belastung dieser Schüler herbeigeführt werden, andererseits aber verhindert werden, daß man hier in einer eigenen Schultypus, der Hauptschule, diese Jugend, die die Mehrheit darstellt, auf diese ihre Lebensbahn hin orientiert, unterrichtet und bildet? (*Abg. Dr. Neugebauer: Sie wollen wieder die alte Bürgerschule!* — *Abg. Rosa Jochmann: Das ist dasselbe, was Sie voriges Jahr gesagt haben!* — *Abg. Prinke: Das ist eine Nervosität heute!* — *Abg. Dr. Neugebauer: Ich bin gar nicht nervös!* — *Abg. Prinke: Laßt ihn ausreden, ihr könnt doch auch reden!* — *Abg. Dr. Neugebauer: Ich habe nur Zwischenrufe gemacht!*) Ich weiß, Sie hören diese Dinge nicht gerne, aber sie sind ein Faktum und eine Realität, und wir müssen uns dazu bekennen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Warum soll in einer bis zum 14. Lebensjahr dauernden Schule nicht jeder dieselbe allgemeine Ausbildung bekommen wie ein Mittelschüler?*) Herr Kollege! Ich kann keine Privatunterhaltung mit Ihnen aufziehen, wir haben uns oft über diese Frage miteinander unterhalten.

Ich muß weiter fragen: Ist es zu verantworten, daß man krampfhaft festhält an einer Gleichschaltung der Lehrpläne zwischen Haupt- und Mittelschule und damit die Erfüllung des Unterrichts- und Bildungsauftrages der einen und auch der anderen Schule erschwert?

Meine Damen und Herren! Ähnlich liegen die Dinge bei der Forderung nach der 5. Volksschulstufe vor Übertritt in den gefächerten Unterricht in der Haupt- und Mittelschule. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß Eltern und Lehrer immer wieder die Feststellung treffen, daß zum Ausreifen der Kinder und zur Festigung des Elementarwissens eine 5. Volksschulstufe dringend notwendig ist. (*Abg. Dr. Neugebauer: Das ist doch ein Unsinn!*)

Ja, selbst die „Arbeiter-Zeitung“ hat am 23. Mai 1957 einen Artikel gebracht, geschrieben von einem Mann, der sicher viel Erfahrung mit diesen Dingen hat, nämlich von einem Berufsberater des Landesarbeitsamtes Vorarlberg. In diesem Artikel steht unter anderem — bitte in der „Arbeiter-Zeitung“ —: „Wenn zum Beispiel das obligate fünfte Schuljahr eingeführt würde, könnte vor allem eine verstärkte Pflege der Elementarfächer wie Schreiben, Lesen, Rechnen erfolgen. Dadurch hätten die Schüler in diesen Fächern bereits eine wesentlich bessere Grundlage, und dann könnten sich in der Haupt- beziehungsweise Mittelschule die Lehrer mehr auf die Vermittlung der übrigen Wissensgebiete konzentrieren.“

Nehmen Sie doch, meine Damen und Herren, diese Realität zur Kenntnis und schwören Sie endlich einmal der aus anders gelagerten Verhältnissen geborenen Parteiideologie ab, dann könnten wir doch hier zu einem guten Ziel kommen.

Ähnliches gilt für die Frage der Lehrerbildung. Wenn der bekannte Pädagoge Professor Dr. Friedrich Schneider die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse der hochschulmäßigen Lehrerbildung in Deutschland in einer kürzlich erschienenen Schrift unter dem Titel zusammenfaßt: „Die Tragödie der Akademisierung der Lehrerbildung“, so drückt sich doch darin die tiefe Enttäuschung mit der Neueinführung aus, und das sollte für uns eine Mahnung und Warnung sein, in dieser Richtung mit äußerster Vorsicht zu Werke zu gehen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Ihm ist es zuwenig, aber Ihnen ist es zuviel!*)

Ich weiß, daß Dr. Schneider trotzdem anderer Meinung ist als wir hier in Österreich. Aber die Dinge, die er dort aufzählt, kann man denn doch nicht ganz an sich vorübergehen lassen, ohne eine ernste Gewissensforschung anzusetzen, ob man sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn man die hochschulmäßige Bildung der Lehrerschaft in Österreich einführen will.

Dr. Neugebauer hat eine stärkere Pädagogisierung des Mittelschulbetriebes verlangt, und ich stimme ihm hier vollends bei. (*Abg. Dr. Neugebauer: Na also, endlich einmal!*) Aber ist nicht die Tatsache, daß es in dieser Hinsicht um die Pflichtschulen besser bestellt ist, ein Ergebnis der berufsethisch orientierten österreichischen Lehrerbildung in unseren bewährten Lehrerbildungsanstalten?

Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte zu der Formulierung sagen, die am Montag verwendet wurde, nämlich vom „musealen Zug“ unseres Schulwesens. Der Ausdruck kann vielleicht auf die allgemein beklagte Situation der Bauverhältnisse bei den Mittelschulen zutreffen, aber wenn heute Kollegin Pollak diesen Gedanken auch in Bezugnahme auf eine ländliche Schule ausgesprochen (*Abg. Dr. Neugebauer: Die Sonderbefreiung im achten Schuljahr!*) und erklärt hat, daß da auf dem Lande ein gründlicher Wandel geschaffen werden muß (*Abg. Rosa Jochmann: Stimmt es nicht?*), so stellt sie sich zunächst einmal in Widerspruch zum Kollegen Neugebauer, der gestern ausdrücklich anerkannte, daß auf dem Pflichtschulsektor von den Gemeinden für Schulbauten viel geschehen ist (*Abg. Marianne Pollak: Schon, aber viel zuwenig!*), und andererseits werden doch die Dinge mit solchen Feststellungen zu stark verallgemeinert.

Einen musealen Zug weist unser Schulwesen in Österreich nicht auf, das können wir feststellen. Ich möchte diesen Gedanken nur mit den Verhältnissen in den Pflichtschulen konfrontieren und auf einige Tatsachen hinweisen.

Wenn man das Schulwesen betrachtet, muß man mehreres betrachten. Man muß an das für diese Schulkategorie zuständige Schulgesetz denken, muß an die Schulverwaltung denken, an die Schulhäuser, an die Schuleinrichtung, an die Lehrerschaft, die dort tätig ist, an die Lehrmethoden, die dort angewendet werden, und an das Schulleben, das dort gestaltet wird.

Wenn man nun diese Dinge in bezug auf das Pflichtschulwesen etwas beleuchtet, so kann man feststellen, daß wir wohl ein altes Schulgesetz haben, aber wir wissen sehr gut, daß es unsere Angelegenheit ist, hier im Hohen Hause die gesetzlichen Dinge zu ändern. Wir wissen auch um die Schwierigkeiten, warum diese Änderungen noch nicht eingetreten sind.

Aber wenn wir dann weitergehen und Schulverwaltung, Schulhäuser, Schuleinrichtung, Lehrerschaft, Lehrmethoden und Schulleben näher betrachten, dann müssen wir denn doch sagen, daß wir uns auf der Linie eines guten Fortschrittes befinden, daß wir uns auf der Linie einer engen Verbindung zwischen Schule und Leben befinden. Ich könnte hier sehr ausführlich werden und einen ganzen Vortrag halten, weil ich die Dinge sehr gut kenne. (*Abg. Dr. Neugebauer: Sie sind sehr bescheiden!*)

Aber auch in der pädagogischen Abteilung im Ministerium werden reformatorische Dinge seit 1945 immer wieder vorangetrieben. Ich denke an den Ausbau des ländlichen Versuchsschulwesens. Ich kenne eine große Zahl ländlicher Versuchsschulen, ich habe sie oft besucht und weiß, was dort geleistet wird. Jährlich werden Landschultagungen durchgeführt, die mit Ausstellungen verbunden sind, dort werden die Ergebnisse der Versuche beraten und abgeglichen. Wer da Gelegenheit hatte, einmal dabei zu sein, der muß von einem lebendigen Geist sprechen, der zum Ziel hat, die Schule wirklich auf die Umwelt hin zu orientieren und eine enge Verbindung zwischen Schule und Leben herzustellen. Hier kann man wirklich nicht von einem Rückstand sprechen.

Darf ich Ihnen ein Beispiel erzählen. Als ich vor etwa zwei Wochen an einem Sonntagnachmittag ein Stück durch das Mühlviertel gewandert bin, da sah ich ein neues Schulgebäude in einem ganz abgelegenen Ort, der nicht einmal eine Kirche hat; es stehen nur zwei Häuser dort. Weil ich den Schulleiter kenne — er ist mein Schüler gewesen —, habe ich diese Schule besucht und den Oberlehrer gesprochen. Wo habe ich ihn angetroffen?

Im Schulhaus. Was tat er dort? Er hat gerade eine Ausstellung zusammengestellt für die ländliche Bevölkerung, die zeigen soll, daß die Schule sehr wohl Bedacht nimmt auf die Bodenständigkeit, auf die Bedürfnisse der ländlichen Umwelt. Und dann führte er mich durch das Schulhaus. Ich sah nicht nur helle, schöne Schulräume, sondern auch einen ganz modernen Raum für die Hauswirtschaft, wo die Mädchen in der Oberstufe der Volksschule in diesem Fach herangebildet werden, einen sehr schönen Raum für Knabenhandwerk mit allen notwendigen Ausstattungen bester Art und dann das Lehrmittelzimmer mit einer Ausstattung bis zum Projektionsmikroskop. (Abg. Rosa Jochmann: Aber zuwenig ist das!) Daneben eine Fülle von Lehrmitteln, die der betreffende Oberlehrer selbst hergestellt hat und die er von Jahr zu Jahr ergänzt: Herbarien, Lichtbildreihen und so weiter; es gibt einen Musikraum mit einem neuen Klavier, und das alles in einer abgelegenen Mühlviertler Gemeinde, meine Damen und Herren!

Ich könnte dieses ein Beispiel ins Mehrhundertfache erweitern. (Abg. Dr. Neugebauer: Das ist ein bißchen zuviel!) Machen Sie einmal eine Reise durch Oberösterreich! Sie werden an die 300 neue Pflichtschulen finden, die in ähnlicher Weise hergestellt und eingerichtet sind. (Abg. Dr. Neugebauer: Das ist nur zu loben, das hat niemand getadelt!)

Als sich vor einigen Monaten eine Studienkommission der Hochschule für Internationale Pädagogik von Frankfurt am Main in Österreich aufgehalten hat und sich auch die verschiedenen ländlichen Gebiete angeschaut hat, da hat sie zum Abschluß der Besichtigung sehr anerkennende Worte gefunden über unser Schulwesen, Worte, die nicht bloß eine schöne Geste waren, sondern die erkennen ließen, daß sie einen so fortschrittlichen Geist in unseren Schulen in Österreich nicht erwartet hätte.

Ich habe auch Gelegenheit gehabt, in der Schweiz und in Westdeutschland Schulen zu besichtigen und kennenzulernen, und habe viel Kontakt mit der Lehrerschaft dieser Länder. Ich kann auch da sagen: Wir brauchen uns nicht zu verstecken mit unserer Pflichtschule gegenüber diesen Ländern, im Gegenteil! Und das werden Sie auch immer wieder bestätigt bekommen. (Abg. Dr. Neugebauer: Aber die Lehrerbildungsanstalten, die gehören ins Museum! — Abg. Dr. Gorbach: Schließen Sie das aus sich selbst?) Die Klagen der Länder mit hochschulmäßiger Lehrerbildung, daß sie ihre Pflichtschulen nicht versorgen können, besonders über den Lehrermangel, der in Deutschland besteht, sprechen eine andere Sprache, Herr Dr. Neugebauer.

Übrigens ist es auch eine Anerkennung, Herr Dr. Neugebauer, für unsere Lehrerbildungsanstalten, daß junge Lehrer auch in der Schweiz und in Deutschland arbeiten und immer wieder als gute Lehrer von den dortigen Behörden anerkannt werden, und es ist sicherlich auch kein schlechtes Zeugnis für uns, wenn am 12. Mai dieses Jahres die „Bonner Rundschau“, von der hier ein Faksimile ist, auf der Titelseite einen Artikel gebracht hat, einen Dreispalter mit fetten Lettern: „Österreichische Lehrer sollen kommen.“ (Abg. Dr. Hofeneder: Das ist die schlechte Lehrerbildung!) Sie würden sie nicht nehmen, wenn unsere Lehrerbildung so unzulänglich wäre. (Abg. Dr. Neugebauer: Sie kann aber noch besser sein!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich noch zur Lehrerbildung etwas sagen. Jawohl, sie kann noch besser sein! Auch wir sind dafür, daß sie noch besser wird. Und wir haben auch unsere Pläne, Sie kennen sie ja genau, die darauf hinauslaufen, daß wir die Lehrerbildung den neuen Gegebenheiten anpassen und verbessern. Wir sind, wie Sie wissen, für den Ausbau der derzeitigen Lehrerbildung und haben im zeitlichen Ausmaß dieselben Vorstellungen wie Sie. Wir sind für eine Erweiterung des Bewährten, für einen Ausbau des Bestehenden, und uns scheint die Lösung einer berufsbildenden sechsjährigen Lehrerakademie als ein für unser Pflichtschulwesen notwendiges Lehrerbildungsinstrument. (Abg. Dr. Neugebauer: Nur eine Renovierung!)

Wir konzедieren und sind selbst aus eigener Überzeugung bereit, daß in der Struktur dieser Lehrerbildungsstätte die Dinge so vorgesehen werden können, daß eine stärkere Zäsur zwischen der Allgemeinbildung und der Berufsbildung eintritt, daß etwa auch in der Unterrichtsweise in den letzten beiden Jahren andere Formen Platz greifen. Aber wir glauben, daß der gesamte Ausbildungsgang des Lehrers in eine pädagogische, berufsethische Atmosphäre gestellt werden muß, um die Persönlichkeitsbildung des Lehrers besser zu garantieren.

Wir werden in dieser unserer Auffassung auch gestärkt durch die Tendenz, die wir heute bei den Abgängern der Lehrerbildungsanstalten feststellen. Seit nämlich — seit 1951 — die Matura der Lehrerbildungsanstalten gleichgestellt ist mit der realgymnasialen, beobachten wir, daß viele Maturanten abzufließen beginnen in andere Berufe, in weitere Bildungsstätten und sich also nicht mehr dem Lehrberuf zuwenden. Es entsteht da eine ernste Gefahr hinsichtlich der Auslaugung des jungen Lehrernachwuchses



einerseits und des bevorstehenden Lehrermangels andererseits. Da kann uns der Überschub in einzelnen Bundesländern gar nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Gefahr im Anzuge ist.

Insgesamt haben wir in Oberösterreich zurzeit 30 bis 50 Lehrer notwendig, und wir haben sie nicht mehr. Wir haben uns schon an andere Bundesländer gewandt, um Nachwuchs zu bekommen. Wenn jetzt eine Stabilisierung der Schülerzahlen eintritt — in Oberösterreich haben wir sie bereits, wir haben heuer zum erstenmal mehr Schüler an den Pflichtschulen, als es im vorigen Jahr der Fall war —, dann wird der Lehrbedarf sich steigern, und dann müssen wir wohl auch in unsere Reformbestrebungen diese Blickrichtung einbeziehen, nämlich dafür sorgen, daß wir wirklich den notwendigen Lehrernachwuchs haben und, in bezug auf das erste Moment, daß dieser Lehrernachwuchs wirklich diese innere Verbundenheit zum Kinde und zum Berufsethos aufweist. Es würde uns da wenig nützen, wenn man die Reform der Lehrerbildung nur auf rein intellektualistischer Basis betreiben wollte.

Noch ein Gedanke bezüglich Ihrer Ablehnung unserer Vorschläge zur Lehrerbildung. Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren — und Kollegin Pollak hat das heute nur zu deutlich durchblicken lassen —, daß Sie für diese unsere Auffassung der Erweiterung des Bestehenden nicht eintreten wollen, weil Sie aus der alten parteiideologischen Einstellung heraus die private Lehrerbildung umbringen möchten, weil sie Ihnen ein Dorn im Auge ist, weil Sie ihr den Boden entziehen wollen.

In einem Artikel der sozialistischen „Freien Lehrerstimme“ vom Mai 1957 werden die katholischen Privatlehrerbildungsstätten als „Position des österreichischen Klerikalismus“ bezeichnet. Ja, wo bleibt da die Neuorientierung, meine Damen und Herren? Wo bleibt da diese Ehe von Sozialismus und Religion der Nächstenliebe?

Nun noch ein Wort zur Mädchenbildung, und das nur im Zusammenhang mit den Ausführungen der Frau Kollegin Pollak — sie ist leider nicht mehr hier. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie kommt gleich!*) Jawohl, wir treten für eine spezifische Mädchenbildung ein — ich unterstreiche das auch als männlicher Abgeordneter unserer Partei —, für eine Mädchenbildung im Sinne der Weckung und Pflege einer Gesinnungshaltung von Mütterlichkeit und Häuslichkeit. (*Abg. Rosa Jochmann: Das glaube ich Ihnen aufs Wort, daß Sie das als Mann unterstreichen!*) Ich glaube, diese Einstellung braucht jede Frau, ob sie berufstätig ist oder nicht und ob sie leibliche Mutter wird oder

nicht. Es gibt heute tausende Möglichkeiten der Betätigung der geistigen Mutterschaft, und je mehr Frauen sich so betätigen, desto segensreicher gestalten sich manche Dinge in unserem Lande. (*Abg. Rosa Jochmann: Zu dem ist nichts zu sagen!*) Was die Berufsarbeit der Frau betrifft, so stelle ich nur fest, daß diesbezüglich Herr Dr. Neugebauer vor einiger Zeit im Unterrichtsausschuß eine ganz andere Meinung vertreten hat. Er hat dort gesagt, daß man doch dafür sorgen müßte, den Familien die Mütter zurückzugeben. Das haben Sie, Herr Abgeordneter Neugebauer, im Unterrichtsausschuß gesagt. Ich habe mich sehr gefreut, aus Ihrem Munde diese Feststellung zu hören. (*Abg. Dr. Neugebauer: Mutterbeihilfen! Eine finanzielle Sache!*)

Was sagen alle Kinderärzte und Kinderpsychologen? Den Kindern fehlt die Nestwärme der Familie, die Geborgenheit bei der Mutter. Die meisten seelischen Fehlentwicklungen sind darauf zurückzuführen. Meine Damen und Herren! Daher glaube ich und glauben wir, daß es die dringendste Aufgabe ist, eine Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialentwicklung zu finden im Sinne der Fortsetzung der Familienpolitik, die es ermöglicht, den Familien die Mütter in viel größerem Ausmaß zu geben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Und höhere Löhne und Gehälter!*) Was sollten denn die Mütter kinderreicher Familien sagen, die es sich nicht leisten können, einem Beruf nachzugehen? Ich muß Ihnen sagen, daß wir sehr überrascht sind, daß Sie bei den Verhandlungen über die Neuregelung und Erhöhung der Kinderbeihilfen sich einem Standpunkt verschlossen haben, der der unsere ist, nämlich daß man den Überschub möglichst den kinderreichen Familien zukommen lassen soll. Sie brauchen es am dringendsten, ihr sozialer Status ist am niedrigsten und reicht noch lange nicht heran an die anderen Gruppen mit keinen oder wenigen Kindern. Mit der Gedankenrichtung der Frau Abgeordneten Marianne Pollak, die darauf hinausläuft, daß man möglichst noch weiter sorgen soll, Mütter ins Berufsleben zu bringen, und daß die Frauen einen Anspruch darauf haben (*Abg. Rosa Jochmann: Das stimmt nicht!*), mit dieser Gedankenrichtung stehen wir nicht real in unserer Zeit. (*Abg. Marianne Pollak: Das habe ich nicht gesagt!* — *Abg. Rosa Jochmann: Sie müssen den Müttern nur das Geld geben, damit sie zu Hause bleiben können! Reden Sie mit den berufstätigen Müttern, warum sie arbeiten gehen!*) Ich kenne sehr viele berufstätige Mütter und rede auch mit ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich habe erklärt, daß ich mich auf die angeführten Punkte beschränke, und ich wende mich nun ab-

schließend neuerdings an den Koalitionspartner: Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Bekennen Sie sich doch ernsthaft zu einem echten Revisionsgeist hinsichtlich Ihrer marxistisch-geistigen Grundlagen, bekennen Sie sich ernsthaft zu den heutigen Realitäten, und wir werden uns auf dem Kultursektor zu erfolgreicher gemeinsamer Arbeit durchschlagen. Übersehen Sie dabei aber nicht, daß Sie es bei uns nicht mit im Mittelalter verhafteten Reaktionären zu tun haben, wie mir der Herr Abgeordnete Dr. Koref im Budgetausschuß vorgeworfen hat (*Abg. Dr. Koref: Das halte ich aufrecht!*), sondern — auch das hat er gesagt — daß wir ein dynamisches Bewußtsein und eine dynamische Kraft haben, nämlich jenes der bewußten Christen unserer Generation, die nicht blind sind für die Gegebenheiten unserer Zeit und die sich aus tiefstem Gewissen heraus verpflichtet sehen, sich mit ihrer ganzen Kraft für die Werte einzusetzen, die herüberzuretten sind in eine neue Zeit der Technik, für die Werte, die wir als die Grundlage für wahre Menschlichkeit, für die Bewahrung der Freiheit und Würde des Menschen erkennen und die für das Gedeihen der menschlichen Gemeinwesen so notwendig sind. Für diese Werte wollen wir eintreten und unseren ganzen persönlichen Einsatz aufbieten. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Böhm:** Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Mark zum Wort. (*Abg. Dr. Gorbach: Der rhetorische Feuerstein!*)

**Abgeordneter Mark:** Der Herr Abgeordnete Rödhammer hat seiner Abscheu vor der Planwirtschaft dadurch Ausdruck gegeben, daß er heute hier so lange gesprochen hat, bis alle Pläne, mit der Abstimmung die heutige Sitzung zu schließen, über den Haufen geworfen worden sind, und es wird nicht einmal mir möglich sein, fürchte ich, vor der Abstimmung noch mit dem, was ich hier zu sprechen habe, fertig zu werden, geschweige denn, daß, wie wir alle es gewünscht hätten, die Unterrichtsdebatte jetzt abgeschlossen werden kann.

Ich werde mich trotzdem nicht mit den Ausführungen des Kollegen Rödhammer beschäftigen, obwohl es sehr verlockend wäre, sich über seine Theorien von Fortschritt und Konservatismus zu unterhalten. Er hat einen ausgezeichneten Beweis für die Tatsache gegeben, daß es in diesem Hause Fortschrittliche und Konservative gibt. Er ist so konservativ, daß er noch immer nicht daraufgekommen ist, daß die „rote Katze“ schon gestorben ist. Er machte den Versuch, wieder damit zu beginnen. Ich kann und will mich mit seinen Ausführungen nicht auseinandersetzen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Sie haben sie wieder ausgegraben! Fischer hat sie nicht ausgegraben,

sondern er hat nur seine Meinung gesagt. Sie haben versucht, daraus die „rote Katze“ zu machen. Es ist Ihnen nicht gelungen, und es wird Ihnen auch weiterhin nicht gelingen! (*Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Ich möchte mich überhaupt nicht mit den Ausführungen der Kollegen beschäftigen, die heute über die eigentlichen Schulprobleme gesprochen haben, weil das nicht meine Aufgabe ist und weil Kollege Neugebauer, leider erst heute nachmittag, aber doch jedenfalls heute noch, diese Auseinandersetzung vornehmen kann. (*Ruf bei der ÖVP: Noch einmal?*) Das ist eine Voranzeige, damit ihr seht, daß er sich vor der Debatte hier nicht fürchtet. (*Abg. Dr. Neugebauer: Gegen meine bessere Einsicht muß ich das Schwert ziehen!*)

Ich habe mich nur mit einer einzigen Äußerung zu beschäftigen, noch dazu mit einer Äußerung, die nicht vielen Menschen in diesem Saale bekanntgeworden ist. Während Dr. Neugebauer seine Rede gehalten hat, ist aus der hintersten Bank ein Zwischenruf gemacht worden. Er hat gelautet: „Was sagen Ihre Freidenker dazu?“ Die Antwort darauf kann ich Dr. Neugebauer, der ein praktizierender Katholik ist, nicht überlassen, die muß ich schon auf mich nehmen, der ich mich als Freidenker bekenne, nicht als Freidenker im Rahmen irgendeiner Organisation — eine solche gibt es seit 24 Jahren nicht mehr, was vielen von Ihnen wahrscheinlich entgangen ist. Sie haben 1933 die Freidenkerorganisationen aufgelöst, und seither gibt es keinerlei wie immer geartete Organisationen der sogenannten Freidenker. (*Abg. Dr. Gorbach: Die stehen im freien Raum!*) Ich habe übrigens nie zu dieser Organisation gehört. Ich bin evangelisch aufgezogen worden und seit Jahrzehnten ohne Bekenntnis, also konfessionslos, kann mich daher wohl als Freidenker bezeichnen. Ich denke mit großer Hochachtung an meine Religionslehrer, und einer von ihnen hat mich etwas gelehrt, was ich jetzt gleich anwenden darf. Er hat mir nämlich gesagt: Man kann zwar als Mensch verzeihen, aber nicht entschuldigen. Und so verzeihe ich der Frau Solar, daß sie diesen Zwischenruf gemacht hat, aber entschuldigen kann ich es nicht, daß sie sich in die letzte Bank setzte, damit man ja nicht daraufkommt, von wem dieser merkwürdige Zwischenruf kommt.

Ich will Ihnen jetzt mitteilen, was unsere Freidenker zu dem sagen, was Dr. Neugebauer hier festgestellt hat, indem ich ein paar Kleinigkeiten aus meinem persönlichen Leben erzähle, die zeigen, daß man auch als sozialistischer Freidenker zu diesen Dingen genau so stehen kann wie als praktizierender Katholik.

Ich bin im Jahre 1945 von den Russen in meinem Bezirk als „Burgomistr“ eingesetzt worden und habe selbstverständlich sofort unter anderem die katholische Geistlichkeit des Bezirkes gebeten, mir beim Wiederaufbau zu helfen. Selbstverständlich! Ein Mann, den Sie vielleicht kennen, Pater Zeininger — er ist heute Bundesseelsorger der Katholischen Jugend —, war der erste, den ich mir zur Hilfe geholt habe. Ich bin heute noch in bestem Einvernehmen mit ihm und schätze ihn heute noch außerordentlich hoch.

In dieser Zeit, als ich von den Russen als „Burgomistr“ eingesetzt war, hat die katholische Kirche sich zweimal an mich gewendet um die Zurverfügungstellung von Gründen zum Bau von Notkirchen. Ich, der sozialistische Freidenker, habe in beiden Fällen, in Glanzing und gegenüber dem Karl Marx-Hof, dieses Ansuchen bewilligt und es ermöglicht, Notkirchen zu bauen. (*Abg. Dr. Gorbach: Dafür kriegst du eine päpstliche Auszeichnung!*) Ich verzichte darauf. (*Abg. Ferdinanda Flossmann: Das sind ja keine Witze!*) Ich habe ja nur festzustellen, was wir sozialistischen Freidenker — nicht seit heute und gestern, sondern schon seit Jahrzehnten — „dazu“ sagen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach: — Abg. Rosa Jochmann: Sie spotten darüber! Sie sollen das ernst nehmen!*) Denn diese meine Haltung war 1945 für mich selbstverständlich. Ich habe mit Ihrem früheren Bundeskanzler Dr. Ender in den ersten Apriltagen 1945 — ich habe ihn damals zufällig in Saalfelden draußen kennengelernt — eine lange, außerordentlich interessante Auseinandersetzung über die Lage der Kirche und des Katholizismus in Österreich geführt, die mich damals sehr beeindruckt hat. Wenn das, was Ender mir damals gesagt hat, heute überall anerkannt würde, dann würden wir viel weiter sein, als wir tatsächlich sind.

Ich glaube, daß ich auch im Parlament bewiesen habe, daß ich als sozialistischer Freidenker wirklich tolerant bin. Verzeihen Sie, daß ich jetzt von mir rede, aber wir sind heute nun einmal in einer Debatte der persönlichen Bekenntnisse. Ich habe schließlich in der Frage des Religionslehrgesetzes — der Herr Minister wird es mir sicherlich bestätigen — eine vermittelnde Rolle spielen müssen zwischen den Interessen der Lehrer und den Interessen der Gewerkschafter, auch in unserer eigenen Fraktion, um zu einem Ergebnis zu kommen, das dem allgemeinen Interesse entsprochen hat.

Wir sind auch dem Herrn Minister Drimmel gegenüber tolerant, der doch einmal vor uns im Budgetausschuß erklärt hat: „Seien Sie versichert, daß ich in der Wolle gefärbt bin.“

Die Farbe hat er nicht dazugesagt, aber sie ist ja nicht schwer zu erraten. Wir haben diese Erklärung selbstverständlich zur Kenntnis genommen, ebenso wie wir seine Erklärung zur Kenntnis genommen haben, in der er sich als „ehrlichen Makler“ bezeichnet hat, der nie am Flügel der Extremisten marschiert ist. (*Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Dr. Gorbach. — Gegenrufe bei den Sozialisten.*) Das sind seine Worte, und das steht auch in der „Parlamentskorrespondenz“. Er hat gesagt, er sei nie am Flügel der Extremisten marschiert, ich kann seine Worte nicht verändern. Sie sind schließlich in der „Parlamentskorrespondenz“ festgehalten, und ich pflege richtig zu zitieren. (*Abg. Dr. Neugebauer: Ich hoffe, nicht am linken Flügel! — Abg. Dr. Gorbach: Am richtigen!*) Bitte, ich muß um 10 Minuten nach zwölf Uhr unterbrechen und möchte vorher noch möglichst viel gesagt haben, denn ich fürchte, daß meine geehrten Zuhörer nach der Abstimmung das Haus verlassen, und ich möchte Ihnen vorher noch einiges sagen. (*Abg. Harwalik: Sie haben sich das gut eingeteilt!*) Nein, ich habe mir das nicht gut eingeteilt, sondern der Kollege Rödhammer hat sich das so gut eingeteilt, daß ich nur zum Teil angehört werden kann. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: In der Kürze liegt die Würze!*) Ich werde es so kurz machen wie möglich, aber es wird doch mehr als 20 Minuten dauern. Auch du hast nicht immer nur fünf Minuten Redezeit.

Ich habe diese Toleranz auch sehr deutlich bei den Verhandlungen über das Hochschulorganisationsgesetz zum Ausdruck gebracht. Das war am 13. Juli 1955. Da habe ich gesagt, daß wir es anerkennen, daß im Herbst des vergangenen Jahres fast gleichzeitig mit dem Wechsel im Bundesministerium ein neuer Geist zum Durchbruch gelangt ist, und daß wir hoffen, daß dieser neue Geist dazu führen werde, daß wir gemeinsam die Dinge erledigen werden, indem wir die bewährten Einrichtungen der Vergangenheit anerkennen, die Notwendigkeiten der Gegenwart erkennen und Platz für die Entwicklung der Zukunft finden werden. Gemeinsam!

Wir haben diesen Standpunkt auch immer wieder vertreten, manchmal so sehr, daß der Herr Unterrichtsminister gar nicht zufrieden war und der Besorgnis Ausdruck gegeben hat, eine zu starke Anerkennung seiner Haltung würde ihm innerhalb seiner Partei schaden. Da mir dasselbe gestern von einem Abgeordneten der Opposition passiert ist, traue ich mich heute, ihm das zu sagen, es ist mir ja gestern auch gesagt worden: Vielleicht schadet ihm das, daß ihn ein Angehöriger der Opposition lobt. Er hat das damals auch befürchtet, und ich habe das auch verstanden.

1866

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

(*Abg. Dr. Gorbach: Was dieser Unterrichtsminister alles auf sich nehmen muß!*) Ich habe ihm gar nichts vorgeworfen, ich komme erst zu dem Vorwurf. Ich finde nämlich, daß sich in der letzten Zeit die Situation stark verändert hat und daß in den letzten Monaten von dem „ehrlichen Makler“ manchmal wenig mehr zu spüren ist. (*Abg. Dr. Gorbach: Wo bleibt die Toleranz?*) Ja, das möchte ich eben wissen! Wo bleibt die Toleranz des Herrn Unterrichtsministers anderen Anschauungen gegenüber? (*Abg. Dr. Neugebauer: Sie setzen ihn zu sehr unter Druck! Ohne euch ist er besser!*) Ich werde auf manche dieser fehlenden Toleranzbeweise zu sprechen kommen.

Ich fange einmal mit dem Hochschulstudiengesetz an, weil ich das für das Kernproblem auf dem Gebiet halte, über das ich zu sprechen habe. Wir haben vor langer Zeit einmal den ersten Schritt zur Hochschulreform gemacht, indem wir ein Hochschulorganisationsgesetz beschlossen haben. In diesem Gesetz ist unter anderem auch gestanden, daß ein Akademischer Rat gebildet wird. Der Herr Minister hat in den Verhandlungen damals gesagt, der Akademische Rat werde zusammengerufen werden, wenn es notwendig sein wird, und er werde die Möglichkeit einer Aussprache bieten. Er hat sogar mehr gesagt, er hat sogar ausdrücklich gesagt: Fragen wird man noch dürfen! Wenn es also notwendig sein werde, würden wir auch imstande sein, Fragen zu stellen. Der Akademische Rat besteht jetzt mehr als zwei Jahre nach dem Gesetz. Er ist einmal zusammengetreten. Sicherlich ist die Auflösung des Parlaments und eine Reihe von anderen Gründen dafür vorzubringen, aber tatsächlich ist er nur einmal zusammengetreten, und so hat sich das noch nicht zeigen können, was der Professor Gschnitzer als Vertreter Ihrer Partei damals hier gesagt hat: Der Akademische Rat muß sich erst bewähren. Ja, wenn man ihn nicht einberuft, kann er sich nicht bewähren! Einberufen kann ihn aber nur der Unterrichtsminister. Er hat ihn ein einziges Mal einberufen, und ich muß sagen, vielleicht ist es ihm nicht richtig vorgekommen, was dort vor sich gegangen ist.

Wir haben ein umfangreiches, kompliziertes Gesetz zusammen mit den Leuten der Hochschulverwaltung, zusammen mit den Herren der Hochschulen selber und einigen von uns Parlamentariern einen ganzen Tag lang ausführlich durchgesprochen, und wir sind zu einer Einigung über alles gekommen. Nur über zwei Fragen konnten wir uns nicht einigen. Die eine Frage ist die des theologischen Studiums und dessen, was damit zusammenhängt. In der Zwischenzeit aber hat der Herr Minister selbst erklärt, daß diese Frage außer Diskussion steht.

Es ist also nur eine Frage übriggeblieben, nämlich ob das Hochschulstudiengesetz Bestimmungen enthalten darf, die unserer Auffassung nach der österreichischen Verfassung widersprechen, nach Auffassung des Herrn Ministers und seiner Herren und vielleicht auch des Verfassungsdienstes aber nicht. Es handelt sich darum, ob es möglich ist, in irgendein Gesetz eine Ermächtigung einzubauen, Verordnungen zu erlassen, deren genauer Inhalt im Gesetz nicht umschrieben ist, nämlich die Verordnungsermächtigung, Studienordnungen zu erlassen.

Wir sind eben der Meinung, und wir haben uns mit maßgebenden Verfassungsrechtlern darüber auseinandergesetzt, daß eine Verordnung, die auf Grund dieses vorliegenden Entwurfes erlassen würde, den verfassungsmäßigen Bestimmungen nicht entspricht und jederzeit angefochten werden könnte, und wir möchten nicht gerne, daß die Hochschulreform in Österreich damit beginnt, daß die erste oder die zweite Studienordnung, die auf ihrer Basis erlassen wird, einer verfassungsmäßigen Prüfung nicht standhält. Wir sind ursprünglich der Meinung gewesen, der Hauptausschuß müsse befaßt werden, aber wir haben darauf verzichtet und in der Zwischenzeit versucht, zu einem Kompromißvorschlag zu gelangen.

Ich habe mich mit dem Herrn Minister im Juni über diese Fragen unterhalten, und er hat mir einen seiner Herren geschickt, damit ich mich mit diesem über diese Fragen näher ausspreche und mit ihm versuche, zu einer gemeinsamen Formel zu kommen. Ich habe eine solche Formel vorgeschlagen und sie Ende Juli mitgeteilt. Der Herr Minister hat dann im November im Ausschuß, als ich ihn daran erinnert habe, erklärt, das sei für ihn eine Neuheit. Ich hoffe, daß in seinem Ministerium Berichte seiner Beamten in der Zeit vom Juli bis zum November an ihn gelangen, denn es würde ein sehr schlechtes Licht auf die Herren werfen, die man uns als Vertreter sendet, wenn ein solcher Vorschlag nicht unterbreitet wird. Ich weiß, daß sich auch die Herren im Unterrichtsministerium darüber klar sind, daß der Kompromißvorschlag, die Formel, die ich nach reiflicher Auseinandersetzung mit sehr bedeutenden Verfassungsjuristen vorgeschlagen habe, auch dem Prestigebedürfnis des Unterrichtsministeriums Rechnung trägt. Es handelt sich nämlich nur darum, daß der wirkliche Inhalt der Verordnung im Gesetz bereits enthalten ist und die Verordnung dann nur mehr die Ausführung dieses Inhaltes zum Gegenstand hat, was meiner Ansicht nach verfassungsmäßig absolut in Ordnung ist.

Man könnte also über die Schwierigkeiten hinwegkommen, und trotzdem ist kein Schritt in der Richtung zu merken, daß man hinweg-

kommen will. Und das ist es, was uns unsympathisch ist. Wir haben gehofft, daß der neue Zug, der vor drei Jahren in das Unterrichtsministerium eingezogen ist, daß dieser neue Geist auch dazu führen wird, daß wir wirklich zu einer Hochschulreform kommen, die für uns alle annehmbar ist. Es scheint, daß das nicht möglich ist, und das werden wir immer bedauern, wo immer wir damit zu tun haben.

Ich möchte mich mit den Fragen der Hochschulen nicht sehr viel beschäftigen; denn ich kann die Mitteilungen des Abgeordneten Kummer heute nicht widerlegen, und ich habe auch gar nicht die Absicht gehabt, heute zu behaupten, die Hochschulen seien restlos von CVern besetzt. Ich habe heute gar nicht die Möglichkeit, auf die Ausführungen des Abgeordneten Kummer einzugehen, da ich diese Behauptung nicht aufstellen wollte, weil es mir nicht genügend wichtig erscheint, festzustellen, ob es gerade CVer sind oder andere, die den CVern nahestehen. Das ist nicht entscheidend. (*Zwischenrufe.*) Schau, es hilft dir ja nichts, ich muß noch mindestens 15 Minuten reden. (*Abg. Strommer: Lautsprecher!*) Pardon, das weiß ich nicht! — Es geht schon! (*Heiterkeit.*)

Ich möchte auf diese Dinge nicht eingehen, aber ich verspreche dem Abgeordneten Kummer, ich werde die Behauptungen, die er hier aufgestellt hat, untersuchen, und wir werden genau feststellen, ob diese starke Durchsetzung mit einseitig eingestellten Personen oder besser gesagt mit Personen einer besonderen Einstellung nicht dem entspricht, was der Vizekanzler und auch Dr. Neugebauer gesagt haben. Ich glaube, daß wir uns darüber noch unterhalten werden; ich kann heute, da ich nicht darauf vorbereitet bin, darauf nicht eingehen.

Es würde jetzt sehr interessant sein, festzustellen, daß es an den Hochschulen noch eine Reihe von Fragen gibt, die dringend wichtig sind. Es ist sicher sehr wünschenswert, daß die Ausgaben für den Sachaufwand erhöht werden, aber wenn nicht gleichzeitig die personellen Möglichkeiten geschaffen werden, um diesen Sachaufwand richtig zu verwenden, wenn es dazu führt, daß jeder halbwegs talentierte Assistent sofort weggeht, weil er irgendwo einen besseren Posten kriegt, wenn also hier nicht etwa Diäten-Dozenturen oder außerplanmäßige Professuren geschaffen werden, wird auch die Erhöhung des Sachaufwandes nicht genügen.

Die Verspätung, mit der ich zum Wort gekommen bin, zwingt mich, über manche Dinge sehr rasch hinwegzugehen, damit ich wenigstens einen Teilkomplex dessen, was ich zu behandeln gedenke, noch vor der Abstimmung erledigen kann.

Wir haben gestern Zahlen über die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft gehört. Wir haben uns in der Zwischenzeit das Material von den Hochschülern verschafft, und ich kann feststellen, daß die hier in Zwischenrufen genannten Zahlen den Tatsachen entsprechen. Von den österreichischen Studenten sind tatsächlich nur 11 Prozent Söhne von Arbeitern und Bauern, und zwar 7 Prozent von Arbeitern und 4 Prozent von Bauern; 2 Prozent sind Kinder von Rentnern. Aber ebenso viele wie Arbeiter- und Bauernkinder zusammen sind Kinder von Industriellen und leitenden Angestellten der Großindustrie, also 11 Prozent. 28 Prozent sind Kinder von öffentlich Angestellten, und der Rest verteilt sich auf die anderen Gruppen.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, daß es außer der Montanistischen Hochschule in Leoben, die unter besonderen Verhältnissen arbeitet, und außer der Theologischen Fakultät in Salzburg, bei der es ebenso durch besondere Verhältnisse erklärbar ist, keine Hochschule gibt, auf der die Anzahl der Arbeiter- und Rentnerkinder mehr als 5 Prozent beträgt, also eine sehr kleine Zahl. Dasselbe gilt, wenn wir die Kinder aus Bauern-, Arbeiter- und Rentnerkreisen an den Hochschulen, also jener Menschen, die wir im allgemeinen als die arbeitende Bevölkerung zusammenfassen, ohne daß wir damit irgendwelche Werturteile fällen wollen, zählen; wir sehen dann, daß ihr Anteil zwischen 10 und höchstens 21 Prozent liegt.

Wir haben versucht festzustellen, wieviel überhaupt an Stipendien in Österreich ausgegeben wird, und sind zu der respektablen Summe von 3½ Millionen Schilling gekommen, alles in allem, Stipendien von Bund, Ländern, Arbeiterkammern, Handelskammern, Großgemeinden, ÖGB, Industriellenverband, Rektoraten und privaten Stipendien. Es ist mir mitgeteilt worden, daß dieser Betrag nicht, oder wenn, so höchstens unwesentlich überstiegen wird. Versuchen wir nun umzurechnen, was das bedeutet. Wenn wir nur annehmen, daß ein Satz von 600 S zwar den Lebenskosten nicht entspricht, aber immerhin wenigstens ein Beitrag zu den Lebenskosten wäre, der es den Menschen ermöglicht, sich nicht den ganzen Tag einer Berufsarbeit widmen zu müssen, dann kommen wir auf 500 Studenten in Österreich, die diese Unterstützung bekommen könnten.

Dabei betragen die meisten dieser Stipendien aber nicht 600 S im Monat, zum Beispiel hat der Herr Unterrichtsminister mir zufällig heute schriftlich mitgeteilt, daß es ihm gelungen ist, einem Mann, den ich ihm genannt habe, ein Stipendium von 1000 S einmal in der Zeit

zuzuwenden, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Aber diese 1000 S hat der Mann voriges Jahr nicht bekommen können, weil sie nicht da waren. Das ist kein Vorwurf gegen den Minister, es ist nur eine Konstatierung. Einmal in der ganzen Zeit bekommt der also 1000 S! Damit kann man nicht studieren, damit kann man nicht einmal ernsthaft zu den Lebenshaltungskosten beitragen. Das ist die Situation. Wo ist das große Studienförderungswerk? Der Herr Minister hat gesagt: Das Studiengesetz kommt nicht ohne das Studienförderungswerk. Jetzt aber scheint es so zu sein, daß das Studienförderungswerk nicht kommt ohne das Studiengesetz. Es wird also gar nichts auf diesem Gebiete gemacht!

Ich habe im Ausschuß schon darauf verwiesen, daß eine der kritischsten Fragen die der Unterbringung der Studenten ist. Die Kollegin Pollak hat ein paar Zahlen genannt. Sie gelten für die Hochschulen genau so, ja noch verstärkt. Wir hören von Untermietzinsen, die bis 800, ja sogar bis 1500 S gehen, und wir hören, daß es eine Masse von Studenten gibt, die diese Preise bezahlen. Das sind ausländische Studenten, die mit den Wechseln ihrer Eltern hier leben können, aber doch nicht die Söhne von Arbeitern, Angestellten, kleinen Bauern, kleinen Gewerbetreibenden und so weiter, die sich das nicht leisten können. Es ist also ein wirklicher Notstand auf diesem Gebiet vorhanden, und es ist wirklich dringend notwendig, daß man über alle Ressentiments hinaus diese Dinge behandelt und weitertreibt.

Ich möchte jetzt vor der Abstimmung, wenn es mir der Herr Präsident gestattet, noch zwei Fragen hier behandeln, die, wie ich glaube, zu diesem Komplex gehören. Die eine Frage ist die des Universitätsgebäudes und die andere ist die des Forschungsrates. Ich werde in beiden Fällen versuchen, sehr kurz zu sein.

Wir haben in der Ausschußsitzung von dem Universitätsgebäude gesprochen. Der Herr Minister war sehr böse, daß ich das vorgebracht habe. Ich kann leider nichts dafür, daß der Rektor der Universität mir diesen Antrag in die Hand gegeben hat, und ich habe versucht, im Interesse dessen, was der Herr Rektor gesagt hat, das vorzutragen. Bitte, er ist hier, für jeden einsichtbar, unterschrieben vom Rektor der Wiener Universität. (*Abg. Dr. Gorbach: Das alte Lied!*) Ich stelle es nur fest. Ich möchte aber nun doch feststellen, daß wir in der Zwischenzeit in drei Ausschußsitzungen über diese Frage gesprochen haben und feststellen konnten, daß die Differenz zwischen den Ministern Drimmel und Bock auf der einen und Kamitz auf der anderen Seite darin besteht, daß die beiden ersten erklären, es handle sich bei diesem Universitätsgebäude um einen Neubau. Laut „Parlamentskor-

respondenz“ sagte der Minister: „Unter den Neubauten, die das Unterrichtsministerium vorgeschlagen hatte, stand an erster Stelle der Neubau des Institutsgebäudes für die Universität Wien, das wir bereits vor drei Jahren geplant haben. Das gleiche gilt vom Chemie-Institut in Innsbruck, das infolge der verzögerten Verhandlungen über die Raumverteilung nunmehr in das Jahr 1958 als Neubau fällt.“ Der Minister hat dann in der Sitzung gesagt, diese Verzögerung der Raumverteilung habe es auch bei der Wiener Universität gegeben, und ich muß annehmen, daß das richtig ist. Es wird also von ihm als Neubau betrachtet. Der Finanzminister hat im Budgetausschuß gesagt, er ist der Auffassung, daß man diesen Fall als eine Fortführung eines Baues betrachten kann. Und der Handelsminister hat gesagt, er wird überlegen, ob man die Kosten der weiteren Planung und sonstiger Vorbereitungen im nächsten Jahr in das Budget für das Jahr 1959 hineinnehmen kann — also doch für einen Neubau! —, er wird also überlegen, ob man nicht in Vorziehung des Budgets von 1959 im Herbst dann schon anfangen könnte zu bauen. Das ist ein Prinzip, das wir im allgemeinen ablehnen, daß man in Vorziehung eines künftigen Budgetbeschlusses hier Summen ausgibt. Ich würde doch bitten, daß man sich entschließt, diese Frage sehr ernsthaft zu überprüfen und doch dazuzuschauen, daß die ganz unleidlichen und unmöglichen Verhältnisse an der Wiener Universität endlich einer Lösung zugeführt werden.

Und nun, wenn Sie erlauben, zum Schluß des ersten Teiles noch einige Worte zur Frage des Forschungsrates. Der Kollege Kummer hat hier davon gesprochen, der Entwurf, den ein paar Abgeordnete, wie er gemeint hat, ausgearbeitet haben, müsse vom Unterrichtsministerium der Rektorenkonferenz vorgelegt werden.

Darf ich ein paar Daten nennen: 1948 ist auf einer Enquete des Instituts für Wissenschaft und Kunst von den Hochschulprofessoren die Schaffung des Forschungsrates verlangt worden. Der damalige Unterrichtsminister Dr. Hurdes hat 1949 einige Monate oder Wochen vor der Wahl einen Entwurf eingebracht, der damals nicht zur Behandlung gekommen ist, weil man sich in der Kürze der Zeit über gewisse Bestimmungen nicht einigen konnte. Er ist daher nicht beschlossen worden. Aber in das Budget des darauffolgenden Jahres, also 1950, ist bereits das erstmalig ein Betrag eingesetzt worden. Es ist dann kein Regierungsentwurf mehr gekommen, obwohl Jahr für Jahr dieser Betrag von einer halben Million Schilling im Budget drinnen gestanden ist. Nach der Enquete des Jahres 1954 haben wir beschlossen, daß ein Betrag von 7 Millionen

Schilling eingesetzt wird, und seit 1955 steht jedes Jahr der Betrag von 7 Millionen Schilling, im vorigen Jahr um 30 Prozent gekürzt, in dem Budget drinnen.

Knapp bevor er zurücktrat, hat der Minister Kolb nun dem Plan des Forschungsrates, der in seiner gesetzlichen Formulierung im wesentlichen vom Unterrichtsminister Dr. Hurdes ausgegangen ist, die sogenannte Forschungsstiftung entgegengesetzt. Wir haben damals einen Initiativantrag eingebracht, der sich fast wörtlich mit der Regierungsvorlage von 1949 identifiziert, und nur in einzelnen Punkten sind Diskussionsdifferenzen vorgelegen. 1956 hat das Unterrichtsministerium uns allen, die daran beteiligt waren, eine Gegenüberstellung der verschiedenen Entwürfe: Hurdes — sozialistischer Antrag — Forschungsstiftung, vorgelegt. Aus den Bemerkungen des Ministeriums dazu ist klar ersichtlich gewesen, daß der Plan der Forschungsstiftung für unzumutbar gehalten wurde. Alle, die wir das gelesen haben, haben das damals so betrachtet.

Nach den Wahlen 1956 haben wir einen neuerlichen Antrag eingebracht. Jedes Jahr ist der Betrag für den Forschungsrat im Budget gewesen und beschlossen worden. Im Dezember 1956 haben wir hier einstimmig einen Antrag beschlossen: Der Unterrichtsminister wird aufgefordert, ein solches Gesetz noch in diesem Jahr, also im Jahre 1956, vorzulegen. Das ist nicht möglich gewesen. Wir haben uns im Jänner im Einvernehmen mit dem Unterrichtsminister und mit den Klubs zusammengesetzt. Ich habe eine reiche Korrespondenz mit Professor Kerschagl, der damals als Vertreter geschickt worden ist. Es sind die Parlamentarier Koren und Lugmayer von der anderen Seite und Duschek und ich von unserer Seite gewesen. Wir haben uns mit den Vertretern des Notringes, mit den Vertretern der Gewerkschaft der Hochschullehrer und so weiter über alle diese Dinge ausführlich unterhalten. Wir sind zur Einigung gekommen, wir sind zu einem abgestimmten Wortlaut gekommen. Professor Kerschagl schrieb mir: „Ich gewann den Eindruck, daß er“ — der Unterrichtsminister — „vor allem eine Besorgnis hat, nämlich daß eine eventuelle Dotierung des Forschungsrates auf Kosten anderer Posten des Unterrichtsbudgets erfolgen könnte. Er erklärte daher mehrmals, daß er seine Zustimmung zu irgendeinem Forschungsratsgesetz davon abhängig machen würde, daß ein neuer Posten ins Budget aufgenommen wird.“ Ja, dieser Posten ist doch seit vielen Jahren im Budget drinnen, er muß also nicht neu aufgenommen werden!

Nachdem die Angelegenheit nicht weitergegangen ist, habe ich mir erlaubt, im Budget-

ausschuß davon zu sprechen. Die Antwort war für mich erschütternd. Der Herr Unterrichtsminister hat gesagt, die ganze Geschichte kommt ihm vor wie die Mentalität eines Wiener Haushaltes, in dem am 28. des Monats die Hausfrau feststellt, daß kein Geld mehr vorhanden ist, aber sich doch entscheidet, einen neuen Hut zu kaufen. Wenn wir sehen, wie in anderen Ländern diese Frage behandelt wird, so scheint mir das eine nicht gerechtfertigte Einstellung zu den Dingen.

Noch ärger schien es mir, als dann der Herr Unterrichtsminister im Rechnungshofausschuß gesagt hat, daß es unmöglich sei, daß nur die Wünsche einer Fraktion erledigt werden und die der anderen liegenbleiben. Hier handelt es sich nicht um ein sozialistisches Begehren, hier handelt es sich nicht darum — bis 12 Uhr 10 darf ich reden —, daß unsere Wünsche befriedigt werden. Es ist nicht ein sozialistischer Antrag, er kommt gedanklich nicht aus unseren Reihen, er kam aus den Reihen der Wissenschaftler heraus. Die Hochschullehrer verlangen es, und das weiß auch der Herr Minister. Trotzdem wird in dieser Weise vorgegangen. Es ist keine sozialistische Parteisache, es ist ein Anliegen der Wissenschaft, und wir hoffen, daß es in diesem Parlament möglich sein wird, Anliegen der Wissenschaft ohne Rücksicht auf Parteiinteressen zu behandeln.

Wir Sozialisten haben kein parteimäßiges Interesse an diesem Forschungsrat, es wird weder der Vorsitzende noch ein beträchtlicher Teil der Mitglieder dieses Forschungsrates jemals aus unseren Reihen kommen können in den nächsten Jahren oder vielleicht sogar Jahrzehnten. Das ist uns klar. Worum es uns geht, ist, daß wir den Dingen so gegenüberstehen wie die Schweizer.

Ich habe einmal in diesem Jahr in der „Neuen Zürcher Zeitung“ gelesen, daß es notwendig ist, daß die Folgen der Veränderungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung untersucht werden, daß man sich darauf einstellt, daß man planmäßig untersucht, was geschehen kann. Es soll nicht nur festgestellt werden, was im Rahmen der Hochschulen möglich ist, bei denen ja von vornherein festgelegt ist, welche Zwecke zu berücksichtigen sind. Wenn neue Zwecke berücksichtigt werden sollen, muß dafür eine Institution bestehen, die das kann. Das sind aber Dinge, die nicht von heute und von gestern sind. Und um die braucht man heute, Herr Dr. Kummer, die Rektorenkonferenz nicht mehr zu fragen. Darüber ist schon seit neun Jahren ununterbrochen gesprochen worden.

Ich fürchte aber, daß der Unterrichtsminister recht hat mit dem Satz, den er auch gesagt hat,



daß dies nämlich ein Stehsatz des Abgeordneten Mark bleiben wird. Es wäre außerordentlich traurig, wenn die Frage des Forschungsrates nicht eine Sache von uns allen, eine Sache im Interesse der Wissenschaft, sondern ein Stehsatz der Ausführungen des Abgeordneten Mark wäre. Ich glaube, ich unterbreche jetzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die bisher behandelten Gruppen und die hiezu eingebrachten Entschließungsanträge.

*Bei der Abstimmung wird den Gruppen*

**I:** Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3a: Rechnungshof,

**II:** Kapitel 7: Bundeskanzleramt, und Kapitel 28 Titel 6: Staatsdruckerei,

**III:** Kapitel 8: Äußeres,

**IV:** Kapitel 9: Inneres,

**V:** Kapitel 10: Justiz, sowie

**XII:** Kapitel 23: Landesverteidigung, in der beantragten Fassung — Gruppe IV unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigung — die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Die **Ausschußentschließung 1** zu Gruppe I (Seite 1615) wird einstimmig, die **Ausschußentschließung 2** zu Gruppe I (Seite 1615) und die **Ausschußentschließung** zu Gruppe III (Seite 1667) werden mit Mehrheit angenommen.

Präsident **Böhm**: Wir fahren nunmehr in der Spezialdebatte über die Gruppe VI: Unterricht, fort.

Zum Wort gemeldet ist als nächster Redner der Abgeordnete Dr. Geißler. *(Abg. Mark: Ich rede ja weiter!)* Bitte? O, bitte um Entschuldigung, das habe ich gar nicht gehört! *(Heiterkeit.)* Dann hätte ich dich ja gar nicht zehn Minuten reden lassen. Bitte, Herr Abgeordneter Mark.

Abgeordneter **Mark** *(fortsetzend)*: Nachdem wir also jetzt durch die Abstimmung einen Beweis für meine gestrige Konstatierung gegeben haben, daß wir als Regierungskoalition gemeinsam verantwortlich sind, darf ich jetzt den Beweis dafür, daß wir uns gegenseitig kontrollieren müssen, weiter fortführen, indem ich mich mit den restlichen Gebieten beschäftige, an deren Vorbringen vor der Abstimmung mich der Kollege Rödhammer gehindert hat.

Ich möchte zuerst — ich weiß nicht, ob ich mit dem heiteren Teil anfangen soll — über die Frage der Staatstheater sprechen, oder wie wir gestern festgestellt haben: „Hofeneders Erzählungen mit

Musik von Franz Dwořak“. Diese Oper ist auf eine bestimmte Melodie eingestellt gewesen: Wir, wir, wir und wir! Ich glaube, Herr Doktor, daß Sie damit nur eines bewiesen haben: daß das Theresianum eine schlechte Schule war. Sie haben nämlich damit bewiesen, daß Sie im Theresianum nicht gelernt haben, daß die österreichische Verfassung auf dem Prinzip der Trennung der Gewalten beruht und daß es daher nicht recht möglich ist, daß ein Abgeordneter, der die Kontrolle der Verwaltung durchzuführen hat, hier im Hause ununterbrochen sagt: Wir werden das tun, wir werden das tun. Tun wird das der Herr Unterrichtsminister, und wir werden ihn kontrollieren! Ich muß leider bitten, daß mir diese Schulmeisterei, die mir sonst gar nicht liegt, hier gestattet wird. Sie werden hoffentlich, so wie Sie es gelernt haben, wissen, daß wir keine Kritik zu üben haben im Sinne von Zeitungskritiken an Aufführungen. Sie werden aber hoffentlich ebenso lernen, daß wir im Gegenteil gemeinsame Kritiker der Verwaltung sein und hier nicht die Verwaltung selbst darstellen sollen.

Wir sollten sicher alle einig darin sein, daß wir stolz auf unsere Theater sein können. Aber sind wir das alle? Da habe ich vor mir das „Kleine Volksblatt“ vom 28. April, da ist eine kleine Glosse über die Preiserhöhungen in den Staatstheatern. Da heißt es:

„Eine Linkszeitung hat wieder einmal Tränen vergossen. Die erhöhten Preise der Staatsoper haben es ihr angetan. Indem, daß der kleine Mann dadurch nicht hinein kann. Sagte dazu der Ferdl aus der Wurlitzer-gasse: ‚Natirli, derhalten derf i die Oper das ganze Jahr, wann’s aber amal a klass’ Stuck spüln, wo der Desdemonaco sei Alte derwirgt, derf unserana net zuaschau’n. Aber gebildet soll man sei, gebildet ...‘“

Das ist die Einstellung eines Blattes, von dem Sie nicht behaupten können wie seinerzeit beim „Offenen Wort“, daß es nicht Ihrer Partei zugehört. Wenn diese Einstellung irgendwo vorhanden ist, muß ich schon sagen: Alle sollten wir einig sein? Schauen wir uns doch die Zahlen ein bisserl an, und da gibt es nun eine Reihe von Dingen, die uns nachdenklich machen.

Da habe ich also sehr viel von italienischen Gastspielen gehört. Sie dienen zweifellos einer Verbesserung des Klimas zwischen Österreich und Italien. Dazu sind sie auch wirklich angetan. Denn da bekommt ein kleiner italienischer Sänger — nicht etwa ein großer, weltbekannter! — 5000 bis 6000 S pro Abend. Ein Österreicher bekäme die Hälfte; er singt wahrscheinlich fast oder genau so gut. Aber

nicht nur, daß wir dem italienischen Sänger die 5000 bis 6000 S bezahlen, müssen wir außerdem noch den Österreicher entlohnen, denn er hat seine 80 garantierten Auftritte im Jahr, und zu denen kommt er nicht, wenn soundso viele Gastspiele kleinerer fremder Sänger — ich rede nicht von den Spitzensängern — stattfinden. Das heißt: Wir zahlen den Österreicher dafür, daß er nicht singt, und den Italiener dafür, daß er singt, und das nennt sich eine sparsame Wirtschaft. Ich halte das für nicht ganz richtig.

Ein bestimmter italienischer Dirigent bekommt für einen Abend, ich kann nicht ganz genau sagen wieviel, denn ich konnte die Zahl nicht genau erfahren, aber sie ist jedenfalls höher als das Monatsgehalt etwa der Dirigenten Hollreiser und Moralt, die in Wien keinen schlechten Ruf haben, die wir als erstklassige Dirigenten kennen. Er bekommt also mindestens 15.000, 18.000 S oder noch mehr. Die Höhe habe ich nicht feststellen können. Der „Bild-Telegraf“ hat uns dazu mitgeteilt, daß der Herr Devoto oder Voto aber nicht imstande ist, allein zu dirigieren, da muß ein zweiter die Einsätze geben. Der muß also extra bezahlt werden. Ob das richtig ist, müßte untersucht werden.

Eine Ballettmeisterin wird extra für einen Tanz für die „Traviata“ geholt und bekommt für diesen einen Tanz 6000 S pro Abend.

Wenn das den besseren Beziehungen zu Italien dient und dafür die Südtiroler besser behandelt werden, ist das vielleicht nicht zuviel. Wenn das aber nur dazu dient, daß bestimmte Menschen bessere Möglichkeiten haben, im Ausland wirksam zu sein, dann sollten wir uns das gut überlegen.

Ich höre, daß ungeheure Ausgaben für die Kostüme gemacht werden. Selbstverständlich sollen ordentliche Ausstattungen gemacht werden. Aber wenn wir eine eigene Werkstätte im Haus haben, müßte man doch imstande sein, das so zu planen, daß man nicht an teure Firmen, wie etwa an Adlmüller, Aufträge weggeben muß. Und wenn man sie schon weggeben muß, ist es dann notwendig, daß man die Betroffenen, also Regisseure und Schauspieler, erst nachher fragt, ob ihnen das Gelieferte paßt, sodaß, wie ich höre, es mehrfach vorkommt, daß teure, aus Ateliers bezogene Kostüme nicht verwendet werden und zurückgeschickt werden müssen, weil der Hauptdarsteller es ablehnt, sie anzuziehen? Das sind doch Dinge, die man anschauen muß. Das soll unsere Begeisterung und unseren Stolz auf die Staatstheater nicht ändern, aber vielleicht das Defizit der Staatstheater, das mit 128 Millionen immerhin halb so groß ist wie die ganzen

Aufwendungen für das Justizbudget mit 274 Millionen. Die 128 Millionen für die Staatstheater sind fast die Hälfte von dem, was unsere ganze Rechtspflege in Österreich kostet. Das ist irgendwie zu überlegen.

Wir haben im Hause einmal einen Kritiker gehabt, der auch kritisiert hat und meine Mahnungen nicht so zur Kenntnis genommen hat wie Kollege Hofeneder. Er hat also hier kritisiert, er ist deshalb oder vielleicht aus anderen Gründen nicht wiedergewählt worden. Aber es war nicht kritisch für ihn. Denn er ist als Pressereferent der Staatstheater angestellt worden mit 7000 S im Monat, und ich höre, vom 1. September an mit 8000 S. Ich bin zu alt, um der Nachfolger dieses Herrn zu werden. Ich werde also, wenn ich aus diesem Haus ausscheide, nicht Pressereferent der Staatstheater werden können, vielleicht aber Herr Dr. Hofeneder. (*Abg. Dr. Hofeneder: Das liegt schon zwei Jahre zurück, und Ihre Minister haben zugestimmt!*) Ja, sicher! Bitte, wir müssen auch sagen: Ausgaben in dieser Höhe müssen wir unter Umständen auch dann besprechen können, wenn sie in der Regierung vorher beschlossen worden sind. Das ist eben die Rolle der Kontrolle der Opposition innerhalb der Regierungskoalition, wie ich Ihnen gestern hier auseinandergesetzt habe. Damit soll man sich endlich einmal abfinden.

Ich hätte hier zu reden über die verschiedenartige Behandlung der Landestheater und der Privatbühnen in Wien. Bei den Privatbühnen in Wien — ich habe im Budgetausschuß ausführlich darüber gesprochen und werde die Zahlen nicht wiederholen — würde ich bitten, daß man endlich darangeht, ein gleichmäßigeres System einzuführen, daß man also dafür sorgt, daß in Wien alle kulturellen Bestrebungen gleichmäßig gefördert werden und daß es nicht solche Unterschiede gibt wie bei der Bundessubvention und der Umsatzsteuerrückvergütung, die für das Volkstheater 1.600.000 S und für die Josefstadt 2.600.000 S beträgt. Die Gemeinde Wien behandelt beide Theater bei der Subvention gleichmäßig, sie gibt beiden das gleiche, allerdings bekommen die Josefstadt und die Kammerspiele wesentlich mehr an Vergünstigungssteuer zurück, weil sie höhere Preise und daher auch größere Einnahmen haben.

Ich glaube, daß man nicht sagen darf, eine Filialbühne rechtfertigt die ungleichmäßige Bundessubvention, denn die Wirkung der Außenbezirks-Vorstellungen des Volkstheaters ist mindestens der einer solchen Filiale gleichzusetzen, und ich würde jeden von Ihnen bitten: Gehen Sie hinaus in einen der Vorstadtbezirke und schauen Sie

1872

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

sich eine Vorstellung des Volkstheaters oder eine Kammeroperaufführung an! Ich muß sagen: Ich bin kein Kritiker, aber ich habe kürzlich einen „Rigoletto“ gesehen, der von der Volksoper weggehen mußte, weil man ihn dort nicht beschäftigt hat, der ganz ausgezeichnet gesungen hat. (*Abg. Dr. Hofeneder: Da war die „A.-Z.“ anderer Meinung!*) Wir können darüber streiten, aber schauen Sie sich die Aufführungen an, und reden wir dann über die gesamten Aufführungen. Ob das eine oder andere Mal besser oder schlechter gespielt oder gesungen worden ist, ist gar nicht so entscheidend. Aber es sind erstklassige Aufführungen, die an die breite Masse der Bevölkerung herangetragen werden. Und wir sind sicher alle bereit, das anzuerkennen, aber doch nicht nur mit Worten, sondern auch mit Geld, damit das weitergeführt und ausgebaut werden kann, damit man imstande ist, auch hinauszugehen. Ich höre, daß sowohl die Niederösterreichische Arbeiterkammer als auch die Burgenländische Arbeiterkammer versuchen, jetzt diese Gastspiele hinauszubekommen. Das alles kostet aber ungeheuer viel Geld, das kann nicht alles aus Mitteln der Kammern bestritten werden. Das ist ein allgemeines Anliegen der ganzen Bevölkerung, des ganzen Volkes an die Unterrichtsverwaltung, und wir bitten, daß man hier doch darauf eingeht.

Es würde zu weit führen, wenn ich versuchen wollte, die Zahlen, die voriges Jahr hier von mir angeführt und von anderen über die Landestheater vorgebracht worden sind, jetzt zu wiederholen. Die Landestheater sind ja in Wirklichkeit die Rekrutenschulen unserer Bundestheater. Das wissen wir doch genau. Aus Graz und diesen Städten kommen schließlich und endlich unsere Sänger und Schauspieler. Diese Bühnen müssen gefördert werden, damit der Nachwuchs da ist. Wir können doch nicht mit den paar Leuten, die wir mühselig aus dem Ausland hereinbringen, eine wirkliche Wirkung aufbauen.

Es ist also notwendig — ich werde nicht näher darauf eingehen —, daß eine gewisse Relation hergestellt wird zwischen dem Defizit der Bundestheater und den Subventionen für die Landestheater und die Privatbühnen in Wien. Ich glaube, daß das unbedingt notwendig ist.

Ich möchte aber doch noch auf die Wiener Festwochen zurückkommen. Ich habe im Budgetausschuß gemeinsam mit der Kollegin Pollak den Antrag gestellt, daß im Teilheft eine eigene Post für die Wiener Festwochen geschaffen wird. Wir haben feststellen müssen, daß das technisch nicht möglich ist. Aber ich erinnere mich, daß der Kollege Polcar — damals noch in Funktion — im Budgetausschuß feierlich erklärt hat: Nie, solange die Wiener

Festwochen eine sozialistische Parteiveranstaltung sind, wird irgend etwas für diese Wiener Festwochen geschehen.

Stadtrat Mandl hat darauf geantwortet, daß er das schärfstens zurückweisen muß. Er hat an den Herrn Minister einen Brief geschickt, dessen Durchschrift ich hier habe: „Im Kuratorium der ‚Wiener Festwochen‘ sitzen neben Vertretern meiner Partei auch Vertreter der ÖVP, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, des Bundesministeriums für Unterricht und der Bundestheaterverwaltung. Alle dort bisher gefaßten Beschlüsse wurden mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt, gehen also auch unter Verantwortung der Vertreter der ÖVP und Ihres Ministeriums. Wieso ... Polcar dazu kommt, die ‚Wiener Festwochen‘ als eine sozialistische Parteiveranstaltung zu bezeichnen, weiß ich nicht. Ich stelle nur fest, daß dann auch die Mitglieder der ÖVP im Kuratorium für diese ‚sozialistische Parteiveranstaltung‘ gestimmt haben.“ (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bitte, wenn Sie dieser Auffassung sind, dann ist das ja richtig.

In diesem Zusammenhang ist auch zur Sprache gekommen, daß der Herr Minister — und ich darf hier den Brief zitieren — ausdrücklich gesagt hat, er werde dafür sorgen, daß diese Post separat ausgewiesen wird. Mandl schreibt hier, er kann der Mitteilung, daß das nicht geschieht, nicht Glauben schenken — ich muß mich auf seine Ausführungen verlassen —, „weil Sie doch selbst, verehrter Herr Minister, bei einer Besprechung bei Ihnen den Vorschlag machten, diese Post separat auszuweisen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Festwochen eine vom Bundesministerium für Unterricht regelmäßig zu dotierende Veranstaltung sind.“

Es heißt dann hier weiter: „Es wurde also die mir vor Ihnen und meinen Herren den Beamten gegenüber gegebene Zusicherung nicht eingehalten. Ich bedaure diese Tatsache umso mehr, als Ihre oben erwähnte Zusage vor Zeugen gegeben wurde, verbunden mit einem dezidierten Auftrag an den Sektionschef Musil.“

Ich weiß nicht, warum es dann nicht in das Teilheft hineingekommen ist, aber ich glaube, das ist keine richtige Vorgangsweise. Es ist auch keine richtige Vorgangsweise, daß man seinerzeit, als die Festwochen ins Leben gerufen worden sind, gesagt hat, die Beitragsleistung werde im Verhältnis 1:2 erfolgen, wobei der Bund einen Teil, die Gemeinde Wien zwei Teile geben müsse. Als 1955 Minister Drimmel neu im Amt war, hat er bei der Erhöhung von 400.000 auf 500.000 S festgestellt, daß er nicht ohne weiteres in der Lage wäre, auch seinerseits den Bundesbeitrag immer entsprechend zu erhöhen. Er hat es

damals aber getan. Im nächsten Jahr hat er noch immer denselben Betrag gezahlt und dazu noch 200.000 S für die Durchführung der Mozart-Wochen im Mozart-Jahr. 1957 kam ein Antrag auf eine Erhöhung. Es wurde erklärt, daß er nicht in der Lage wäre, mehr als 500.000 S zu zahlen. Im Voranschlag für 1958 — das ist mir jetzt vollkommen unklar — hat es geheißen, daß 800.000 S enthalten sein werden. Der Finanzminister hat uns dann gesagt, es seien 650.000 S ausgemacht worden zwischen ihm und dem Unterrichtsminister; Stadtrat Mandl sagt, es seien zwischen ihm und dem Unterrichtsminister 800.000 S ausgemacht worden. Was also richtig ist, weiß ich nicht. Jedenfalls darf man sich nicht darauf berufen, daß dadurch die Mitwirkung der Bundestheater entschädigt werden soll, weil es in dem Paragraphen der Satzungen des Vereines ausdrücklich heißt: „Beitragsleistungen der Bundestheater und anderer selbständiger Veranstalter durch eigene Veranstaltungen“, also nicht inbegriffen in der Subvention an die Gemeinde Wien oder besser gesagt an den Verein, sondern durch eigene Beitragsleistungen in Form besonderer Darbietungen.

Aber diesen Darbietungen stehen auch beträchtliche Aufwendungen der Gemeinde Wien gegenüber. Es sind 1952 — wie ich hier stehen habe — 246.000 S an das Burgtheater von den Festwochen geleistet worden. 350.000 S haben sie bekommen, im Jahr 1953 weitere 120.000 S, im Jahre 1954 wieder 122.000 S und im Jahr 1955 sogar 292.000 S. Also beträchtliche Summen sind von den Festwochen an die Bundestheater bezahlt worden.

Es ist das eine Behandlung der Wiener Festwochen, die bei der Bedeutung, die sie gewonnen haben, meiner Ansicht nach nicht gerechtfertigt ist. (*Abg. Dr. Hofeneder: Mehr als eine halbe Million ist doch nicht wenig!*) Bregenz bekommt auch genau eine halbe Million! Aber die Bedeutung des Unterschiedes soll man doch nicht unterschätzen. Aber wenn ich dann auf einer Plakatsäule lesen muß, daß in der Staatsoper die Salzburger Festspiele mit einer Aufführung gastieren, und die mitwirkenden Dirigenten und Musiker dieses Gastspieles der Salzburger Festspiele sind die Dirigenten und Mitwirkenden der Wiener Staatsoper, so muß ich sagen: Jetzt kenne ich mich überhaupt nicht mehr aus: Gastiert jetzt Wien in Salzburg oder Salzburg in Wien? Das ist plakatiert gewesen! (*Abg. Dr. Hofeneder: Ich weiß es!*) Das wissen Sie selber. (*Abg. Dr. Hofeneder: Das ist eine begrüßenswerte Ersparungsmaßnahme!*) Man hat die Wiener Neuinszenierung der Staatsoper, die in Salzburg das erstemal aufgeführt wurde, in Wien

wiederholt. Das ist doch kein Gastspiel der Festspiele! Die haben ja dazu gar nichts geleistet! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hofeneder.*) Ich meine, diese bewußte Zurückdrängung des Wiener Kulturwillens ist etwas, was uns nicht sehr passen kann.

Drei Kleinigkeiten noch. Zuerst die Frage der Volksbildung. Die Subventionen für die Volksbildung sind wieder in der Höhe der vergangenen Jahre. Aber ich würde den Herrn Minister doch bitten, daß man einmal die ganzen Verhältnisse untersucht. Wir haben seinerzeit nur einen Verband der Volkshochschulen gehabt. Es hat dann geheißen, es gebe daneben noch die Volksbildungswerke. Diese sind gleichgestellt neben die Volkshochschulen gereiht worden. Als es sich herausgestellt hat, daß diese Volksbildungswerke nicht absolut einseitig sind, weil es in Wien auch einer bestimmten Richtung nicht angehörende Volksbildner gibt, die in diesem Volksbildungswerk tätig waren, da wurden dann zu den Volksbildungswerken noch die katholischen Volksbildungswerke dazugespannt, um bei der Subventionsverteilung entsprechend zu wirken. Es ist dann dazugekommen, daß sich ein Verband der Heimvolkshochschulen gebildet hat, der separat subventioniert wird. Aber dieser Verband nimmt nur solche Organisationen auf, die nicht berufsmäßig gebunden sind, also ja nicht eine etwa von der Handelskammer oder gar von der Arbeiterkammer gehaltene Heimvolkshochschule.

Man müßte doch einmal das ganze Volksbildungsgebiet einheitlich behandeln und nicht versuchen, mit solchen Mitteln Gelder in bestimmte Richtungen zu lenken.

Noch ein paar Worte über das Gebiet des Films. Das Ministerium versucht, die Prädikatisierung der Filme in Österreich durchzuführen. Das ist an und für sich sehr lobenswert, aber es ist leider nach unserer Verfassung eine Sache der Länder, weil in der von ihnen mitgeschaffenen oder, besser gesagt, inaugurierten Verfassung des Jahres 1929 diese Fragen in die Kompetenz der Länder gegeben wurden. Ich gebe zu, daß es wertvoll wäre, hier für ganz Österreich gemeinsame Bedingungen zu schaffen. Aber wehe, wenn wir etwa auf dem Gebiete der Agrargesetzgebung versuchen würden, durch ein Bundesgesetz oder durch eine Bundesverwaltungsmaßnahme die Länder in ihren Kompetenzen zu beeinträchtigen! Es gibt Bestrebungen, die Länder zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzuschließen, und wir würden den Herrn Minister bitten, daß er diese Bestrebungen unterstützt und ihnen nicht einen der Verfassung widersprechenden Versuch gegenüberstellt, auf dem Filmgebiet eine Prä-

dikatisierung durchzuführen, die, wie ich noch einmal betone, auch von uns sehr begrüßt wird.

Nun noch eine Kleinigkeit zum Schluß. Herr Kollege Fischer ist gestern auf die Frage der Schmutz- und Schundbekämpfung zu sprechen gekommen. Der Herr Minister hat daraufhin gesagt, er möge das Haus fragen.

Ich habe nicht Gelegenheit gehabt, mir in der vergangenen Nacht die ganzen Unterlagen herauszusuchen, aber ich erinnere mich deutlich, daß eine entsprechende Regierungsvorlage in das Haus gekommen ist, die sich nicht so sehr gegen die Schmutz- und Schundfilme als gegen die Comic-Strips gewendet hat. Es sind dann Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei an mich als Wortführer der SPÖ in dieser Angelegenheit herantreten und haben gesagt: Lassen wir das liegen, bis die Strafrechtskommission diese Frage behandelt, es ist noch nicht spruchreif. Sie haben das deshalb getan — es tut mir leid, daß der Kollege Hofeneder gerade hinausgegangen ist —, weil sie Rücksicht auf ihn nehmen mußten.

Wir haben nämlich versucht, den Begriff Comic-Strips auf Grund englischer Lexika zu definieren. Darnach wäre jedes Bilderbuch, jede Busch-Serie unter diesen Begriff gefallen. Nun weiß ich schon, daß heute und im nächsten Jahr Busch wahrscheinlich noch nicht verboten worden wäre unter Berufung auf dieses Gesetz, aber wir haben mit dem Schmutz- und Schundgesetz ... (*Abg. Marianne Pollak: Dieses war der erste Streich, und der zweite folgt so gleich!*) Ja, das wäre der erste Streich gewesen. Vor dem zweiten haben wir uns gefürchtet, wir haben gefürchtet, daß eine Formulierung, die es möglich macht, Wilhelm Busch zu verbieten, vielleicht dazu führen könnte, daß irgendeinmal Busch oder etwas Ähnliches wirklich verboten wird. Daher waren wir der Auffassung, daß diese Frage sehr reiflich überlegt werden muß. Das ist es, was ich zu diesem Punkt sagen wollte. Ich muß hier fast im Namen des Hauses sprechen, denn die Herren von der Österreichischen Volkspartei sind zu mir gekommen und haben gesagt: Lassen wir das liegen. (*Abg. Probst: Man wollte nur auf den Busch klopfen!*) Das war also auch ihre Meinung. Ich weiß nicht, ob sie einen Auftrag gehabt haben und ob sie bevollmächtigt waren, oder vielleicht haben sie wirklich nur auf den Busch klopfen wollen; das ist auch möglich.

Ich möchte damit schließen, daß ich an den Herrn Minister appelliere: Nehmen Sie unsere Kritik in dem Sinne auf, in dem ich gestern versucht habe, sie zu definieren: in dem Sinn, daß wir zwar verpflichtet, genötigt

und auch gewillt sind, gemeinsam zu arbeiten, daß wir aber absolut gezwungen sind, die Rolle der Opposition, die die heutige Opposition nicht leisten kann, sozusagen intern zu leisten, daß wir also gezwungen sind, das, was uns fehlerhaft und verbesserungsbedürftig erscheint, hier klar zum Ausdruck zu bringen. Wir sagen das nicht, weil wir für oder gegen jemand auftreten wollen, sondern weil es notwendig ist, weil es unserer Auffassung nach die Sache erfordert. Wenn wir in diesem Geist an die Dinge herangehen, werden wir sicher imstande sein, gemeinsam mit dem Herrn Minister und der Österreichischen Volkspartei im Interesse des österreichischen Volkes das Beste zu leisten auf dem Gebiet, das vielen oder wahrscheinlich allen von uns das Heiligste ist: auf dem Gebiet der österreichischen Kultur. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt Herr Dr. Geißler zum Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Geißler**: Hohes Haus! Ich möchte mich im Rahmen der Debatte über das Kapitel Unterricht mit einem Problem befassen, von dem ich glaube, daß es in der nächsten Zeit sicherlich in steigendem Maße die innerpolitische und kulturpolitische Diskussion beschäftigen wird. Es handelt sich um die Neuordnung der Verhältnisse von Kirche und Staat.

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, auf eine Erörterung über die Frage einzugehen, ob das Konkordat ein für die Zweite Republik noch gültiges Vertragswerk darstellt oder nicht; die Auffassung der Österreichischen Volkspartei hiezu ist bekannt. Ich möchte vielmehr als protestantischer Abgeordneter mich ganz sachlich mit den derzeitigen gesetzlichen Grundlagen auseinandersetzen, welche das Verhältnis zwischen unserer evangelischen Kirche und dem österreichischen Staat regeln.

Vorausschicken möchte ich folgendes: Noch niemals waren die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und Österreich so gut und so loyal wie gerade jetzt in der Zweiten Republik. Noch niemals zuvor hat zwischen dem Herrn Ressortminister und dem Kultusamt einerseits und den höchsten Stellen der evangelischen Religionsgemeinschaft andererseits in allen Belangen ein besseres Einvernehmen bestanden als heute. Das wollen wir als evangelische Christen, die wir ja in Österreich eine Minderheit darstellen, besonders dankbar vermerken, wenn wir auch da und dort gerne das eine oder das andere noch besser geregelt sehen würden.

Dieses an und für sich gute Verhältnis hat aber einen Schönheitsfehler. Es beruht nämlich derzeit auf keiner eindeutig gesetzlich verankerten Grundlage. Es dürfte bekannt sein, daß nach den zwei für die evangelischen Christen in Österreich bedeutsamen Gesetzeswerken von 1781 und 1861 das dritte, welches die gesetzlich fundierte Gleichberechtigung unserer evangelischen Kirche bringen soll, noch immer aussteht.

Meine Damen und Herren! Es war kein leichter Weg, den unsere protestantischen Vorfahren in Österreich zu gehen hatten. Unter Joseph II. wurde die Duldung und die Toleranz für die evangelischen Christen gewährt, das Protestantentpatent vom 8. April 1861 brachte uns die Gleichberechtigung mit der anderen Konfession. Nun stellt dieses sicherlich großartige Gesetz, fast 100 Jahre alt und nur 25 Paragraphen umfassend, die derzeitige rudimentäre gesetzliche Grundlage für die Beziehung unserer evangelischen Kirche zum österreichischen Staate dar. Bereits 1918 war das Kaiserliche Patent veraltet, und seit 1920 bemühte sich unsere Kirche um ein modernes Gesetz, das die äußeren Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche in Österreich regeln soll. Um das alte Protestantentpatent wurde damals zwölf Jahre gerungen, zu einer Einigung über das neue Gesetz zu gelangen versuchen wir jetzt fast 30 Jahre. Es wäre also hoch an der Zeit, daß man zu einem Abschluß kommt.

Im Jahre 1938 stand man fast vor einer befriedigenden Lösung; die Besetzung Österreichs hat diese aber verhindert. Von den Nationalsozialisten wurden die meisten Paragraphen des alten Patents außer Kraft gesetzt und neue Gesetze und Verordnungen selbstverständlich im Sinne einer grundsätzlich kirchenfeindlichen Einstellung erlassen. Daher stehen von den 25 Paragraphen des Patentes vom Jahre 1861 derzeit nur noch vier unangefochten in Kraft. Andere weitverstreute Bestimmungen sind heute die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und dem Staat. Die eigentliche, ich möchte fast sagen, die wesentliche Grundlage aber bildet eine Art Gentleman's Agreement, welches sich vorbildlich zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten unserer Kirche und unseres Staates herausgebildet hat.

In der Regierungserklärung vom 4. Juli 1956 hat der Herr Bundeskanzler der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es möglich sein werde, das Verhältnis zwischen Österreich und der katholischen Kirche sowie das Verhältnis zur evangelischen Kirche auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Nun geht aus dieser

Erklärung hervor, daß die Regelung des Protestantentpatentes eng mit der Regelung des Konkordates zusammenhängt. Der Staat wird selbstverständlich die gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften gleich zu behandeln haben. Wir als evangelische Christen können daher erwarten, daß das, was im Konkordat der katholischen Kirche eingeräumt wird, sinngemäß natürlich auch uns zukommt.

Wenn wir auch in Österreich nur eine Minderheit sind — von 7 Millionen Österreichern bekennen sich rund 430.000 zum evangelischen Glauben —, so hat sich doch im europäischen und im weltweiten Rahmen die Stellung der evangelischen Kirche seit 1861 erheblich verändert und gewandelt. Wir sind in der ökumenischen Bewegung auf dem Wege zu einem Zusammenschluß der nicht-römischen Christenheit. Die weltumspannende Einheit des Weltkirchenrates zeigt dies ganz eindeutig. Die Solidarität des Weltprotestantismus ist eine nicht mehr leugbare Gegebenheit. Wir in der evangelischen Kirche in Österreich sind ein Glied dieser weltumspannenden Gemeinschaft und können unter Berücksichtigung dieser Tatsache auch die staatsrechtliche Parität fordern.

Ich möchte nun — ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben — die wichtigsten Wünsche und Forderungen, die wir bei der Neufassung des Protestantentpatents vorzubringen haben, aufzählen.

Ganz allgemein soll der Grundsatz gelten, daß die Kirche weder durch staatliche Einflußnahme gebunden, noch durch eine völlige Distanzierung vom Staat isoliert werden soll. Daraus ergibt sich, daß aufs neue die Freiheit des Bekenntnisses, der Verkündung der Lehre, der Seelsorge, der Jugendunterweisung, völlige Selbständigkeit der Verwaltung aller kirchlichen und finanziellen Angelegenheiten und die Freiheit der inneren kirchlichen Gesetzgebung, im Rahmen der Staatsgesetze natürlich, garantiert wird.

Weiter wünschen wir im neuen Gesetz verankert, daß unsere Kirche mit der ökumenischen und den übrigen glaubensverwandten Kirchen der Welt uneingeschränkt verkehren und zusammenarbeiten darf und daß unsere Pfarrer die gleichen Rechte und den gleichen Schutz wie die Geistlichen anderer Konfessionen genießen.

Es wird weiter von uns die Forderung und der Wunsch nach gesetzlicher Anerkennung der Kirchengemeinden aller Stufen und der Werke der Kirche als Körperschaften des öffentlichen Rechtes erhoben, weiter das freie und unkontrollierte Besetzungsrecht der kirchlichen Amtsträger, wobei gedacht ist, daß die Namen der Kandi-

1876

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

daten für die Wahl zu den höchsten Ämtern der evangelischen Kirchen vor dem Wahltag nur dem zuständigen Ministerium bekanntgegeben werden.

Weiters wünschen wir die kirchliche Mitwirkung bei der Besetzung der theologischen Fakultät, den Religionsunterricht in den Berufsschulen und eine angemessene Subvention für die bestehenden evangelischen Schulen aus öffentlichen Mitteln. Wir erwarten vom neuen Gesetz, daß der Religionsunterricht von den Pflichtschulen wirklich als verbindlicher Gegenstand geführt wird, daß wir unsere Jugend sammeln können und daß wir die gleichen Subventionen erhalten, wie sie anderen Jugendorganisationen zukommen. Wir wünschen die entsprechende Berücksichtigung in der Anstaltspflege, im Rundfunk und im Fernsehen.

Wir fordern weiters, daß uns die Einhebung der Kirchenbeiträge durch den Staat zugestanden wird und daß unsere Kirche wieder das Staatspauschale erhält.

Ich darf mit Freude feststellen, daß viele dieser Wünsche und Forderungen in der heute geübten Praxis ja bereits erfüllt sind. Das Hochschul-Organisationsgesetz sieht zum Beispiel vor, daß einem weiteren Wunsch von uns insofern Rechnung getragen wurde, als durch die Gleichheit der Fakultäten jetzt die Möglichkeit besteht, daß auch ein evangelischer Christ die Rektorwürde bekleiden kann.

Derzeit ist das Ministerkomitee unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers, welches sich mit der Regelung der Konkordatsfrage zu beschäftigen hat, auch mit der Neukodifikation des Protestantengesetzes befaßt. Es besteht zweifellos derzeit eine gewisse Hoffnung, daß die Frage des Konkordates in absehbarer Zeit einer Lösung zugeführt werden kann.

Äußerungen von Spitzenfunktionären der Sozialistischen Partei sowie verschiedene Publikationen — ich denke da an das Kapitel 5 des Vorentwurfes des neuen SPÖ-Programms — lassen die Möglichkeit einer Einigung in dieser Materie offen. Sollte sich aber trotz dieser erfreulichen Zeichen unsere Hoffnung als trügerisch erweisen, so würde wohl von protestantischer Seite die Frage zu prüfen sein, ob es nicht notwendig wird, darauf zu dringen, daß unser neues modernes Protestantengesetz auch ohne vorherige Lösung der Konkordatsfrage verabschiedet wird. Sicherlich wird meine Partei positiv zu einer solchen Intention stehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Herrn Abgeordneten Fischer auf einen Irrtum aufmerksam machen. Er hat vorgestern im Hause behauptet, die Österreichische Volkspartei sei eine katholische Partei. Herr Abge-

ordneter Fischer ist leider nicht hier. Die Österreichische Volkspartei ist eine Partei, die alle Schichten der Bevölkerung umfaßt und in der demnach auch alle christlichen Konfessionen vertreten sind. Deshalb konnte auch meine Partei stets für eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse des Staates zu den christlichen Konfessionen eintreten und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen — das haben fast alle Redner in der bisherigen Budgetdebatte festgestellt — vor der Bewältigung größter, weltweiter Probleme wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art. Wir alle sollten daher trachten, die noch offenen Fragen innerhalb unserer staatlichen Gemeinschaft möglichst rasch zu klären. Eine Einigung über die Neufassung eines Protestantengesetzes würde ein weiterer Beitrag zur inneren Befriedung und Konsolidierung darstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Harwalik zum Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik**: Hohes Haus! Es müßte einen österreichischen Parlamentarier beglücken können, im Hause des Volkes über Kulturpolitik zu sprechen und zu berichten. Hier sind wir doch gleichermaßen in Gottes eigenem Land. Weltruf und Weltgeltung sind uns unbestritten. Es ist nicht das leere Haus, das mich zu einem solchen Präludium in Moll veranlaßt. Die Koalition ist in Grundsatzfragen der Kulturpolitik, das sei vorweg gesagt, impotent geblieben. Einem aufgeschlossenen Minoritenplatz begegneten und begegnen die Sozialisten mit allzu häufigen Njets.

Wir wissen schon, daß die Demokratie nicht nach dem Willen einer Partei laufen kann und darf. Aber für die Njets müssen doch ausreichende Begründungen gegeben sein, und gerade diese fehlen uns aber. Die Naturgegebenheit der Schwierigkeiten soll bei dieser Betrachtung nicht außer acht bleiben. Sie liegen in der Aufrechterhaltung weltanschaulicher Reservate, wenn auch in vielem längst überholt, in der konservierenden Pflege überflüssiger Ressentiments, in der vorwegnehmenden Rücksichtnahme auf politische Zukunftshoffnungen.

Man kann weiter in der Kulturpolitik nicht einfach abstimmen, wie das in wirtschaftlichen Fragen gut praktikabel ist, und das geheiligte Inventar droht: *Noli me tangere!* Jede Konfrontation kulturpolitischer Meinungen und Fragen stand im Zeichen höchster Empfindlichkeit, auch nur angedeutete Kompromisse schmerzten. Man zog sich gleich wieder auf lange Besinnungszeiten zurück.



Die Frage lautet, ob sich eine Regierungskoalition ausschließlich im Wirtschaftlichen erschöpfen können. Ihr Auftrag und ihre Verantwortung gehen doch weit über den materiellen Bereich hinaus. Sie müßte sich doch auch in den geistigen Grundfragen unseres Volkes bewähren, wenn sie eine echte Koalition sein soll, der wir aus demokratischer Haltung immer wieder auch echte Bestandkräfte zuzuführen vermögen. Wir sollen ja hoffnungsvolle Zeugen von Wesenswandlungen in der SPÖ werden. Das soll uns aufrichtig freuen. Dann wird es in Hinkunft wohl nicht mehr notwendig sein, die Kulturpolitik mehr oder minder zum Gegenstand rhetorischer Übungen bei der Budgetdebatte zu machen und sie dann wieder auf ein Jahr in den Koalitionsfrigidaires zu legen.

Wir würden gern mit der Sozialistischen Partei auch in Sachen „Kulturpolitik“ die verbindliche und verbindende Sprache der Koalition sprechen. Wir würden damit eine schon längst fällige Legitimation vor unserem Volke abgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Kandutsch war es, der bei der Rechnungshofdebatte ausgeführt hat, daß sich dies in den Grundzügen bereits abzeichne. Jede Partei, so ähnlich meinte er, suche sich aus dem Mammonkuchen die Sprengstoffrosinen heraus, die sie als detonatives Gastgeschenk den übrigen Parteien hier überreicht. Ich halte dafür, daß das Parlament kein rhetorischer Umschlagplatz für erstarrte Konventionen ist, die sich alle Jahre bei der Rechnungshofdebatte oder bei der Budgetdebatte, wenn auch in variiertem Fassaden, ein platonisches Rendezvous geben. Trotzdem scheint mir eine Parallele zu der vom Abgeordneten Kandutsch gezeichneten Situation auch heute gegeben.

Im voraus vernehmen ließ sich schon, wenn auch diesmal nicht so hauchlyrisch, die Spott- und Zornarie des Herrn Abgeordneten Fischer, daß der Herr Finanzminister dem Herrn Unterrichtsminister die Taschen habe zu eng anmessen lassen. Die Sozialisten kommen wieder mit langen Fortschrittsbeinen in die Debatte und bewegen sich doch wieder am alten Standort. Und der grollende Beckmesser Dr. Gredler hat dem Meister Kamitz wegen seiner verabsolutierenden Weisheit, wie er sich ausdrückte, ein strenges „Versungen und vertan!“ ins Budgetbüchlein geschrieben.

Ich möchte heute mit den anderen Rednern meiner Partei der ernste und eindringliche Mahner sein, der vom Parlament an unserer Schule begangenen Unterlassung zu gedenken, und mit diesem Memento den festen Vorsatz zu verbinden, endlich schulpolitische Taten zu setzen. Zwölf Jahre erinnern wir die Öffent-

lichkeit, daß die Schulgesetze fehlen. Es würde mich nicht wundern, wenn uns das Volk ein Nichtgenügend in den Parlamentsausweis setzte, weil wir bisher unser Arbeitspensum auf diesem Gebiet nicht erledigt haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hat seine Kulturouverture am Dienstag gut geblasen, aber sie hat nicht echt geklungen, Herr Abgeordneter! Ihr musikalisches Konzept hat zu viele Umkehrungen; das nimmt ihm den Charakter der Originalität und der Eigenständigkeit und es verfälscht außerdem den musikalischen Wahrheitsgehalt. Es ist nicht wohlgetan, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, hier eine Optik zu erzeugen, als hätte die Volkspartei zwölf Jahre die legistische Neuordnung auf kulturpolitischem Gebiet blockiert. *(Abg. Dr. Neugebauer: Das stimmt!)* Seien wir doch hier offen. Es verbietet mir der Respekt, näher auf den Autor eines Buches einzugehen, in dem sehr klar festgelegt ist, daß sich die Sozialistische Partei darauf etwas zugute tut, diese Neuordnung in der Zeit, in der wir in diesem Hause die absolute Mehrheit hatten — na, sagen wir, verzögert zu haben. Das ist die Wahrheit darüber! *(Abg. Dr. Neugebauer: Das wäre auch damals nicht möglich gewesen!)* Aber ich bin sehr gut im Bilde und habe mich an Hand der Protokolle ausreichend informiert. *(Abg. Dengler: Was hättet ihr gemacht? Die Straße mobilisiert? — Abg. Kysela: Du bist doch im Parlament gewesen! Du mußt doch wissen, wie die Verhältnisse waren!)* Und der Herr Abgeordnete Fischer hat gestern mit betonter Begeisterung den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Neugebauer zugehört. Wir hoffen, daß dieser Akt der Identifikation nur ein einseitiger Akt ist, und zuerst möchte ich dem Herrn Abgeordneten Fischer den wahren Prozentsatz der an unseren Hochschulen Studierenden sagen.

Er hat unsere Frau Abgeordnete Solar bezichtigt, hier eine verfälschte Statistik gebracht zu haben. Sachlich die Zahlen: Ein Drittel der Studenten und Studentinnen an unseren Hochschulen stammen aus Familien der sogenannten Selbständigen *(Abg. E. Fischer: Das ist ja der Schwindel! Selbständige vom Bankdirektor bis zum kleinsten Greißler!)*, ein Drittel aus Beamtenfamilien. Herr Abgeordneter, ich werde Ihnen auch darauf antworten. Ein Drittel stammen von Angehörigen aus dem sogenannten öffentlichen Dienst; 20 Prozent von Privatangestellten — ich glaube, das ist gewissenhaft aufgeschlüsselt — und etwa 20 Prozent von Arbeitern, Rentnern und Pensionisten. Sie, Herr Abgeordneter, sprechen hier von Werktätigen *(Abg. E. Fischer: Ich habe von Arbeitern und Bauern gesprochen!)*; ja, weil

1878

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Sie in der UdSSR nicht von Bauernsöhnen und Arbeitersöhnen sprechen können. Sind unsere Beamten und unsere kleinen Gewerbetreibenden keine Werktätigen? Sie haben also, Herr Abgeordneter, eine verfälschte Statistik ins Haus gebracht. Dann darf ich Ihnen sagen, daß die Förderung in Österreich von der Wiege an beginnt: mit Kinderbeihilfen! Suchen Sie die einmal in der UdSSR! Es läßt sich dies alles natürlich so drehen und darstellen, als ob es tatsächlich einen Wahrheitskern hätte.

Der Sprecher der Kommunistischen Partei hat hier unter anderem auch bedauert, daß an unseren Hochschulen nicht die Lehre von Karl Marx gelehrt wird. Nun, der philosophische Vorgänger von Karl Marx war Hegel, dessen Philosophie der dänische Theologe Kierkegaard bereits eine kriminelle Angelegenheit genannt hat. (*Abg. E. Fischer: Er war ein Schüler Hegels!*) Hegel hat die letzten Konsequenzen aus seiner Lehre nicht gezogen, das hat Karl Marx getan. (*Abg. Dengler: Sehr richtig!*) Und das Ergebnis ist die Teilung der Welt in Ost und West. (*Abg. Dengler: Sklaven und Freie!*) Verdächtigen Sie mich jetzt auf sozialistischer Seite nicht, daß ich mit der Feststellung dieser unerbittlichen Wahrheit den harten Kampf der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten um ihren sozialen Aufstieg diskriminiere. Wir können die Zerklüftung nur tief bedauern.

Pius XI. selbst hat die Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche als das größte Skandalum jener Epoche bezeichnet. Die zersetzende Lehre von Karl Marx trägt daran die weltgeschichtliche Schuld. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Sagen Sie, kennen Sie die Lehre?*) Ich bin hier nicht in der Schule. Ich könnte Ihnen alle die Antworten geben, die notwendig sind, um das zu behaupten und zu beweisen, was wir hier vorbringen.

Zwischen Ost und West, Herr Abgeordneter Fischer, steht heute drohend dieser Ungeist von Karl Marx; ihn müssen wir überwinden, soll uns der große Brückenschlag gelingen. (*Abg. Czettel: Das Unrecht müssen wir überwinden! — Abg. Franz Mayr: Aha!*) Hinter dem rhetorischen Feuerwerk der Rede des Abgeordneten Fischer, hinter manchen anerkanntwertigen Anregungen und Feststellungen steht aber doch der Fundamentalsatz seines falschen Propheten: „Der Mensch ist ein Wesen, das materielle Güter produziert.“ Und dieses entstellte Menschenbild spiegelt heute die entstellte unglückliche östliche Welt wider.

Nein, Herr Abgeordneter Fischer! Nichts von Ihren wirtschaftlichen und sozialen Beglückungen lebt wirklich in der Welt, die Sie

preisen und glorifizieren und in der Sie geistig zuständig sind. Bei aller rhetorischen Geschliffenheit und bei aller Brillanz ist diese Rede im Kern unwahr. Das sei hier festgestellt. Eine gefährliche Fassade (*Zustimmung bei der ÖVP*), ein tödliches Potemkin für jene, die dahinter einen Hort der Humanitas wähen. (*Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn ich nun das Menschenbild des Theologen Thomas von Aquin hier anführe, verziehen Sie wahrscheinlich verächtlich Ihre Lippen. (*Abg. E. Fischer: Nein!*) „Der Mensch ist ein Wesen mit einem sterblichen Leib und einer unsterblichen Seele.“ Und hier fügt sich schon nicht mehr Ihr Wort von der Jugend als dem köstlichsten Rohstoff der Nation ein. Hier scheiden sich bereits die Geister.

Sie haben, Herr Abgeordneter Fischer, der Frau Abgeordneten Solar vorgeworfen, sie habe gestern hier im Hause ein rückständiges Bild von der Sendung und den Aufgaben der Frau entworfen. Gott bewahre uns davor, daß unsere Frauen nach Ihrem Ideal, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit geschulterter Rakete auf dem Kasernenhof antreten müssen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Eine Rakete ist schwer zu schultern!*)

Wir wollen uns nach göttlichem Gebot mühen und anstrengen, das persönliche Glück der Menschen, ihren sozialen Wohlstand zu erringen, ohne dabei unsere unsterbliche Seele zu verlieren. Ihr Gebet ist der Sputnik, unseres die Freiheit und Würde des Menschen in der ewigen Schöpfung Gottes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Land, das man in ganz Europa ob seines vorbildlichen Reichsvolksschulgesetzes bewunderte, ist heute nicht imstande, die Schule als eine Einrichtung der Gesellschaft den geänderten Verhältnissen dieser Gesellschaft anzupassen. Das innenpolitisch so wenig ausbalancierte Frankreich hat eine Schulreform geschaffen, die sich sehen lassen kann. Man hat die Schulpflicht auf neun, zum Teil auf zehn Jahre erhöht. Bei uns wird die Diskussion über ein neuntes Schuljahr allgemein nicht gewichtig genug genommen. Allein schon die höhere Lebenserwartung und das gewaltige Anwachsen des Bildungsgutes lassen einen großen Anteil der Schulquote als berechtigt erscheinen.

Die SPÖ ist nur interessiert daran, wenn sich in der Verwirklichung des neunten Schuljahres eine fünfte Hauptschulklasse als berufsvorbildendes Jahr gewinnen läßt. Die Pädagogen, die in der Schulstube stehen und die Verantwortung tragen, wollen mit Recht

eine fünfte Volksschulklasse zur Ausreifung unserer Kinder. Und die Wirtschaft — ich bitte sehr, diese nicht mit einer Partei oder Fraktion zu identifizieren — meint wieder, das Argument der Jugendarbeitslosigkeit sei weggefallen, es erübrige sich daher ein neuntes Schuljahr.

Hier ein ernstes Wort an die Wirtschaft. Niemals können wirtschaftliche Argumente primär für die Organisation der Pflichtschule maßgeblich sein. Ich zitiere den „Kölner Staatsanzeiger“ vom 10. August 1957. Unter der Überschrift „Die Wirtschaft verlangt zuviel“ wird unter anderem ausgeführt:

„In den vorangegangenen Sitzungen eines von 41 Mitgliedstaaten beschickten 10tägigen Kongresses der Lehrer-Internationale aller nichtkommunistischen Lehrerverbände der Welt in Frankfurt 1957 hatten die Lehrer auch Kritik an der Wirtschaft geübt, die durch Erklärungen über den angeblich mangelhaften Ausbildungsstand der aus der Schule entlassenen Jugendlichen die Lehrerschaft schmälere. Die Wirtschaft erwarte offenbar von der Schule, daß sie ihr Jugendliche ‚liefern‘, die sofort ‚verwendbar‘ sind und ihr etwas ‚einbringen‘. Das ist nicht der erste Erziehungszweck der Schule, die den denkenden Menschen von morgen zu formen habe.“

Auch ich möchte mit aller Klarheit ausdrücken, daß die Perfektionierung der Lerntechnik nicht das oberste Ziel der elementaren Bildung unserer Kinder sein kann. Das Leistungsprinzip in der Elementarschule hat seine Grenzen. Leistung in der Pflichtschule, jawohl! Aber niemals unter den Aspekten eines Standards, über dem die kaum erwachten Instinkte auch schon verkümmern müßten.

Im Zentrum der Volksschularbeit steht die langsame, behutsame Aufschließung der werdenden Persönlichkeit. Diese vollzieht sich in einer Atmosphäre, die nur die Volksschule auszustrahlen vermag. Sie muß die Kinder ansprechen im tiefsten Gemüt, das auszubilden und zu entfalten ihre Hauptaufgabe darstellt. In der Volksschule muß sich ein Kind noch daheim fühlen können. Heute werden unsere Kinder mit ihren veränderten Entwicklungsverhältnissen viel zu früh dem Fachunterricht ausgesetzt. Geben wir ihnen doch noch ein Jahr der Kinderheimat in der Volksschule. Halten Sie das nicht für eine romantische Pädagogik, sie ist erhärtet und unwiderlegbar erhärtet durch eine breite psychologische, pädagogische und medizinische Literatur und durch die Erfahrung der Lehrerschaft selbst.

Wenn die Sozialisten die Warnungen aus Ärzte- und Lehrerkreisen als eine Doktrin der Österreichischen Volkspartei abtun wollen, mögen sie es tun; wir würden es sehr bedauern. Wir müssen aber hier unsere Verantwortlichkeit klar herausstellen.

Ich möchte auf die besonderen Probleme der Pflichtschule hier nicht mehr eingehen, das ist mehrfach sehr ausführlich geschehen. Die Schule selbst hat ihre Aufgabe nach dem großen Krieg klar erkannt. Sie ist betonte Erziehungsschule, um den Ausfall an gesamterzieherischer Substanz wettmachen zu helfen. Sie ist, und ich denke hier im besonderen an das dichte Hauptschulnetz auf dem Lande, milieuzentrierte Schule, um die jungen Menschen geistig in ihrer Heimat zu verwurzeln. Das ländliche Versuchsschulwesen des Bundesministers für Unterricht hat hier eine Konzeption verwirklicht, die tiefer wurzelnde Charakteristika ausweist als das der Anpassung allein. Die moderne psychologische Grundlegung der gesamtpädagogischen Arbeit hält sich in vernünftigen Grenzen, die seelenkundlichen Hilfestellungen stehen immer wieder unter erzieherischen Aspekten. Ein gesunder pädagogischer Realismus ist der Boden, auf dem unsere eifrige und tüchtige Lehrerschaft ihren gewandelten Aufgaben, einer anderen Jugend in einer anderen Zeit zu begegnen und ihr zu dienen, in bestbemühter Wandlungsbereitschaft nachkommt.

Die Länder und Gemeinden haben schöne Schulhäuser geschaffen, in denen das neue pädagogische Leben pulst. Nur das Parlament steht noch in Habachtstellung vor den antiquierten Gesetzesbänden, während Jugend und Schule schon längst den Vorbeimarsch vollzogen haben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Rührt euch! — Heiterkeit.*) Die Gesetzgebung prolongiert den gesetzlosen Zustand des Schulwesens; ein fatales Paradoxon für eine Demokratie. Das Parlament verhindert das Ausreifen unserer Kinder, während seine Abgeordneten, sicher im besten Glauben, bei jeder Gelegenheit von der Jugend als vom kostbarsten Besitz unseres Vaterlandes sprechen. Die Schulgesetze — sagen wir es ruhig —, die Kulturpolitik ist zum geistigen Haltepunkt der Koalition geworden. Alle Minister der Koalition haben in grundlegenden wirtschaftlichen Fragen zusammengefunden und zusammenfinden müssen. Der versäumte wirtschaftliche Fortschritt ist ein Horror. Die Sünden an der Kultur brennen heute nicht mehr so heiß.

Der Unterrichtsminister verwaltet in der Zweiten Republik nicht das leichteste Amt. So viel Rechtes gehalten und geschaffen zu haben über das hinaus, was die Linke ihm

1880

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

und seinen Vorgängern verweigert hat, stellt einen beachtlichen Leistungsausweis dar. Hinter seinem Willen steht leider keine alternative Front. Und weil Sie hier schon militärische Befehle ausgegeben haben, Herr Dr. Neugebauer, das „Ohne Tritt — marsch“! des linken Flügelkommandanten lähmt alle Operationen unseres Unterrichtsministers. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Alle Jahre wieder stellen wir fest, daß an der Kulturfront die Hauptziele nicht erreicht wurden: Ehe, Schule, Konkordat. Nun haben aber die Sozialisten ihren zwölfjährigen Widerstand aufgegeben — spät, aber doch. Unsere Freude darüber soll keine Einschränkung finden. Zwölf Jahre standen wir klar auf dem Boden der rechtlichen Anerkennung und warteten auf den Koalitionspartner. Nun kommt er, und wir wollen guter Hoffnung sein. Es ist meine Überzeugung, daß das Konkordat auch die Privatschulfrage im Grundsätzlichen regelt. Dann haben wir einen leichteren Start für die Schulgesetzgebung. Wir wollen uns die zwölf Jahre nicht verdrießen lassen. In keiner Demokratie wachsen die Bäume gleich in den Himmel. Das windet sich langsam empor. Aber wir wollen so zufrieden sein, wenn nun auch wirklich in den geistigen Grundfragen unseres Volkes jene gemeinsame Verantwortlichkeit existent wird, die wir bisher allein so schwer getragen haben.

Nun zu einigen Problemen, vor allem der Schule. Es ist hier mehrfach betont worden — auch im Finanz- und Budgetausschuß —: Die Mittelschule kämpft mit vielen Nöten. Hier muß ein radikaler Wandel im Denken aller Verantwortlichen eintreten. Es ist billig, hier mit dem Finger auf einen Minister zu zeigen. Wir alle, wie wir hier sind, die Koalition, sind für das Gesamtbudget verantwortlich. Diese billige Schadenszusicherungsgesellschaft von links nach rechts müßte doch einmal ihre Praxis einstellen. Es müßte doch jeder zu der Verantwortung stehen, die er im zuständigen Ausschuß und im Koalitionsausschuß trägt.

Vor allem einmal wäre der hypertrophe Andrang zu der Mittelschule in vernünftige Bahnen zu lenken. Die ausreichende geistige und willentliche Begabung soll das Kriterium für die Aufnahme in die Mittelschule sein. Diese Schüler gebe man dann nicht der allseits drückenden Schulraumnot preis. Man kann nicht ungestraft an der Jugend und damit an den Familien sündigen. Weil die Auswirkungen nicht so augenscheinlich sind, verlieren diese Probleme bei den budgetären Überlegungen und Beratungen immer wieder ihre Dringlichkeit und Aktualität. So scheint

mir das zu sein. Die Ärzte warnen, die Lehrer klagen, die Schüler leiden, die Eltern klagen — aber wir sind alle etwas schwerhörig! Wir wollen gesunde Familien schaffen und geben viel Geld dafür aus. Beginnen wir doch damit, den Eltern und vor allem den Kindern eine gesunde Entwicklung durch die Ungestörtheit des Tagesrhythmus zu sichern, den Eltern ihre Kinder nicht zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten zu entreißen und damit die Familie zu stören! Die rasche Behebung der Schulraumnot ist auf dem Gebiet des Mittelschulwesens die Tagesforderung Nummer eins. Jede versuchte Lösung anderer Probleme stellt einen zweiten Schritt vor dem ersten dar. Hier beginnt auch die Familienpolitik. Die Regierung möge diesem Problem ihre besondere Sorgfalt angedeihen lassen und es in seiner besonderen Dringlichkeit sehen.

Die Beeinträchtigung der Bildungsmöglichkeiten geht bei dem mehrschichtigen Unterrichtsbetrieb an den Mittelschulen weit über den schulischen Rahmen hinaus. Ich will das an einem Beispiel demonstrieren.

Wir haben zum Wiederaufbau des Schauspielhauses von Graz aufgerufen. Er bedeutet uns nicht nur eine kulturelle Verpflichtung, sondern auch eine Herzenssache, von der wir meinen, daß auch der Bund sich hier seinen größeren Verpflichtungen in der Südostecke des deutschen Sprachraumes nicht entziehen darf. Ich habe als Untermittelschüler und als junger Student den Großteil der Klassiker dort gesehen und erlebt. Aber zu der Zeit, als ich nach Erledigung meiner Schulaufgaben, meiner Musik- und vieler köstlicher Freizeitstunden ins Theater gegangen bin, verläßt ein Großteil unserer Mittelschüler heute erst die Schule, um hungrig zum Tisch zu eilen, den der Vater wegen einer Sitzungsverpflichtung bereits wieder verlassen hat. Sanieren wir hier doch endlich im besten Sinne des Wortes die unleidlichen Verhältnisse! Erinnern Sie sich alle, die Verantwortlichen, im nächsten Jahr, wenn wir das Kulturbudget beschließen, daran, daß auch die Mittelschule in ihrer besonderen Dringlichkeit berücksichtigt wird.

Ein anderes Problem, die Fünftageweche in der Schule, erregt in hohem Maße alle Gemüter. Interessanterweise bringen vorerst die Lehrer die retardierenden Momente in die Diskussion, obgleich sie gleichzeitig Gegenstand unvernünftigster Kritik werden, feriensüchtig zu sein. Ihre Bedenken wurzeln in dem Bewußtsein hoher Verantwortung. Die Eltern wissen viel für und gegen die Fünftageweche vorzubringen. Ich möchte meine Ansicht über diese Probleme dahin äußern, daß die Fünftageweche in der Schule eine unausbleibliche

Entwicklung darstellt und man gut daran tut, sich langsam darauf ein- und umzustellen. In der Wandlung des Wirtschafts- und Sozialbildes im Anbruch der Automation wird das gesamte Bildungsgeschehen notwendigerweise umgewandelt. Im Pflichtschulraum ist die Konsequenz in der Verlängerung der Schulzeit, also im neunten Schuljahr, zu sehen, da man das Bildungsgut weder auf fünf Sechstel zusammenstreichen noch komprimieren kann. In der geistigen Profilierung des mit der Automation verbundenen Freizeitproblems wird die Aktivierung und Neufundierung der gesamten bildnerischen Arbeit der Menschen als sittlicher Imperativ verstanden und empfunden werden müssen, damit uns das Menschenbild als das Ebenbild Gottes erhalten bleibt und nicht untergeht in der instinkt- und lebensstörenden Jagd nach dem Standard.

Wenn ich zusammenfasse, möchte ich sagen, daß die Schule nicht zu den ersten Einrichtungen gehören wird, die die Fünftageweche übernehmen. Erst wenn ein Großteil der Elternschaft in der Fünftageweche arbeitet, wird die Schule nicht nachhinken dürfen, soll sie nicht der Desintegrator der modernen Freizeitgesellschaft sein. Provozieren wir nichts, versäumen wir aber auch nichts, damit nicht unsere Aufgabe von morgen heute schon in hundert Befangenheiten und Voreingenommenheiten untergeht.

Gestern wurde hier die Frage der Studentenhilfe angeschnitten, und zwar von einem sozialistischen Redner. Ich kann eine sehr schöne Vollzugsmeldung erstatten, die erst gestern abend mit der steirischen „Südtagespost“ gekommen ist. Über Initiative des steirischen Landeshauptmannes Krainer hat der steirische Landtag gestern 2 Millionen Schilling für den Bau des ersten Studentenhomes in der Steiermark freigegeben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Sehr gut!*)

Aus dem Raum der Hochschule habe ich noch eine andere Frage vorzubringen. Ich bitte das Bundesministerium für Unterricht, schon in der Hochschulstudienreform Vorsorge zu treffen, daß die dienst- und besoldungsrechtliche Diskriminierung der Staatswissenschaftler vermieden wird.

Wie alle übrigen Parteien muß ich auch für meine Partei die Frage der Bildungszulage für die Pflichtschullehrer anschnitten. Seit 1954 erhalten die L I-Lehrer den sogenannten Bildungskredit. Den Pflichtschullehrern wurde die Forderung ebenfalls zuerkannt, doch ist sie bisher im Kompetenzkonflikt zwischen Bund und Ländern untergegangen. Die Pflichtschullehrer dürfen erwarten, daß man ihnen nicht ein minderes Bildungsbedürfnis zuerkennt als einer

anderen Lehrerkategorie. Ich erkläre ausdrücklich, daß diese Forderung keine Gehaltsforderung darstellt. Meine im Vorjahr hier abgegebene Erklärung, daß die Pflichtschullehrer sich von den im Gehaltsgesetz 1956 erreichten Positionen befriedigt zeigen, bleibt aufrecht. Eine offene Forderung bildet hier nur die Zulage für die Arbeitslehrerinnen an Hauptschulen. Die Pflichtschullehrer wollen keine unbillige Forderung erheben. Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, eine Begegnung der Landeshauptleute mit den zuständigen Stellen des Bundes herbeizuführen, die die offene Frage endlich zu klären und zu lösen vermag. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn die Pflichtschullehrer nun in dem Gefühl, in einer gerechten Sache nicht gehört zu werden, gewisse Maßnahmen angekündigt haben, so möge das nicht mißverstanden werden. Ich wiederhole, daß unser Land in seinen besten Werken verarmen müßte, würden die Lehrer über die Schulstube hinaus ihre Hände in den Schoß legen.

Ich wiederhole ebenfalls die Forderung nach Änderung des § 13 des Finanzausgleichsgesetzes, nämlich die Herausnahme der Lehrer für einzelne Gegenstände aus der Schlüsselzahl unserer Dienstpostenpläne.

Zurzeit liegt der vierte Entwurf zu einem bundeseinheitlichen Lehrerdienstrecht auf dem Verhandlungstisch des Bundesministeriums für Unterricht. Es ist zu hoffen, daß er nicht das Schicksal seiner drei Vorgänger teilt. Mühsam vollzieht sich — das kommt in dieser Debatte immer wieder zum Ausdruck — die Neuordnung auf allen Gebieten des Schulwesens. Das bundeseinheitliche Dienstrecht bildet unter anderem ein notwendiges Komplementärstück zur bundeseinheitlichen Besoldung nach dem Gehaltsgesetz 1956. Damit ist wohl auch seine Bedeutung klar herausgestellt. Im Vorjahr schon haben wir die Wünsche nach einer baldigen Verabschiedung des Dienstrechtes angemeldet. Bei der nächsten Budgetdebatte weist der Katalog vielleicht schon seine Effektivierung aus.

Ich mache mich ebenfalls zum Fürsprecher für jene Mittelschullehrer, die seit 1945 im Mittelschuldienst — meist aus politischen Gründen — keine Verwendung fanden, die wohl Heimat an den Hauptschulen gefunden haben und denen nun in Analogie zur Verwaltung ein Überstellungsverlust von sechs Jahren angelastet wird. Hier trifft aber die Analogie nicht zu. Diese Mittelschullehrer hatten doch vor ihrer Lehrtätigkeit an der Hauptschule ihre volle Befähigung für den akademischen Dienst erworben. Sie wurden durch die politischen Verhältnisse von ihrer Laufbahn abgedrängt, und damit erscheint mir der erste Sachgrund für den Wegfall dieses

1882

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Überstellungsverlustes gegeben. Der zweite liegt darin, daß der Gesetzgeber ausdrücklich statuiert hat, die politische Befriedung mit dem optimalsten Effekt durchzuführen, wo immer sich dafür Möglichkeiten ergeben.

Zum Schlusse möchte ich dem Herrn Bundesminister für Unterricht dafür danken, daß er meiner im Finanz- und Budgetausschuß vorgebrachten Bitte, die freiwilligen Zuschüsse des Bundes an die Landestheater und städtischen Bühnen in Graz, Salzburg, Linz, Innsbruck und Klagenfurt in regelmäßige Bundes-subventionen umzuwandeln und das Ausmaß dieser Zuschüsse in ein bestimmtes Verhältnis zu den Zuschüssen des Bundes für die Bundestheater zu bringen, größtes Verständnis entgegengebracht hat. Durch diese Änderung des Subventionierungssystems kann der nun schon chronisch gewordenen Krise der Provinztheater ein Ende bereitet werden. Das österreichische Kulturleben ist eine große Ganzheit. So gesehen sind wir alle aufgerufen, unseren Provinzbühnen in der Erfüllung ihrer schönen und hohen Aufgaben behilflich zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Neugebauer: Hohes Haus! Meine Frauen und Herren! Ich glaubte, ich könnte mich nach meiner Rede bei der zweiten Lesung dem Beginn des Weihnachtsfriedens anpassen, um allmählich in ihm aufzugehen *(Abg. Sebinger: Illusion!)*, aber meine Kollegen von der rechten Seite dieses Hauses gönnen mir den Frieden nicht. Eine alte Rede heißt: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben — wenn es seinem Koalitionspartner nicht gefällt. *(Heiterkeit. — Abg. Dengler: Du bist aber noch lange nicht der Frömmste!)* Ich muß also wieder zu den Waffen greifen, mich mit meinem Schwert umgürten und aus meinem Köcher die Pfeile holen *(Abg. Sebinger: Das Schwert ist schartig, und der Pfeil ist stumpf!)*, um mich mit meinen Kollegen von der anderen Seite auch auseinanderzusetzen.

Die Frau Abgeordnete Solar machte dem Wiener Stadtschulrat den Vorwurf, daß Absolventen von Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht in Wien nicht angestellt werden. Sie meinte, hier trete eine ausgesprochene Glaubensfeindlichkeit zutage. *(Abg. Lola Solar: Stimmt auch!)* Wie sieht es nun in Wien aus? Es gibt in Wien drei staatliche und vier private Lehrerbildungsanstalten. Für den Nachwuchs an Pflichtschullehrern genügen die drei staatlichen Lehrerbildungsanstalten, ja sie sind fast zu groß, und man hat in den letzten Jahren ihre Klassenzahl reduziert. Man hat nach 1945, ohne sich von der

Notwendigkeit zu überzeugen, von den seinerzeit bestehenden fünf privaten Anstalten vier wiedererrichtet. Es war überhaupt kein Bedarf dafür vorhanden. Während also die staatlichen Lehrerbildungsanstalten in Wien Klassen auflassen, bestehen die privaten ungeschmälert fort, und es hat eine Zeit gegeben, in der sie sich verbreitert haben. Es könnte schließlich morgen jemandem einfallen, noch ein paar Lehrerbildungsanstalten privater Art zu gründen, und dann würde er aufgeregt sein, wenn man die Lehramtsanwärter aus diesen Anstalten nicht mehr benötigt, und er würde sagen: Die Wiener nehmen nur die Leute aus den staatlichen Anstalten, und die Privaten lassen sie links liegen. *(Abg. Sebinger: Das tun sie auch!)* Das trifft gar nicht einmal zu, Herr Kollege Sebinger, sondern mir wurde mitgeteilt, daß sozial bedürftige Absolventen der privaten Lehrerbildungsanstalten in Wien immer wieder auf Empfehlung der Direktorin oder des Direktors dieser Lehrerbildungsanstalten eingestellt werden. *(Abg. Dr. Koref: Hört! Hört!)*

Es scheint zum ständigen Vokabular der Volkspartei zu gehören, dem Wiener Stadtschulrat Vorwürfe zu machen. *(Abg. Sebinger: Die Botschaft hör' ich wohl!)* Der Glaube fehlt Ihnen, das sehe ich, Herr Kollege Sebinger. *(Abg. Mark: Er braucht es ja nur kontrollieren gehen!)* Sie lieben den Nächsten zu wenig! Ich halte es deshalb für notwendig, auf ein Vorkommnis im Budgetausschuß hinzuweisen. Ich glaube, einige Frauen und Herren, die damals an der Sitzung teilgenommen haben, werden sich daran erinnern, wie der Herr Abgeordnete Polcar leidenschaftlich gegen mich Vorwürfe erhob, daß der Wiener Stadtschulrat bei seinen Ernennungen ungerecht und parteiisch sei. Und siehe da, dieser leidenschaftlich erregte Abgeordnete, der gerne massive Zwischenrufe macht, meldete sich am Nachmittag zum Wort und erklärte, er habe sich erkundigt und erfahren, daß man im Wiener Stadtschulrat — er meinte nämlich die beiden Parteien — glänzend auskomme und alles in bester Ordnung sei. Ich muß sagen, es war eine Angelegenheit, die Sie vielleicht übersehen haben, aber ich nicht. Und es war eine Sache, in der ein sonst so leidenschaftlicher Mann, nachdem er sich erkundigt hatte, wirklich der Wahrheit die Ehre gegeben hat. Es schiene mir besser, meine Frauen und Herren von der Volkspartei, man kehrt hier vor seiner eigenen Tür. *(Abg. Plaimauer: Das ist eine alte Geschichte!)*

Man betrachte nur die skandalösen parteipolitischen Ernennungen in Niederösterreich! Vier Bezirksschulinspektorstellen kann man seit Monaten, ja seit Jahren nicht besetzen, weil die schwache Mehrheit will, daß ihr Wille

geschehe, und der Wille der starken Minderheit wird einfach als lächerlich und als unbedeutend übersehen. Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür, meine Frauen und Herren!

Der Kollege Professor Rödhammer hat sich gegen eine Vereinheitlichung der Mittelstufe ausgesprochen. Der Katholische Lehrerverein hat in seiner sommerlichen Tagung Forderungen aufgestellt, mit denen die alte Bürgerschule wiedererweckt werden soll. (*Abg. Rödhammer: Ich weiß nichts davon!*) Ja, der Name ist nicht gesagt worden, aber die Hauptschule soll so sein, wie die alte Bürgerschule war. Die Bürgerschule hatte in ihrer Zeit eine große Bedeutung, aber die Zeit ist anders geworden. Wir brauchen Schulen für die heutige Zeit, aber nicht für das Jahr 1869! Wer die Bürgerschule besuchte, könnte eventuell eine Fachschule besuchen, eine Lehrerbildungsanstalt, aber er konnte nie in eine Obermittelschule übertreten, oder nur mit den allergrößten Schwierigkeiten. Er mußte Jahre aufwenden, um den Stoff nachzuholen, um in der Obermittelschule mitzukommen. Es hat in der Bürgerschule keine Fremdsprachen gegeben. (*Abg. Rödhammer: Freigegegenstand!*) Das bedeutet nichts. Das war eine so außerordentliche Erschwerung, da gingen Talente verloren, weil es in unserer Schulorganisation Sackgassen gab. In einer solchen Sackgasse war die Bürgerschule, und darum lehnen wir eine Wiederkehr ab.

Im Jahre 1927 hat einer der Ihren, Dr. Schmitz, als Unterrichtsminister sehr wertvollen Anteil daran genommen, daß das Hauptschulgesetz, das Sie heute zerstören wollen und zum Teil schon zerstört haben, überhaupt zustandegekommen ist. Im Jahre 1934 hat man mit der Zerstörung begonnen, indem man allgemein den Beginn des Unterrichtes der zweiten Fremdsprache in die dritte Klasse verlegt hat. Damit war ein reibungsloser Übergang nicht mehr möglich.

Wir sind für die Hauptschule in Klassenzügen, und zwar deshalb, weil es nicht nur ein starkes Gefälle in der Begabung gibt — die Frau Abgeordnete Pollak hat es heute schon ausgesprochen —, sondern auch in der Arbeitsweise, im Tempo. Und da müssen wir auf der einen Seite die mit einem rascheren Arbeitstempo Begabten fördern und auf der anderen Seite ebenfalls in einem besonderen Klassenzug die mit einem geringeren Tempo ausgestatteten oder die weniger Begabten fördern, was nicht möglich ist, wenn sie zusammen sind. (*Abg. Hattmannsdorfer: Nach städtischem Muster!*)

Was heißt „nach städtischem Muster“? Wo haben Sie heute noch ein wirkliches Bauerndorf? Die Bauerndörfer verschwinden.

Wir haben doch auch in den Dörfern Hauptschulen. Ich war jahrelang Leiter einer Hauptschule in einem Dorf. (*Abg. Hattmannsdorfer: Was soll man mit vier Klassen Hauptschule machen?*) Nach vier Klassen Hauptschule kann man doch einen Beruf erlernen! (*Abg. Hattmannsdorfer: Schon, das wollen wir ja! Aber A- und B-Züge? Sie werden in den Dörfern nicht genügend Klassen haben!*) Das spielt auch keine Rolle, die werden keine A- und B-Züge haben, weil die Schülerzahl zu gering ist. Diese Ausnahmen hat man auch im Jahre 1927 gesehen. (*Abg. Rödhammer: Darum kann man es nicht machen!*) Aber in den Städten und in den großen Hauptschulen sind Klassenzüge möglich und angebracht. Wer nicht mitkommt, der kommt vielleicht unter die Räder, weil der Lehrer mehr nach der Richtung der Begabten und Schnelleren tendiert. Unter anderen Umständen, wenn er sich mehr um die Schwachen kümmert, langweilen sich die Schnelleren und Rascheren und erschweren den Unterricht; das ist verständlich.

An den Volksschulen pflegt man den Gruppenunterricht, an der Hauptschule den Unterricht in Klassenzügen. Es ist interessant: das Gesetz gilt, aber eine Reihe von Bundesländern negiert es, richtet keine Klassenzüge ein und tut so, als ob kein solches Gesetz vorhanden wäre. (*Abg. Hattmannsdorfer: Bestehen die Lehrpläne dazu?*) Wie ist es zum Beispiel in Niederösterreich? Das nördliche Niederösterreich führt das Gesetz nicht durch, das südliche Niederösterreich aber schon. (*Abg. Lola Solar: Es besteht auch kein Gesetz, daß nach Geschlechtern getrennt wird!*) Aber die Geschlechtertrennung ist ja niemals unsittlich, das ist doch eine alte Marotte.

Der Herr Professor Rödhammer lobt das gute Klima des alten Lehrerseminars. Ich habe das schon oft gehört, und es wird mir schon ein bißerl übel davon, wenn ich so viel davon höre! Das Lehrerseminar war seinerzeit, im Jahre 1869, als man es einführte, eine große Sache. Vorher hatten die Lehrer eine zweijährige Ausbildung, nun kam eine vierjährige und sogar eine fünfjährige, und das ist bis heute geblieben. (*Abg. Rödhammer: Das hat sich schon fortentwickelt bis heute! Seien Sie gerecht!*)

Nein, Sie haben mir selber gesagt, als ich Sie einmal fragte: Es kann jeder Absolvent einer achtklassigen Volksschule in die Lehrerbildungsanstalt aufgenommen werden, das heißt, er muß jetzt in den fünf Jahren die beiden Fremdsprachen der Mittelschule und den höheren Mathematikstoff lernen, und er muß außerdem alles fachliche Wissen, das ein Lehrer braucht: Psychologie, Pädagogik, Geschichte der Erziehung, Methodik, erwer-



ben und die Lehrauftritte absolvieren, um das praktische Unterrichten zu lernen. Das muß er alles in den fünf Jahren konsumieren, wir laden einem Menschen also unerhört viel auf. Es gibt keine Freizeit mehr, wie der Herr Kollege Harwalik zitiert hat, in der man ins Theater gehen kann. Die Freizeit haben wir, als wir die Lehrerbildungsanstalt vor 30 Jahren besuchten, noch erlebt, da war der Stoff in der Lehrerbildungsanstalt viel geringer, wir hatten die Freizeit. Und diese Freizeit braucht man, um sich ein Hobby zurechtzulegen. Das ist der Grund der Fortbildungsbefissenheit in den späteren Jahren, wenn man irgendwo in einem einsamen Dorf als Lehrer tätig ist. Das erschlagen Sie aber mit der heutigen Organisation der Lehrerbildung. Man kann nicht zur gleichen Zeit die Allgemeinbildung und die Fachbildung erwerben, und man kann nicht 15jährigen Menschen zumuten, daß sie Psychologie mit dem Mittel der Selbstbeobachtung an sich kennenlernen, Menschen, die mitten in der Pubertätszeit stehen, die noch lange keine fertigen Menschen sind, die noch nicht reif sind. Das eine ist zu früh, und das andere ist zu viel.

Das sind die beiden Hauptprobleme. Ich habe in diesem Haus schon einmal daran erinnert, daß ich an einer Studienreise teilgenommen habe, die uns nach Deutschland führte. Und wenn ich den Bericht dieser Studienreise über die pädagogischen Hochschulen zitieren würde, fänden Sie darin, mit welchem Eifer und mit welcher Bereitwilligkeit dort gearbeitet wird. Daß natürlich noch nicht alle Probleme gelöst sind, stimmt, aber das zeigt ja nur, daß die Sache in Fluß ist, daß sie lebendig ist. Aber Sie werden in ganz Westdeutschland auch in Ihren Kreisen niemanden finden, der das alte Seminar wieder einführen möchte. Das Seminar hat seine hohe Zeit erlebt, aber die ist vorbei. Wir brauchen das Seminar nicht mehr.

Es ist auch gar nicht wahr, daß wir niemals einer Lösung in den letzten zwölf Jahren nahe gewesen wären. Wir waren dreimal nahe daran, zu irgendeiner Regelung zu kommen: einmal 1948, als es hieß, wir werden die beiden Schulgesetzentwürfe als Initiativanträge im Parlament einbringen. Wir haben unseren Antrag eingebracht. Mit dem Ihren ist es niemals so weit gekommen, daß er eingebracht worden wäre (*Abg. Rödhammer: Sie haben es verhindert!*), weil ihn Ihr Klub nicht angenommen hat. Wäre es aber dazugekommen, dann hätte man sich vielleicht im Unterrichtsausschuß darüber einigen können, wie man es oft macht; solche Fälle haben wir wiederholt erlebt. Und wir haben unter Minister Kolb einmal eine abschließende Be-

sprechung gehabt. Dann war es der anderen Seite viel zuwenig, was erreicht worden ist. Ich möchte Sie noch daran erinnern, daß auch der Herr Bundesminister Dr. Drimmel, der tatsächlich unseren Besprechungen als ehrlicher Makler vorgesessen ist, eine abschließende Besprechung abgehalten hat. Aber dann kam der Dolchstoß von hinten, von der Katholischen Lehrerschaft, in der Sie, Herr Professor Rödhammer, ein maßgeblicher Führer sind.

Zur Frage des Konkordats. Das ist sicherlich eine schwere Materie und für uns keineswegs leicht. Aber man merkt im allgemeinen: es herrschen hier zwei verschiedene Auffassungen vor. Ich möchte erklären und wiederhole damit nur das, was schon wiederholt erklärt worden ist: Wir sind dafür, daß gewisse rechtliche Einrichtungen durch ein Konkordat mit dem Vatikan zwischenstaatlich festgelegt werden. Der Unterschied zwischen uns und der Volkspartei in der Frage des alten Konkordats besteht aber darin, daß die Volkspartei bereit ist, das Konkordat, das von einem Diktaturstaat abgeschlossen wurde, ohneweiters zu akzeptieren. (*Abg. Sebinger: Das ist doch völkerrechtlich ohne Belang! — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Wir sind der Meinung, was man anerkennt, muß man in der Demokratie vor seinem Volk verantworten können. (*Abg. Eibegger: Sehr richtig! — Beifall bei den Sozialisten.*)

Es ist natürlich auch für den Vatikan schwierig, aber er muß begreifen: Wenn man ein Konkordat mit einer Demokratie abschließt, dann muß das Volk zu diesem Konkordat ja sagen können. Das ist unsere Meinung. Wenn ein Konkordat, das das Volk bejaht, zustandekommt, dann werden wir es nur begrüßen. Daß wir zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zwischen Staat und Kirche beitragen wollen, ist unsere ehrliche Absicht.

Ich möchte erinnern, daß dies keineswegs eine plötzliche Umkehr ist. Wenn der Herr Kollege Harwalik meint, er hätte in meiner Overtüre eine Reihe falscher Töne gehört, dann hat er vielleicht kein gutes Gehör (*Heiterkeit bei der SPÖ*), vielleicht ist er zuwenig musikalisch. Es war nämlich nichts Derartiges herauszuhören.

Wir haben schließlich seit 1945 eine andere Stellung bezogen. In dem Augenblick, in dem die katholische Kirche sich entschlossen hat, keine Priester mehr als Mandatäre einer Partei — in Frage wäre ja nur Ihre Partei gekommen — zuzulassen, in dem Augenblick, in dem keine Priester mehr auf diesen Bänken oder auf der Regierungsbank zu sitzen kamen,

war unsere Stellung naturgemäß eine andere als früher. (*Abg. Ferdinand Mayer: Erst seit 1956!*) Seit 1945 ist das! Sie sind zurückgeblieben, man kann Ihnen nicht helfen. Klassenzug 2! (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Ich erinnere daran, daß wir in der Schulkreuzfrage und in der Schulgebetsfrage, bevor wir noch zu einem Gesetz kamen, bereits eine Vereinbarung zwischen den Parteien abgeschlossen hatten. Ich erinnere daran, daß wir im Jahre 1949 mit Leichtigkeit das Gesetz über den Religionsunterricht gemacht haben, und im heurigen Jahr hat es keinerlei besondere Schwierigkeiten gegeben, dieses Gesetz im Sinne einer Pragmatisierungsmöglichkeit zu novellieren. Sie hören gerne, daß die Sozialisten religionsfeindlich seien. (*Abg. Marianne Pollak: Sie möchten es gerne!*) Sie leben ja zum Teil davon, und es kommt Ihnen nun etwas merkwürdig vor, und die Situation ist für Sie etwas schwierig, wenn es jetzt nicht mehr gesagt werden kann.

Ich will Ihnen hier kein Kolleg über den Sozialismus halten, aber ich wäre fast versucht, es zu tun. Der Sozialismus ist doch niemals ausgezogen, um eine neue Weltanschauung zu gründen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Lassen Sie mich doch ausreden. Es hat eine Zeit gegeben, in der tatsächlich der Prolet, wie man ihn damals nannte, nichts anderes wollte als mehr Brot, als eine bessere menschliche Behandlung, als mehr Recht und mehr Menschlichkeit. Und damals haben die Kirchen versagt! Für die Kirchen, die von dem Brüdergedanken des Christentums erfüllt sein sollten, war die soziale Frage eine Angelegenheit, um die man sich nicht kümmerte, und für einen kleinen aktiven Teil war es eine Angelegenheit, die man bekämpfte. Das ist die Ursache des politischen Atheismus. Lesen Sie nur Marcel Reding, der Ihnen ja nahesteht und der ein von der Kirche gestattetes Buch über den politischen Atheismus drucken ließ. Die „Furche“ hat es sehr ausführlich besprochen; ich empfehle es Ihnen zur Lektüre. (*Abg. Olah: Mehr lesen, meine Herrschaften! — Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Ich möchte einen Geistlichen namens Schaurhofer, der schon vor längerer Zeit lebte und der Ihnen auch nicht unbekannt sein dürfte, zitieren. Er sagt folgendes:

„Die Seele des sozialistischen Strebens ist die Sehnsucht nach einer Gesellschaftsordnung, in der Gerechtigkeit und Liebe herrscht, in der der Brüdergedanke unter den Menschen verwirklicht erscheint, in der die Freiheit der Persönlichkeit zur Geltung kommt. Nie hätte der Marxismus das Programm der Arbeiterbewegung formuliert, nie hätte er sich Millio-

nen von Herzen erobert und sie in den Bannkreis seines Denkens gezwungen, wäre nicht dieses oft nur instinktiv empfundene Sehnen gewesen, dem sonst niemand Worte lieh, dessen Erfüllung nirgendwo anders möglich schien. Alles andere, was wir als den wesentlichen Inhalt des Sozialismus zu betrachten gewohnt sind, ist nur Beiwerk, das sich um den Grundgedanken rankt, es sind unbeholfene und oft groteske Versuche, einen Weg zu dem hohen Ziel zu konstruieren, es ist die Revanche für die Verständnislosigkeit, welche die übrige Welt diesem Streben entgegenbringt. Wollen wir den Sozialismus verstehen und die rechte Stellung ihm gegenüber gewinnen, dann müssen wir durchalldas Außenwerk zu seinem innersten Kern vordringen und uns klarmachen, daß diese Bewegung einem der tiefsten Probleme entspringt, vor dem die Menschheit steht.“ (*Abg. Hattmannsdorfer: Das war auch ein katholischer Mann!*) Natürlich, darum zitiere ich ihn ja! (*Abg. Dr. Koref: Er hat es noch nicht verstanden! — Heiterkeit bei den Sozialisten. — Ruf bei der ÖVP: Was hat er denn noch gesagt?*)

Der Sozialismus wollte nichts anderes als die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen, er wollte nichts anderes als die Aufhebung der Verkürzung des Menschlichen, er wollte die Menschlichkeit. (*Abg. Hattmannsdorfer: Was hat Rom dazu gesagt?*) Was Rom dazu gesagt hat, weiß ich sehr gut, weil ich ja diese Dinge lese, zum Unterschied von Ihren Kollegen. Rom hat 1891 und 1931 gesprochen und hat vor allem im Sozialhirtenbrief unsere sozialen Leistungen als hoch anerkannt. (*Abg. Hattmannsdorfer: Aber deshalb kann man dann die Kirche nicht verurteilen!*) Das tue ich doch nicht. Aber die Kirche hat etwas versäumt; ich verurteile sie deshalb nicht. Schließlich sind die Priester auch Menschen. Die Kirche hat etwas versäumt in früherer Zeit und kann das kaum mehr gutmachen. Es werden Ihnen auch viele Priester bestätigen, daß das leider so ist. In anderen Ländern, zum Beispiel in England, gibt und gab es keinen politischen Atheismus auf Seite des Sozialismus. In England gab es die Möglichkeit, auszuweichen. Die anglikanische Hochkirche war in ihrer Einstellung auch absolut verneinend, aber die vielen Sekten, die Methodisten, die Baptisten und die Quäker, die es in England gibt, boten dem Arbeiter die Möglichkeit, jemanden zu finden, der von der religiösen Seite her seine Probleme versteht. Darum ist der englische Sozialismus nie in eine Situation des politischen Atheismus gekommen. Der Sozialismus ist in jedem Lande ein bißchen anders, und er ist auch in jeder Zeit anders. Sie möchten den Sozialismus immer gerne so haben, wie er,

1886

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

sagen wir, im Jahre 1890 war, denn da hätten Sie für alle Zeiten hinsichtlich Ihrer Wählergewinnung einen Vorteil. (*Abg. Dr. Koref: Ihr seid eben soziale Spätniki! — Abg. Rödhammer: Sie geben aber eine christliche Arbeiterbewegung schon zu in Ihrem Programm!*) Warum auch nicht! Was heißt Arbeiterbewegung? Wir geben zu, daß das Christentum, wenn es aus ehrlicher Überzeugung kommt, einen Beitrag zu allen sozialen Problemen gibt. Dagegen wollen wir gar nichts sagen. Das ist unsere Meinung. Und es ist auch vollkommen falsch, Herr Kollege Harwalik, wenn Sie meinen, falsche Töne von Salzburg her herausgehört zu haben. Sie müssen sich bei den Experten Ihrer Partei, die also, sagen wir, die politische Abwehr sind, die Bekämpfer anderer politischer Parteien, beschweren, daß sie Sie nicht auf das Frankfurter Programm aus dem Jahre 1951 aufmerksam gemacht haben. Dort heißt es sehr deutlich und eingehend: Es gibt verschiedene Möglichkeiten zum Sozialismus. Sozialist kann man auf Grund einer ökonomischen Analyse werden, man kann es aber auch vom sittlichen Postulat aus werden. Und hier heißt es: Diese sittliche Grundanschauung kann religiös oder humanitär begründet sein. Was soll ich noch sagen? Machen Sie einmal Ihre Experten darauf aufmerksam, daß sie dieses Programm lesen!

Ich halte es also durchaus für möglich, mit der katholischen Kirche in ein erträgliches, gutes Verhältnis zu kommen, und bin nach wie vor der Meinung, daß das eine Voraussetzung ist, um zu den Schulgesetzen zu kommen. (*Abg. Rödhammer: Wir warten nur auf die Taten!*) Die Taten, Herr Kollege Rödhammer, liegen auf Ihrer Seite, denn Sie treten am Ort. Wir möchten gerne einmal, daß Sie ausschreiten, dann kämen wir vielleicht zu Taten. Wir wollen ja schließlich nach Europa. Und es hat einer der Redner gesagt: Man müsse alles unterlassen, was uns hindert, mit den Europäern Schritt zu halten! Warum sollen wir im Jahre 1869 stehenbleiben, wo wir fast ein Jahrhundert später leben? Wir kommen mit den Gesprächen, die wir jetzt zwölf Jahre lang geführt haben, nicht weiter, trotz des Bemühens des Herrn Unterrichtsministers. Wir müssen einen neuen Weg gehen.

Ich möchte das wiederholen, was ich schon anlässlich der Generaldebatte gesagt habe: Ich halte es für notwendig, die Öffentlichkeit zu interessieren. Die Öffentlichkeit interessiert sich für Schulfragen, und ich kann Ihnen sagen: Der konservative Teil unseres Volkes ist nicht der gleichen Meinung wie Sie, Herr Professor Rödhammer! Sie sind für eine schön langsame Bewegung: da läßt man einen Schößling ein bißchen wachsen, und dafür wird ein anderer Sproß zurückgestutzt, sodaß man im großen

und allgemeinen dort bleibt, wo wir sind. Eine solche Art befriedigt uns nicht.

Ich möchte also meinen Vorschlag wiederholen: Kommen wir einmal zu einer Aussprache mit Menschen der Industrie, der Gewerkschaft, der Technik, mit Schulleuten, mit Ärzten, mit Psychologen, mit Soziologen und Eltern zusammen und hören wir uns an, was sie von der Schule der Zukunft erwarten. Größere Einblicke vermitteln bessere Einsichten, und bessere Einsichten könnten, so hoffe ich, unsere Schulgesetzgebung in Gang bringen.

Wir haben schon schwere Wirtschaftsprobleme gelöst; bei den Sozialproblemen sind wir ein großes Stück weitergekommen. Wenn wir in kulturpolitischen Fragen immer am gleichen Platz bleiben, so ist das ein bedauerliches Zeichen. Die Zeit hat sich gründlich geändert, und sie wird sich noch ändern. Und eine neue Zeit braucht eine neue Schule. Die Tradition in Ehren, aber sie soll uns die Hände nicht binden. Erziehung und Unterricht müssen im hohen Maße von dem, was künftig sein wird, bestimmt sein! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Man kann nur sagen: Die SPÖ hat sich gründlich gewandelt!*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ernst Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Erschrecken Sie nicht, ich habe nicht die Absicht, Sie lange aufzuhalten. Es scheint mir aber notwendig, kurz zu drei Fragen Stellung zu nehmen, die hier eine Rolle gespielt haben.

Die Redner der Österreichischen Volkspartei haben mir großes Lob gespendet für mein „rhetorisches Feuerwerk“ und ich weiß nicht was alles, und hinzugefügt: aber der Kern war unwahr. Sie haben es leider verabsäumt, gegen diesen Kern zu polemisieren, Sie haben es leider nicht unternommen, auf irgendeine sachliche Frage eine sachliche Antwort zu geben, sondern Sie sind mit Redensarten darüber hinweggehuscht.

Die erste Frage, zu der ich sprechen möchte: Ich habe in meiner Rede erklärt, daß die Rede des Herrn Abgeordneten Neugebauer eine hervorragende Rede war und daß ich inhaltlich mit ihr übereinstimme. Man hat nun versucht, von Seite der Volkspartei dem Herrn Abgeordneten Neugebauer daraus einen Vorwurf zu machen, daß ich in diesen Fragen mit ihm übereinstimme. (*Ruf bei der ÖVP: Das war eine Feststellung!*) Ich möchte hier gegen eine Methode protestieren, die mir falsch und verhängnisvoll erscheint. Ich habe in der außenpolitischen Debatte den Herrn Staatssekretär

Grubhofer als einen verantwortungsbewußten Politiker gerühmt, der sich Gedanken über unsere Neutralität macht. In der „Arbeiter-Zeitung“ habe ich gelesen: „Kommunistisches Lob für Staatssekretär Grubhofer!“. Es wurde verschwiegen, daß ich dann sachlich gegen den Vorschlag des Herrn Staatssekretärs Grubhofer polemisiert habe. *(Zwischenrufe.)*

Nun, meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß zwischen dem Kollegen Neugebauer und mir in tiefen und ernstesten Fragen tiefe und ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Aber das kann doch nicht hindern, daß ich anerkenne, wenn ich in einer Frage mit ihm übereinstimme, und in den Schulfragen stimme ich vielleicht bis auf ganz kleine Nuancen mit ihm überein. Und wenn etwa der Herr Abgeordnete Stendebach eine Rede hält — ich glaube, niemand wird annehmen, daß ich mit seinen politischen Anschauungen sympathisiere —, die ich für interessant halte, wird mich nichts hindern, das zu sagen, und von welcher Seite immer etwas kommt, das ich für richtig halte, werde ich sagen: Das halte ich für richtig!, unbeschadet aller politischen Gegnerschaft, unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten. Und ich glaube, eine solche Atmosphäre würde dem Parlament wohl tun, wenn man sich dazu durchringen würde, daß man in vielen entscheidenden politischen Fragen sich als Gegner schärfstens gegenübersteht, aber dennoch anerkennt, wenn von der einen oder von der anderen Seite etwas gesagt oder getan wird, was man für richtig hält! *(Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Warum regen Sie sich so auf?)*

Zweitens: Ich möchte noch einmal auf die Frage der verschwindelten Statistik kommen, da sie heute von Rednern der Österreichischen Volkspartei erstaunlicherweise wiederholt wurde. Es geht doch nicht darum, daß wir die Bevölkerung teilen in Selbständige, vom Herrn Lauda und vom Herrn Mautner Markhof bis zu den ärmsten Kleinbauern, daß wir sie teilen in Lohn- und Gehaltsempfänger, von den Generaldirektoren bis zu den Hilfsarbeitern — nun, da könnten wir alle gesellschaftlichen Probleme durch solchen statistischen Schwindel lösen. Ich habe darauf hingewiesen, und die sozialistischen Kollegen tun es mit Recht auch, daß die entscheidende Schichte der modernen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, keineswegs ihrem prozentuellen und noch weniger ihrem dynamischen Anteil an der Gesellschaft gemäß an unseren Hochschulen vertreten ist. Ebenso wenig die Schichte der Bauernschaft, von der Sie so viel reden, so viele schöne Worte machen, die Sie zum Teil mit mittelalterlichen Redensarten verklären; aber dafür tun Sie nichts, daß mehr Bauern-

kinder an die Universitäten, an die Hochschulen kommen. *(Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: O ja, das tun wir schon!)*

Wenn Sie nicht einsehen, daß wir hier einem ernstesten, tiefen Problem gegenüberstehen, wenn Sie schwindelhaft behaupten, es gebe kein Bildungsprivileg in Österreich, dann, meine Damen und Herren, werden wir, abgesehen von der sozialen Ungerechtigkeit, den internationalen Wettbewerb nicht bestehen, weil wir auf zehntausende und zehntausende Talente einfach Verzicht leisten und sie hinwegschwindeln mit irgendwelchen statistischen Kunststücken.

Und drittens: Ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen, daß ich es für unrichtig halte, daß an unseren Hochschulen leider sehr wenig Soziologie, sehr wenig Gesellschaftslehre unterrichtet wird, und daß ich es für richtig hielte, den Studenten Marx und den Marxismus objektiv zur Kenntnis zu bringen. Ich bin durchaus der Meinung, daß auch die Lehre des Thomas von Aquino interessant ist. Ich möchte ausdrücklich feststellen, ich halte Thomas von Aquino für einen sehr bedeutenden Gelehrten. Allerdings: das Bedeutendste an ihm ist Aristoteles, und man könnte sagen, er ist ein Aristoteles mit Tonsur, denn die wirklichen Gedanken stammen von dem alten griechischen Philosophen.

Aber, meine Damen und Herren, wir stehen hier einem viel tieferen Problem gegenüber. Wir haben jetzt die größten Diskussionen, weniger im Parlament als außerhalb, über die Haltung der jungen Generation. Ich möchte hier nicht auf alle Probleme, die zum Teil hier in der Debatte angeführt wurden, zu sprechen kommen. Aber eines ist allgemein zu beobachten, und ich halte das für positiv: In den Massen der jungen Generation ist eine Übersättigung an reiner Agitation, eine Übersättigung an großen propagandistischen Worten. Es ist ein Verlangen, die Dinge wirklich kennenzulernen, und das wirft man zum Teil mit Unrecht dieser jungen Generation vor; man wirft ihr vor, sie halte sich zurück, sie wolle sich nicht entscheiden. Sie will die Dinge kennenlernen, sachlich, nüchtern, möglichst ohne Agitation, um dann selber zu entscheiden.

Und ich wiederhole: Ich halte es für notwendig, daß die klassische Nationalökonomie der jungen Generation zur Kenntnis gebracht wird, für notwendig, daß ihr die Theorien von Keynes zur Kenntnis gebracht werden, für notwendig, daß sie die psychologische österreichische nationalökonomische Schule kennenlernen. Aber, meine Damen und Herren, einen der gewaltigsten Denker der Menschheit, Karl Marx, einfach auszuschalten, ist mittelalterliche Lächerlichkeit! Übersehen Sie doch

1888

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

nicht: Die gesamte Stellung der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft wäre nicht denkbar ohne die Lehre, ohne die geistige Aufrüttelung, ohne die Weckung des Bewußtseins durch Karl Marx und Friedrich Engels (*Abg. Lola Solar: Siehe Ungarn!*), die eine außerordentlich komplizierte Lehre — der Marxismus ist weit weniger einfach als manches, was Sie verzapfen — in die Arbeiterbewegung hineingetragen haben, die das Bewußtsein der Arbeiter geweckt haben, die eine grandiose erstmalige Verschmelzung einer Massenbewegung mit Wissenschaft herbeigeführt haben. Meine Damen und Herren! Das jetzt einfach mit einer Handbewegung übergehen zu wollen, die weltgeschichtlich unzerstörbare Leistung von Marx und Engels, das ist lächerlich, das ist veraltet!

Aber noch mehr! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß an katholischen Universitäten mit Recht Marxismus vortragen wird, und es gibt interessante katholische Denker — mein Vorredner hat auf einen hingewiesen, auf Marcel Reding —, aber ich muß sagen, auch die Auseinandersetzungen des Jesuitenpaters Wetter mit dem Marxismus, mit denen ich nicht übereinstimme, zeugen von einer echten Kenntnis des Marxismus. Es ist eine wirklich ernst zu nehmende Diskussion.

Aber, meine Damen und Herren, es geht doch auf die Dauer nicht — das ist entsetzlicher Provinzialismus! —, daß Sie gegen Dinge reden, von denen Sie keine Ahnung haben. Ich bin überzeugt, Sie haben keine Ahnung von Marx. Wenn ich Sie fragen würde, welches seiner bedeutenden Werke Sie auch nur in der Hand gehabt haben, könnten Sie mir keine Antwort geben. Sie wissen vielleicht, daß er das „Kapital“ geschrieben hat. Sie wissen aber nicht, welche enorme Fülle von philosophischen, soziologischen, geistigen Leistungen im höchsten Sinn des Wortes in den Werken von Marx liegen und daß wir mit Recht Marx als einen der Fortsetzer der großen Leistungen von Kant und Goethe, von Hegel und der deutschen Philosophie bezeichnen können. Hier wird nun mit einer wegwerfenden Handbewegung — leider eines Professors — über Hegel gesprochen; Kierkegaard, der geniale dänische Philosoph, habe die Lehre Hegels als ein Verbrechen bezeichnet. Ja, er konnte das überhaupt nicht tun, weil er ein Schüler Hegels war, weil er von Hegel ausgegangen ist und die ganze Dialektik, die er entwickelte, ohne Hegel undenkbar ist. Einer der vielen Schüler, die gegen den Meister revoltiert haben. Aber so vollzieht sich der Fortschritt der Menschheit. Marx war auch ein Schüler von Hegel und hat auch gegen ihn revoltiert, von einer anderen Seite her als Kierkegaard.

Meine Damen und Herren! Sie sollten so vernünftig und so objektiv sein, zu sagen: Eine solche große Lehre, mag man sie für falsch oder für richtig halten, soll man kennen. Ich möchte Sie um Gottes willen nicht zu Marxisten machen, ich würde am Marxismus verzweifeln, wenn Sie Marxisten würden, ich halte das für unmöglich. Aber kennen soll man die Dinge, von denen man spricht. Wissen soll man von den Dingen, gegen die man polemisiert.

Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß für Sie die Schule eine rein politische Frage ist. Sie versuchen das mit allen möglichen Scheinargumenten zu verschleiern. Sie kämpfen politisch um die Schule, und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren: Sie haben Angst davor, daß die junge Generation Marx wirklich kennenlernt. Sie haben Angst davor, daß sie diese faszinierende Lehre nicht nur aus idiotischen Leitartikeln in provinziellen antimarxistischen Zeitungen, sondern aus dem Werk kennenlernt. Geben Sie der jungen Generation die Möglichkeit, all das Verschiedenartige kennenzulernen. Die junge Generation wird Ihnen dankbar sein, wenn die Frage aus der Sphäre der reinen Agitation emporgehoben wird, und ich bin überzeugt: Mögen Sie den Marxismus totsagen, sooft Sie wollen, er wird seit ungefähr 80 Jahren immer wieder jedes Jahrzehnt aufs neue totgesagt, wir sind überzeugt — mag auch manches überholt sein —, daß der gewaltige Flammenkern dieser Lehre unüberwindlich, unbesiegbar die Menschheit gewinnen wird! (*Rufe bei der ÖVP: Wenn der Teufel nie schläft! — So wie in Ungarn! — Abg. Marianne Pollak: Ungarn hat doch mit Marx nichts zu tun!*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Leisser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Leisser: Hohes Haus! Meine Frauen und Herren! Nach dieser dynamischen Rede des Herrn Abgeordneten Fischer werde ich versuchen, über ein Thema zu sprechen, ruhig und leidenschaftslos, das vielleicht auch aktuell ist, nämlich über das Thema österreichische Mittelschule.

Ich möchte zuvor das eine sagen: Ich halte es nicht für richtig und zweckmäßig, wenn man Menschen angreift mit Sarkasmus und Ironie, weil dadurch die emotionellen Kräfte im Menschen erregt werden und der Verstand zurückgedrängt wird.

Ich gebe ohneweiters zu, daß Karl Marx ein großer Mann gewesen ist. Sicher, das geben wir als Menschen, die wissenschaftlich gebildet sind, zu. Aber auch Sie, Herr Abgeordneter, müssen zugeben, daß manches von seiner Lehre heute keineswegs mehr aktuell ist.

(*Abg. Mark: Natürlich! — Abg. Marianne Pollak: Sicher!*)

Meine Damen und Herren! Zurück zu meinem Thema. Wenn wir Mittelschullehrer Reifeprüfungen abhalten, so können wir sicherlich feststellen, daß es noch eine ganz schöne Reihe von jungen Menschen gibt, die uns zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wir müssen aber auch ganz offen zugeben, daß die Zahl derer immer größer wird, von denen wir keineswegs sagen können, daß sie geistoffen sind.

Wie auf dem Gesamtgebiet der Schule so können wir auch auf dem besonderen Gebiete der Mittelschule ein allgemeines Unbehagen feststellen. Unsere Mittelschule — und gerade unsere Mittelschule — ist ja einmal auf eine andere Gesellschaft hin entworfen worden, und diese Gesellschaft ist heute völlig verändert. Wir hatten früher eine ständische Ordnung. Sie hielt den jungen Menschen in der sozialen Schicht, die durch sein Elternhaus bestimmt war, und das Elternhaus hat die Schule nach seinem sozialen Status gewählt. Das Schulwesen bildete die soziale Schichtung ab, was vielleicht irgendwie auch die Namen „Volksschule“, „Mittelschule“ und „Hochschule“ andeuten. Durch den Besuch einer bestimmten Schule bekräftigte man damals die soziale Stellung; man hat sie aber nicht erworben.

Unsere heutige Gesellschaft schaut ganz anders aus. Die ständischen Schranken und Sicherungen sind abgebaut, die Arbeiterschaft ist aufgestiegen, das besitzende Bürgertum größtenteils abgestiegen, Berufe der Technik und der Verwaltung schoben sich in die Mitte, kurz, unsere Gesellschaft ist doch weithin nivelliert worden. Unsere Menschen haben einen entsprechend hohen Lebensstandard oder streben jedenfalls danach. Sie haben ihre Zukunftssicherungen ausgezeichnet organisiert, sie haben aber auch die Erfahrungen zweier Weltkriege gesammelt. Daher fühlen sie sich sozial nicht genug gesichert, und sie glauben, im Aufstieg Sicherung erwerben zu können. Diesen Aufstieg ermöglicht die berufliche Leistung, die wesentlich abhängt von der genossenen Schulbildung. Daher schicken so viele Eltern ihre Kinder in die Mittelschule, eben weil sie glauben, nachher ihre sozialen Ansprüche verwirklichen zu können. Daher kommt es auch zu den unliebsamen Auseinandersetzungen im Elternhaus zum Beispiel vor einer Aufnahmsprüfung, bei sonstigen Prüfungen und vor und nach Schularbeiten. Daher rührt auch die heftige Pressekampagne gerade gegen die Mittelschule. Sie ist heute eben ein sozialpolitischer Faktor ersten Ranges geworden, weil sie über den Lebensweg vieler junger Leute entscheidet und weil ihre Zeugnisse Berechtigungen verleihen. Daher drängen

sich immer mehr junge Menschen in unsere Mittelschulen. Bildungsstreben ist jedenfalls nicht immer die Ursache. Viele wollen primär ein Zeugnis erwerben. Dabei können wir allerdings sagen, daß an unseren Mittelschulen viel gearbeitet wird, daß auch Fleiß herrscht und daß hohe Leistungen vor allem auch im Stoff gefordert werden. Wir brauchen die Mittelschule, weil an ihr die geistig führenden Berufe vorgebildet werden, die mit der geistigen Überlieferung der europäischen Kultur vertraut sein sollen, um durch sie das eigene Handeln zu lenken.

Leider müssen wir feststellen, daß unsere Mittelschule vielleicht zu sehr verwaltet wird. Die Direktoren sind durch bürokratische Arbeit überlastet, die Lehrer werden neben ihrer Unterrichts- und Erziehungsarbeit mit manchen anderen Aufgaben beladen. Daher treffen wir vielleicht wenigselbständig handelnde Lehrerkollegien und Direktoren.

Auch in der Ausbildung der Mittelschullehrer sind sicher Reformen notwendig. Es fehlt jeder feste Studienplan, jede verantwortliche Beratung des jungen Studenten. Kontakt zum Schulunterricht wird während der Studienzeit oft vermieden. Die pädagogische und fachmethodische Ausbildung der Lehramtskandidaten muß entschieden erweitert werden. Die Vorbildung erfolgt bisher zu einseitig fachlich. Wir brauchen nicht nur Kenner der Wissenschaften, sondern auch Vermittler, die dazu noch verständige Erzieher sein sollen. Solche Lehrer können aber nur nach neuen Methoden herangebildet werden.

Ich will jetzt auch kein Klagelied anstimmen über die Schulraumnot in Österreich. Darüber ist heute und gestern und auch im Rahmen der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses schon genug gesagt worden. Wir wissen das alles, und auch die Protokolle der Sitzungen und Beratungen der letzten Jahre weisen eindeutig auf das hin, was ich angedeutet habe. Sicher können wir das eine sagen, daß es nicht an unserem Unterrichtsminister und an seinem Ministerium liegt, sondern wir wissen, daß ihm dieses Problem ganz besonders am Herzen liegt. Wir müssen allerdings schon erwähnen — und darauf darf ich vielleicht als Kommunalpolitiker hinweisen —, daß es eine schöne Reihe von Gemeinden gibt, die viele Jahre und Jahrzehnte aus eigenen Budgetmitteln Schulen erhalten haben. Ich glaube, daß zumindest nicht alle Schulen in einem schlechten Zustand sind, und ich darf aus einem gewissen Lokalpatriotismus heraus sagen, daß die Schule meiner Stadt sicherlich nicht das schlechteste Gebäude der Stadt ist, sondern daß es ein sehr, sehr schönes Gebäude ist.

1890

Nationalrat VIII. GP. — 44. Sitzung am 6. Dezember 1957

Einen besonderen Dank möchte ich aber allen Mittelschullehrern zollen, die draußen in unseren Provinzstädten unterrichten, fern von den zivilisatorischen Annehmlichkeiten der Großstadt. Wir wissen, daß es nicht immer angenehm ist und daß deswegen vielleicht auch nicht mehr viele junge Mittelschullehrer hinausgehen wollen in die Provinzstädte. An vielen Mittelschulen, gerade in Niederösterreich, kann der Betrieb nur mehr mit Hilfe vieler Überstunden aufrechterhalten werden, oder es müssen die Stundenzahlen verkürzt werden. Wir beklagen das, weil das wohl sicherlich auf die Dauer nicht möglich sein wird. Wir müssen aber auch das eine ganz offen sagen, daß es uns große Sorgen macht, daß die Zahl unserer Lehramtskandidaten immer geringer wird. Von über 300 Probelehrern im Schuljahr 1954/55 ist die Zahl heruntergesunken auf etliche 70 in diesem Schuljahr. Das bereitet uns wirklich eine ganz große und berechtigte Sorge.

Mit tiefem Bedauern müssen wir gerade von der Provinz aus das eine feststellen, daß unsere Stipendien zu gering sind. Das sagen wir auch aus der Erfahrung heraus. Es ist nicht so wie in der Großstadt, wo die Kinder doch größtenteils ohne größere finanzielle Belastung der Eltern die Schule besuchen können. Auf dem Lande ist es anders. Da ist oft weit und breit keine Mittelschule, und trotz des verbesserten Autobus- und Zugverkehrs verkümmern uns sehr viele wertvolle Talente, weil die finanziellen Mittel zum Studium fehlen. Und auch unsere Überzeugung ist es, daß es sich Österreich auf die Dauer nicht leisten wird können, seine Begabungen brachliegen zu lassen. Besonderer Dank gebührt hier auf diesem Gebiet den Ländern, Gemeinden, Kammern und sonstigen Institutionen, die bedürftige Studenten durch Stipendien unterstützen.

Die Mittelschule hängt eng zusammen mit den Hochschulen, werden doch die Mittelschullehrer dort ausgebildet, und dort erhalten sie ihre Prägung.

Wir leiden heute an den Folgen der Sünden, die die Intellektuellen vergangener Tage begangen haben. Sie haben sich damals eingesponnen und abgesondert in eine besonnte Vergangenheit und haben das Volk alleingelassen. Daher sind auch die Intellektuellen — das müssen wir ehrlich zugeben — vom Volk weithin beiseitegestellt worden. Auch wir Mittelschullehrer müssen zugeben, daß wir manchmal heute noch so unterrichten, als ob in der Zwischenzeit nichts geschehen wäre, als ob es keine gewaltigen sozialen und politischen Umwälzungen gegeben hätte. Ich darf Ihnen das sagen, obwohl ich selber Mittelschullehrer bin und noch dazu ein klassischer Philologe, wo doch oft behauptet wird, der

Unterricht der klassischen Sprachen passe nicht mehr in unsere heutige Zeit hinein. Aber auch da darf ich das eine sagen, daß es großen Männern unseres Volkes gelungen ist, von der Renaissance angefangen bis zur Aufklärung, dem Volke den Spiegel der Antike vorzuhalten. Der Humanismus war in diesen Zeiten keine Sache der Schule allein, sondern eine Sache des Volkes.

Seit der Aufklärung allerdings ist es uns nicht mehr gelungen, unserer Zeit die Antike neu zu deuten. Das ist auch einer der Hauptgründe dafür, daß unser humanistisches Gymnasium in eine Krise eingetreten ist. Wir müssen eben noch auf den Mann warten, der unserer Zeit den Spiegel der Antike vorhält, und wir glauben, daß diese Zeit nicht mehr fern ist, weil Europa jetzt gezwungen wird, sich auf seine ureigensten Kräfte zu besinnen, auf das Gesetz, unter dem es angetreten ist. Die Geburtsstunde Europas war die Entdeckung der Person, der Einmaligkeit, der Jenseitsbezogenheit und der Freiheit des einzelnen Menschen. Leben, Lehre und Tod des Sokrates, dieses ersten Europäers, erscheint uns heute in einem neuen Licht: Leben aus Wissen heraus, aber auch Leben aus dem Gewissen, denn das war ja das Daimonion des Sokrates.

Ich darf vielleicht zum Schlusse dem Herrn Abgeordneten Dr. Neugebauer folgendes sagen: Wir können manches von dem, was er gesagt hat, voll und ganz anerkennen. Eines darf ich vielleicht zur Klarstellung sagen, was wir unter konservativ verstehen: Konservativismus ist nach unserer Überzeugung nicht Reaktion. Reaktionäre Menschen beharren bei den Lebensbedingungen, in die sie hineingeboren werden, oder wünschen sie zurück, wenn sie sich verändert haben. Es kann daher Reaktionäre in allen Gruppen und Parteien geben, und es gibt sie auch. Wir wissen, daß unser Leben nicht ausreicht, um all das hervorzubringen, was sich Geist und Wille eines Menschen vornehmen. Wir sehen und erleben doch, daß wir immer nur dort fortsetzen, wo andere begonnen haben, und daß andere die Arbeit wieder aufnehmen, wo wir abbrechen. Der konservative Mensch gibt sich Rechenschaft darüber, was flüchtig ist und ohne Bestand, doch auch darüber, was wert ist, erhalten zu werden. Er erkennt die vermittelnde Macht, die Vergangenes an Künftiges weitergibt. Er erkennt im Seienden das Bleibende und Überdauernde. In diesem Sinne verstehen wir das Konservativsein.

In diesem Hause gibt es sicherlich viele Interessensbereiche und auch Menschen mit verschiedenen Temperamenten, und wir haben ja heute manche solcher Temperamentsaus-

brüche auf allen Seiten wahrgenommen. Uns allen, meine Damen und Herren, die wir der Schulfrage näherstehen, ist es klar, daß unsere beiden divergierenden Kräfte nur dann wirksam werden, wenn sie sich — und ich darf hier auch ein Wort des Herrn Abgeordneten Dr. Koref anwenden — zu einer Resultierenden vereinigen.

Wenn wir uns alle redlich bemühen, werden wir es zustandebringen, das andere Ufer zu erreichen. Da heute viele Ausdrücke aus dem Gebiet der Musik gefallen sind, so gestatten Sie mir, daß auch ich noch zum Schluß ein Bild davon gebrauche: Wir mußten zwar heute noch viele Dissonanzen hinnehmen, wir werden uns aber alle redlich und ehrlich bemühen, endlich eine Konsonanz zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich nunmehr, als letzter Redner bezeichnet, der Herr Abgeordnete Harwalik. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Harwalik: Hohes Haus! Die Verantwortlichkeit zwingt mich noch einmal an das Rednerpult. Ich werde auf das, was der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer und der Herr Abgeordnete Fischer hier vorgebracht haben, kurz und sachlich eingehen.

Die gegenseitigen Vorwürfe wegen des Wiener Stadtschulrates, Herr Dr. Neugebauer, könnten wir uns ersparen, wenn der Wiener Stadtschulrat die Praxis einführt, die wir in der Steiermark und in vielen anderen Ländern streng einhalten: alle Absolventen aller Anstalten jahrgangsweise einzustellen.

Sie haben, Herr Abgeordneter Neugebauer, einmal hier im Haus — oder war es der Abgeordnete Zechner, das ist mir aus dem Protokoll nicht mehr geläufig — sich hier am Rednerpult darauf etwas zugute getan, daß die Mittelschullehrer in Wien jahrgangsweise eingestellt werden. Führen wir doch diese Praxis in allen Bundesländern ein, und ich glaube, wir werden es nicht mehr notwendig haben, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen.

Sie sprechen von den parteipolitischen Stellenbesetzungen in Niederösterreich. Ich muß Ihnen, sowenig ich mir in dieser Rolle gefalle, das Bundesland Kärnten entgegenhalten, wo wir vor einigen Jahren von 34 Leiterstellen 4 Leiterstellen erhalten haben, obwohl sich bei der Wahl in die Disziplinar- und Qualifikationskommissionen am Volksschulsektor mehr Lehrer für den ÖVP-Lehrerbund entschieden haben und an der Hauptschule Ihr Lehrerbund nicht stark über dem Lehrerbund der Österreichischen Volkspartei steht. Das ist in Wahrheit die Lage in Kärnten.

Darf ich Ihnen, Herr Abgeordneter Neugebauer, sagen, welche Rechte der Bezirksschulinspektor in Kärnten noch hat? Ich könnte Ihnen die Namen der Inspektoren sagen, die ich persönlich befragt habe. Contra legem kann der Inspektor in Kärnten die Bewerbungen um eine Leiterstelle alphabetisch reihen und die Qualifikationstabelle beischließen. Zu mehr ist er nicht mehr berechtigt. Alles führt ein Herr Oberamtsrat Machné im Kärntner Schulamt durch. Es gibt keine Landeskommission für Lehrerangelegenheiten, keinen Beirat. Von dort wird das Schulwesen in Kärnten dirigiert. Tiefe Verbitterung herrscht im Lande Kärnten.

Könnten wir die Dinge nicht allgemein so ordnen, daß wir etwa die Junglehrer jahrgangsweise anstellen und bei den Schulleitern das Kriterium der Dienstjahre und der Qualifikation voransetzen? Sie finden uns bereit dazu! *(Abg. Dr. Neugebauer: Natürlich!)*

Sie haben vom Schmitz-Kompromiß gesprochen. Darauf einzugehen, würde zu weit führen. Sicher, es war das große Kompromiß. Die auf die allgemeine Mittelschule übertragenen beiden Klassenzüge wurden nun auf die ehemalige Bürgerschule übertragen. Sie erhielt vier Klassen, die fünfte Volksschulklasse wurde geköpft; und sie erhielt nun auch die sogenannte innere Differenzierung. Das war tatsächlich das große Kompromiß, um in der Frage der Schulgesetzgebung im Jahre 1927 überhaupt zu einer Ordnung zu kommen.

Sie wissen aber auch, Herr Abgeordneter Neugebauer, daß dieser zweite Klassenzug ausgesetzt hat, und wenn Sie sich immer wieder darauf berufen, daß einige Bundesländer den zweiten Klassenzug nicht führen, so muß ich Ihnen immer wieder sagen — Sie haben mir keine Antwort darauf gegeben —: Wo ist die Abschlußklasse, die das Gesetz vorsieht, im Bundesland Wien, in der Stadt Wien? Ich glaube daher, Herr Abgeordneter Neugebauer, wir sollten diesen Zustand des gegenseitigen Hin- und Herschiebens nicht prolongieren. Ich habe doch im Finanz- und Budgetausschuß den Vorschlag gemacht, bis wir zur legislativen Neuordnung des Schulwesens kommen, den Status quo zu belassen. Das wäre gegenüber Oberösterreich angezeigt gewesen, und wir würden kein Wort mehr von der Abschlußklasse in Wien reden. Aber der Tisch soll rein sein, an dem verhandelt wird. *(Abg. Dr. Neugebauer: Abschlußklasse — nein, Oberstufe der Volksschule!)* Nein, die Abschlußklasse, wie sie im Gesetz vorgesehen ist.

Natürlich ist das Statut der Lehrerbildung veraltet. Wer von uns hat das bestritten?



Es stammt aus den achtziger Jahren. Wir müssen hier einen entscheidenden Schritt tun. Das ist auch unsere Meinung. Ich habe doch hier im Vorjahre gesagt, daß der überlastete Lehrer zu seinen überlasteten Schülern kommt. Und wenn Sie gemeint haben, zu meiner Zeit hätte es noch Freizeit gegeben, dann muß ich Ihnen auch sagen, daß ich im dritten Jahrgang der Grazer Lehrerbildungsanstalt 48 Wochenstunden hatte, dazu die Musikübungsstunden, den Chorgesang, das Orchester und das gesamte Studium, das man zu bestreiten hat. Aber, Herr Abgeordneter Neugebauer, man soll nicht übertreiben. Ich habe damals trotzdem sehr viele Konzerte und sehr häufig das Theater besuchen können. Man darf die Dinge nicht immer extrem darstellen.

Zum Konkordat: Da haben Sie mich falsch verstanden. Ich habe hier nichts zu widerrufen. Die „falschen Töne“, meine humoristische Anmerkung von Ihrer Kultur-Ouverture — ich habe das doch ausgeführt — haben sich doch darauf bezogen, daß Sie hier eine Optik erweckt haben, wir, die Volkspartei, hätten durch zwölf Jahre die legistische Neuordnung auf kulturpolitischem Gebiet blockiert. Das, habe ich gemeint, war ein falscher Ton in Ihrem musikalischen Konzept, niemals die angebahnte Wesenswandlung in der SPÖ. Hier wäre ich sehr eng. Gerade das Gegenteil war doch eigentlich aus meinen Ausführungen herauszuhören. Oder haben Sie mein ernstes Wort vom Brückenschlag nicht vernommen? Ist es wirklich so, daß wir uns gegenseitig hier nicht mehr trauen können? Wir freuen uns auch herzlich über das gewandelte Verhältnis des Arbeiters zur Kirche, und wir alle haben hier eine große Verpflichtung. Wir dürfen uns doch jetzt nicht gegen jene stellen, die endlich wieder zurückfinden zur Kirche. Ich habe mich als Hauptschuldirektor über nichts mehr gefreut, als daß ich in Donawitz, in einem der Hauptindustriorte Österreichs, unter 472 Schülern nur 18 konfessionslose Schüler hatte. Ich wußte, daß dahinter eine religiös labile Schichte stand. Aber daß sie diese letzte Trennung nicht vollzogen haben, hat uns christlichen Erziehern doch viele Hoffnungen gemacht. Setzen wir doch hier gemeinsam an.

Wir freuen uns über Ihre Ausführungen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Neugebauer.)* Nein, wer sich nicht zum Atheismus bekennt, ist kein Atheist. Man sollte doch hier nicht gegenseitig den anderen immer mit den Zwischenrufen ausspielen. Wie sollen wir dann zu einer großen Neuordnung kommen? Sollen wir denn diese Vorstellungen hier im Hohen Hause prolongieren und Jahr für Jahr weiterführen? Man müßte so weit kommen, daß man sich von der Rednerliste absetzen läßt, wenn wir nicht ernst genug sind in der

Verpflichtung gegenüber dem kulturpolitischen Anliegen in Österreich.

Es gibt doch jetzt hoffnungsvolle Ansätze. Sie meinen also, wir mißtrauen grundsätzlich, das gehöre zum Wesen der Österreichischen Volkspartei oder zum Wesen des christlichen Volksparteilers, der wir sind und zu dem wir uns selbstverständlich bekennen.

Wir dürfen auch nicht überheblich sein. Der Herr Abgeordnete Mark nimmt sich heraus — entschuldigen Sie, daß ich Sie apostrophiere —, jede ernste Anmerkung hier sofort als überheblich zu apostrophieren. Man muß unglücklich darüber sein, daß wir uns hier mehr auseinanderreden als daß wir uns nähern; und das war unser und mein fester Vorsatz, glauben Sie mir.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Neugebauer, neue Wege für Schulfragen vorschlagen: ja-wohl, das erweckt Hoffnungen. Befragen wir doch zum Beispiel einmal die Lehrer, die für unsere Schüler, für die Pflichtschüler, für die Volksschüler und für die Mittelschüler verantwortlich sind, etwa über die 5. Volksschulstufe oder über die 5. Hauptschulklasse. Eine Befragung, die ganz fachlich und geheim ist, müssen wir doch organisieren können. Jeder Lehrer, der die Verantwortung im Lande für die Kinder trägt, soll daran teilnehmen. Ich bekenne mich dazu, wenn Sie uns morgen hier belangen, Herr Abgeordneter Neugebauer. Wir sind auch für die große Enquete, von der Sie hier gesprochen haben.

Und zum Herrn Abgeordneten Fischer: Sie haben erklärt, ich hätte nicht sachlich erwidert. Ich habe doch Ihren wahren oder unwahren Kern hier enthüllt. Meine Ausführungen über und zu Karl Marx waren — ich glaube, das ist doch verstanden worden — grundsätzlicher Natur. Herr Abgeordneter Fischer, wir brauchen hier keinen Katheder-Anschauungsunterricht über die Auswirkungen des Marxismus. Die Weltgeschichte ist ein unerbittlicher Demonstrator und Lehrer. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aus dieser Verantwortung heraus sprechen wir. Ich habe unsere beiden Welten gegenübergestellt, und, Herr Abgeordneter Fischer, diese Gegenüberstellung isoliert Sie in diesem Hause.

Von der falschen Statistik ist wohl nicht mehr zu reden. Unsere ist unwiderlegbar. Wir haben uns doch nie im Gegensatz befunden zur Forderung, alle Talente im Lande zu fördern. Unsere geistige Kraft ist noch immer vom Lande und vom Arbeiter gekommen. Wann ist das jemals von uns geleugnet worden? Das wollten Sie vielleicht wieder nicht hören. Und wenn schon das Wort Bildungsprivileg immer wieder hier auftaucht, dann muß ich Ihnen einmal sagen, daß schon der Leibarzt des alten

Kaisers ein Keuschlersohn war. Wollen Sie uns also vorwerfen, Talente etwa absichtlich in ihrer Entwicklung und Entfaltung zurückzuhalten? Wir wollen und sollen uns bemühen, unsere Jugend, wo immer dies möglich ist, zu fördern.

Aber Sie, Herr Abgeordneter Fischer, haben es in diesem Hause ja sehr leicht: Sie brauchen doch nur nein zu sagen. Ihr parlamentarischer Aufwand an Njets steht im Gegensatz zur Stärke des Votums. Das sei auch einmal festgestellt. Sie würden, haben Sie erklärt, verzweifeln, wenn wir Marxisten würden. Ich sage Ihnen: Heute ist die Welt verzweifelt, weil die marxistische Lehre sie geteilt hat.

Wir werden den Sozialisten nicht vorwerfen — denn dann wären wir provinzialistisch und engstirnig —, daß Karl Marx sie sehr lange auf ihrem Weg begleitet hat (*Abg. Mark: Er wird uns auch weiter begleiten!*), aber wir hoffen ehrlich, daß Ihr neues Programm wenigstens die Möglichkeit gibt ... (*Abg. Dr. Migsch: Sie wissen doch von ihm nichts! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Das habe ich vollständig verstanden. (*Abg. Dr. Migsch: Sie wissen doch gar nichts von ihm!*) Herr Dr. Migsch, Sie wären mein schlechtester Lehrer! (*Zustimmung bei der*

*ÖVP.*) Aber daß Sie, Herr Abgeordneter Mark — es ist typisch —, ausgerechnet dort wieder unterbrechen, wo ich doch meinte, daß Ihr Programm Möglichkeiten des Brückenschlags und des Zueinanderfindens gibt, das ist außerordentlich betrüblich. Ihr dauerndes „Das verstehen Sie nicht!“ ist jene Überheblichkeit, von der ich früher gesprochen habe. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Er verzichtet.

Damit ist die Verhandlung über die Gruppe VI beendet.

Ich breche die Verhandlungen für heute ab.

Die nächste Sitzung findet Montag, den 9. Dezember 1957, 14 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist bereits verteilt. Es wird die Spezialdebatte über die Gruppe VII: Soziale Verwaltung, abgeführt. Falls die Zeit es zuläßt, wird noch mit der Behandlung der Gruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft, begonnen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 14 Uhr 35 Minuten**